



Nr. 2005 / 040

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2004 des Regierungsrates

vom 1. Februar 2005

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Landeskanzlei	3
Finanz- und Kirchendirektion	6
Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	22
Bau- und Umweltschutzdirektion	40
Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	61
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	71
Antrag	91
Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates	92
Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)	121

Einleitung

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2004. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Übersicht

Der Vergleich mit dem Jahresprogramm 2004 zeigt, dass nicht alle der gesetzten Ziele und Absichten umgesetzt werden konnten. Es ist aber festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Verzögerungen haben sich vor allem in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben. Verschiebungen oder Sistierungen von Projekten sind häufig aus finanziellen Gründen (als Sparmassnahme) erfolgt. Bei einzelnen Direktionen sind neue Programmpunkte und / oder Massnahmen dazugekommen. Diese sind mit dem Vermerk "neu" gekennzeichnet worden (und in der elektronischen Version zusätzlich gelb markiert).

Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen. Der Amtsbericht 2004 ist wiederum federführend von der Finanz- und Kirchendirektion betreut worden, die sich bei den vier anderen Direktionen und der Landeskanzlei für die gute und speditive Zusammenarbeit bedankt.

1.3 Anhänge

Anhang 1 umfasst

- alle vom Regierungsrat im Jahr 2004 beantworteten Interpellationen sowie schriftlichen und mündlichen Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge,
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1. 1. 2004 überwiesenen Postulate und nach dem 1. 1. 2003 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen.

1 Landeskanzlei (LAKA)

Schwerpunkt der Landeskanzlei

Zitat

Die politische Führungsaufgabe von Parlament und Regierung wirksam unterstützen!

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten.

Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die Gewährleistung der verfassungsmässigen Volksrechte bedingt unter anderem eine kohärente und korrekte Umsetzung des Gesetzes über die politischen Rechte. Als für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen und Abstimmungen verantwortliche kantonale Stelle steht für die Landeskanzlei im Jahre 2004 die beratende Unterstützung der Gemeinden bei den kommunalen Gesamterneuerungswahlen im Vordergrund.

Programmpunkte, Strategische Ziele und Massnahmen

Nr. 1.01	Programmpunkt Parlamentsdienste Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.		Amtsbericht 2004
Nr. 1.01.01	Überprüfung der Dienstleistungen für den Landrat Im Rahmen der Arbeit der landrätlichen Spezialkommission "Parlament und Verwaltung" sollen die Regelungen und Instrumente des seit 1995 geltenden Landratsgesetzes und der Geschäftsordnung und insbesondere die Dienstleistungen der Parlamentsdienste im Lichte der gemachten Erfahrungen und der möglichen künftigen Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Beratungen der landrätlichen Spezialkommission "Parlament und Verwaltung" sind noch nicht abgeschlossen. Vom Landrat in diesem Zusammenhang am 6. Mai 2004 beschlossen worden ist eine Musterregelung der parlamentarischen Oberaufsicht im Statut von Institutionen mit interkantonalen Trägerschaften.
Nr. 1.01.02	Verbesserung der technischen Infrastruktur für den Landrat Mit Massnahmen wie der Installation einer elektronischen Abstimmungsanlage, einer verbesserten Lautsprecheranlage und einer Videoanlage im Landratssaal sowie eventuell weiteren technischen und baulichen Massnahmen werden die Arbeitsbedingungen für den Landrat und seine Organe den Bedürfnissen des Parlamentes entsprechend verbessert.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.6 Mio. Fr. (als neue Ausgabe in die Investitionsrechnung 2004 aufzunehmen).	Der Landrat hat erst am 13. Januar 2005 beschlossen, die bestehende störungsanfällige Audioanlage ersetzen zu lassen und zusätzlich eine elektronische Abstimmungsanlage einbauen zu lassen.
Nr. 1.02	Programmpunkt E-Government Strategische Zielsetzungen Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Die Chancen und Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und Realisierung von neuen Kunden orientierten Anwendungen optimiert werden.		Amtsbericht 2004

Nr. 1.02.01	Betrieb und Ausbau des Guichet virtuel Die Internet-Plattform Guichet virtuel von Bund, Kantonen und Gemeinden soll vom Probetrieb in den Dauerbetrieb überführt und weiter ausgebaut werden. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft soll in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden Anwender orientiert und Kosten bewusst ausgebaut werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004: Keine Angaben über die Kosten möglich.	Mit der am 16. November 2004 beschlossenen Unterzeichnung der Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen für den Betrieb des Informationsportals www.ch.ch von 2005 bis 2006 hat der Regierungsrat die weitere Entwicklung dieses Projektes befürwortet. Finanzielle Auswirkungen: 43'000 Franken pro Jahr.
Nr. 1.02.02	Förderung weiterer E-Government-Projekte Im Rahmen des definierten Normprozesses für die Realisierung von E-Government-Anwendungen werden die Möglichkeiten für weitere Kunden orientierte E-Government-Projekte geprüft und gegebenenfalls realisiert.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Mangels finanzieller Ressourcen und geeigneter Projekte sind 2004 keine weiteren E-Government-Anwendungen realisiert worden.
Nr. 1.03	Programmpunkt Archivierung Strategische Zielsetzungen Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung wollen wir die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sicherstellen.		Amtsbericht 2004
Nr. 1.03.01	Erlass des Archivierungsgesetzes Der Entwurf des Archivierungsgesetzes soll gemäss Auftrag des Landrates überarbeitet und dem Parlament erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Eine Kosten-Nutzen-Analyse sowie eine klarere Abgrenzung des Gesetzes zur Archivierungsverordnung und zu anderen Erlassen werden im Zentrum der verlangten Überarbeitung stehen.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Überarbeitung des zurückgewiesenen Entwurfs konnte wegen anderer Prioritäten noch nicht abgeschlossen werden.
Nr. 1.03.02	Realisierung des Projektes Um- und Ausbau des Staatsarchivs Mit der Realisierung des projektierten Um- und Ausbaus des Staatsarchivs soll in der begonnenen Legislaturperiode die infrastrukturelle Voraussetzung für die sichere und fachgerechte Langzeitaufbewahrung und die benutzerfreundliche Konsultation der archivierten Unterlagen geschaffen werden. Vorprojektvorlage (Landratsvorlage 2001-263) Total 15'300'000.- Budget 2004: 2'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 2 Mio.	Nachdem der Baukreditbeschluss des Landrates in der 2. Jahreshälfte rechtskräftig geworden ist, kann mit dem Um- und Ausbau der Staatsarchivs im Laufe des Jahres 2005 definitiv begonnen werden.

2 Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Schwerpunkt der Direktion

Zitat

Mit gesunden Staatsfinanzen die Standortattraktivität erhöhen

Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt eine für die Einwohnerinnen und Einwohner und die Wirtschaft berechenbare Finanz- und Steuerpolitik, die auf die langfristige und nachhaltige Erhaltung solider Kantonsfinanzen ausgerichtet ist. Die Finanz- und Steuerpolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur Standortqualität. Sie sorgt für Stabilität und fördert die wirtschaftliche Entwicklung, die Beschäftigung, die Wohlfahrt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie darf den wirtschaftlichen Strukturwandel dabei nicht behindern. Die staatlichen Investitionen werden seit Jahren bewusst auf einem hohen Niveau (150 Millionen Franken Nettoinvestitionen pro Jahr) stabil gehalten.

Der Kanton Basel-Landschaft darf auf die Dauer nicht mehr ausgeben als er einnimmt. Das Budget soll jeweils in der mittleren Frist ausgeglichen sein. Damit ist die Voraussetzung gegeben, dass die Gesamtverschuldung nicht weiter ansteigt. Zu vermeiden sind in erster Linie Defizite, die sich aus einer grundlegenden Überlastung des Haushaltes ergeben.

Im Jahr 2002 betrug das Defizit der Staatsrechnung 43.1 Millionen Franken. Das Budget 2003 wies ein Defizit von 44.2 Millionen Franken aus, das Budget 2004 rechnet mit einem Defizit von 47.4 Millionen Franken. Diese Fehlbeträge sind auf Mehrbelastungen zurückzuführen, die aus dem Bundesrecht und interkantonalen Vereinbarungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Verkehr resultieren. Zudem ist ein hoher Anteil des Aufwandes gesetzlich gebunden und kann kurzfristig nicht reduziert werden. Der Staatshaushalt des Kantons Basel-Landschaft ist dadurch zunehmend strukturell überlastet. Diese unbefriedigende Situation und den damit verbundenen Handlungsbedarf hat der Regierungsrat erkannt. Er hat deshalb im Zusammenhang mit dem Budget 2004 Entlastungsmassnahmen in die Wege geleitet, welche das strukturelle Defizit zuerst reduzieren und danach beseitigen sollen. Im Winterhalbjahr 2003 / 2004 wird zudem in der ganzen Verwaltung eine generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) durchgeführt. Gleichzeitig prüft die Regierung die Einführung einer kantonalen Ausgabenbremse.

Die Finanzen der Baselbieter Gemeinden sind mit wenigen Ausnahmen stabil. Viele Gemeinden können neben Ertragsüberschüssen zusätzliche Abschreibungen in ihren Rechnungen vornehmen.

Gemäss Gesamtindex der Steuerbelastung bleibt der Kanton Basel-Landschaft ein attraktiver Standortkanton. Die Baselbieter Steuerpolitik wird weiterhin auf Stetigkeit und Berechenbarkeit ausgerichtet bleiben. Das eigene gesetzgeberische Wirken soll in der Zukunft aber noch stärker auf eine nachhaltige Stärkung der steuerlichen Baselbieter Standortvorteile zielen. Drei Themenbereiche stehen dabei im Vordergrund: 1. Die rasche Umsetzung der Anpassung der für den Kanton Basel-Landschaft spezifischen Wohneigentumsförderung; die diesbezüglichen Arbeiten sind bereits in vollem Gang. 2. Die Umsetzung der in den Grundzügen vom Bund vorgegebenen Familienbesteuerung; dabei soll auch eine gezielte Entlastung einkommensschwacher Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger erfolgen. 3. Die Vorbereitungen zur Umsetzung einer Unternehmenssteuerreform, bei welcher die Einführung einer proportionalen Gewinnsteuer und die Milderung der Kapitalsteuerbelastung das Kernstück bilden.

Programmpunkte, Strategische Ziele und Massnahmen

Nr. 2.01	Programmpunkt Zentrale Informatikdienste (ZID) Strategische Zielsetzungen Das Dienstleistungsangebot der zentralen Informatikdienste (ZID) soll neu und vermehrt Kunden orientiert ausgerichtet werden.		Amtsbericht 2004
Nr. 2.01.01	Neuorientierung des Dienstleistungsangebotes der zentralen Informatikdienste (ZID) Erarbeitung eines Konzeptes für eine neue Orientierung des Dienstleistungsangebotes der zentralen Informatikdienste. Umsetzung der damit verbundenen Massnahmen.	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.22 Mio.	Es wurde ein Business-Plan erstellt und mit der Umsetzung begonnen: Das zentrale "active directory" ist eingeführt, der zentrale e-Mail-Dienst (Exchange 2003) in zwei Direktionen eingeführt (ganze Verwaltung bis Ende April 2005).
	Programmpunkt Informatikplanung und -budgetierung (neu) Strategische Zielsetzungen Erhöhung der Transparenz bei der Informatikplanung und –budgetierung, insbesondere: • Übersicht über die Informatikaufwendungen in zweckmässiger Gliederung und nach verschiedenen Kriterien darstellbar; • Entscheidungsgrundlagen für allfällige Anpassungen / Verschiebungen von Vorhaben bei der Budgetbereinigung.		Amtsbericht 2004
	Transparenz bei der Informatikplanung und –budgetierung (neu) Erfassung aller Informatikvorhaben mittels eines Planungswerkzeuges für das aktuelle Budgetjahr und die folgenden drei Jahre. Ergänzend dazu wird ein Mehrjahresplanungsbericht erstellt.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Im Rahmen des Budgets	Die Erfassung wurde durchgeführt und der Bericht ist erstellt.

Nr. 2.02	Programmpunkt Luftverkehr Strategische Zielsetzungen Die Region Nordwestschweiz soll weiterhin über einen gut funktionierenden Flughafen mit einer zweckmässigen Infrastruktur verfügen. Nur mit einer modernen Infrastruktur ist der EuroAirport Basel-Mulhouse (EAP) trotz der negativen Entwicklungen in der Luftfahrt und der sich verschärfenden Konkurrenzsituation in der Lage, die für den Wirtschaftsstandort Basel wichtigen Verkehrsverbindungen zu halten resp. zu generieren. Der Kanton Basel-Landschaft setzt sich für einen intakten und konkurrenzfähigen Flughafen ein. Der Kanton Basel-Landschaft engagiert sich zudem für eine für die Bevölkerung möglichst verträgliche Abwicklung des Luftverkehrs. In Weiterführung der Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern soll der erreichte Konsens über die Umweltauswirkungen des Luftverkehrs weiter verbessert und gefestigt werden. Das bisher partnerschaftliche Verhältnis in der Region kann dadurch bewahrt und vertieft werden.	Amtsbericht 2004	
Nr. 2.02.01	Abschluss des Ausbaus des EuroAirports (EAP) Der Ausbau des EAP soll plangemäss und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation zu Ende geführt werden. Der Ausbau wird unter Einhaltung der damit verbundenen Auflagen von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft mitfinanziert. Die Auflagen werden durch die Finanzkontrollen und durch die federführenden Direktionen der Kantone eingehend überprüft. Die Infrastruktur des Flughafens soll entsprechend den Bedürfnissen von Unternehmen und Passagieren sowie der betriebswirtschaftlichen Situation des EAP betrieben werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Ausbau konnte den Bedürfnissen und der wirtschaftlichen Situation entsprechend abgeschlossen werden. Auf eine Inbetriebnahme des Südterminals wurde angesichts der tiefen - inzwischen aber stabilisierten - Passagierzahlen vorerst verzichtet. Der Flughafen hat das Projekt zur Modernisierung der Infrastruktur für die Express-Fracht weiter vorangetrieben. Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt das Projekt, damit der Region dieser wichtige Transportzweig erhalten bleibt. Die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben eine vierte Tranche des Investitionsbeitrages von 4.09 Mio. Franken ausbezahlt, nachdem die anteilmässige Erfüllung der Auflagen überprüft worden ist.
Nr. 2.02.02	Einrichtung eines Instrumente-Lande-Systems (ILS) Zur Verbesserung der Sicherheit des Landeverfahrens auf die Süd- / Nord-Piste soll ein Instrumente-Lande-System (ILS 34) installiert werden. Die öffentliche Auflage und das Vernehmlassungsverfahren werden durch die französischen Behörden durchgeführt. Der Kanton Basel-Landschaft setzt sich dafür ein, dass die Schweizer Bevölkerung die gleichen Rechte wie die französische Anwohnerschaft erhält. Zudem tritt er dafür ein, dass das neue Flugverfahren nur als Ersatz für das alte Verfahren dient.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Regierung hat sich in einem Schreiben an Bundesrat Moritz Leuenberger dafür eingesetzt, dass der Anwohnerschaft vollständige Verfahrensrechte gewährt werden. Die Bevölkerung soll sich zum neuen Landeverfahren äussern und Rechtsmittel ergreifen können. Aufgrund der komplexen verwaltungstechnischen Fragen konnte das Dossier von den beiden federführenden nationalen Zivilluftfahrtbehörden nicht wie ursprünglich geplant Ende 2004 fertig gestellt werden.

Nr. 2.03	Programmpunkt Wirksame finanzpolitische Steuerung der Ausgaben und der Leistungen Strategische Zielsetzungen Mit der Einführung von neuen Instrumenten soll die Steuerung der Ausgaben und der Leistungen verbessert werden.		Amtsbericht 2004
Nr. 2.03.01	Ausgabenbremse Erarbeitung der Landratsvorlage zur Ausgabenbremse. Gleichzeitig Vorbereitung der Inkraftsetzung der Ausgabenbremse per 1. Januar 2005.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Vorlage für eine Defizitbremse wird 2005 in die Vernehmlassung geschickt. Das Inkrafttreten ist frühestens auf den 1. Januar 2007 möglich.
Nr. 2.04	Programmpunkt Generelle Überprüfung von Aufgaben und Leistungen im Kanton Basel-Landschaft Strategische Zielsetzungen Der Haushaltsausgleich soll mit einem Sanierungsprogramm wiederhergestellt werden.		Amtsbericht 2004
Nr. 2.04.01	Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) Die Schere zwischen den Ausgaben und den Einnahmen im Finanzhaushalt öffnet sich zunehmend. Absehbare Mehrausgaben von Seiten des Bundes (KVG-Revision, Bundessanierungsmassnahmen) führen zu einer weiteren Überlastung des Finanzhaushaltes. Die Aufgaben und Leistungen sowie die Standards der Leistungserbringung sollen generell überprüft werden. Erste Entlastungen sollen ab 2005 wirken.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Vorlage für ein Entlastungspaket war 2004 in die Vernehmlassung geschickt worden. Eine erste Tranche von Entlastungsmassnahmen in der Kompetenz des Regierungsrates wurde im Budget 2005 umgesetzt.
Nr. 2.05	Programmpunkt Effizienzsteigerung in der kantonalen Verwaltung im Rahmen des Projektes "Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)" Strategische Zielsetzungen Der Verwaltung werden laufend neue Aufgaben übertragen. Damit diese möglichst mit den bestehenden Ressourcen aufgefangen werden können, müssen Effizienzsteigerungen erzielt werden.		Amtsbericht 2004
Nr. 2.05.01	Weiterentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung zu einer Plankostenrechnung Überarbeitung der Kostenträger und der Kostenstellen-Struktur und schrittweise Einführung der Plankostenrechnung.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Aus Kapazitätsgründen ist die Weiterentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung aufgeschoben worden.

Nr. 2.05.02	Umsetzung des Personalcontrollings Das Personalcontrolling soll mit erster Priorität schrittweise umgesetzt werden. Unter anderen Massnahmen wird die Einführung eines Stellenplanes geprüft.	Finanzielle Auswirkungen 2004	RRB Nr. 2015 vom 19. Oktober 2004: Inkraftsetzung der Konzernrichtlinien Personalcontrolling Modul 1. RRB Nr. 2299 vom 30. November 2004: Zusammen mit dem Budget 2005 ist ein Soll-Stellenplan eingeführt worden.
Nr. 2.06	Programmpunkt Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die zweite Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) Strategische Zielsetzungen Vermehrte Ausrichtung der finanziellen Mittel an tiefe Einkommensklassen unter Einhaltung der Kostenneutralität.		Amtsbericht 2004
Nr. 2.06.01	Einführungsgesetz zum KVG Mit der zweiten Revision wird der Verbilligungsmechanismus auf Optimierungen überprüft. Ziel ist es, den Vollzug während der Übergangszeit reibungslos zu gestalten. Das revidierte Einführungsgesetz wird auf 1.1. 2005 in Kraft gesetzt. Die finanziellen Auswirkungen fallen erst im Jahr 2005 an.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die zweite Revision des KVG hat auf Bundesebene grosse Verzögerungen erfahren. Die Prämienverbilligung kann frühestens auf den 1. Januar 2006 in Kraft treten.

Nr. 2.07	Programmpunkt Sozialhilfe Strategische Zielsetzungen Der Vollzug des Sozialhilfegesetzes und eine effizientere Zusammenarbeit mit fachnahen Stellen (interinstitutionelle Zusammenarbeit) stehen im Vordergrund. Die Prüfung der Meldungen aus den Gemeinden hinsichtlich eines ordnungsgemässen und angemessenen Vollzuges der Sozialhilfegesetzgebung, die Beratung und Fortbildung der Personen, die in den Gemeinden mit dem Vollzug dieses Gesetzes betraut sind, stellen eine Kernaufgabe des Sozialamtes dar. Die Erhebung von aktuellem Zahlenmaterial für statistische Zwecke im Bereich Sozialhilfe und die damit verbundene Datenpflege sollte mittelfristig in elektronischer Form erfolgen. In welcher Weise eine interinstitutionelle Zusammenarbeit im Kanton Basel-Landschaft realisierbar ist, muss entschieden werden. Per Ende 2004 wird wiederum eine umfassende Evaluation der Bestimmungen über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen (§ 52 des Sozialhilfegesetzes (SHG)) in Form eines Jahresberichtes erstellt.	Amtsbericht 2004 ▪ Die Zahl der sozialhilfeabhängigen Personen nahm im Berichtsjahr mit rund 11% erneut deutlich zu, nachdem im Vorjahr ein Zuwachs von 17.5% zu verzeichnen war. Per Ende 2004 leben rund 5'200 Personen von der Sozialhilfe, was einem Bevölkerungsanteil BL von knapp 2% entspricht. ▪ Gesamtschweizerisch wird der Bevölkerungsanteil auf 4% geschätzt. Trotz dieser starken Zunahmen der vergangenen Jahre konnten sämtliche Arbeiten mit denselben Arbeitspensen wie im Jahre 1999 erledigt werden, nicht zuletzt dank den Anpassungen der Prozessabläufe und der Einführung neuer Software. ▪ Nach der Herausgabe einer überarbeiteten Auflage des Handbuches "Sozialhilferecht" wurden im Spätsommer für Sozialhilfebehörden und Sozialdienste drei grosse Schulungsveranstaltungen im Schloss Ebenrain durchgeführt. Im Hinblick auf die Amtsantritte der neu gewählten Mitglieder der Sozialhilfebehörden hat das KSA im Herbst 2004 zwei Schulungsveranstaltungen für über 200 Personen vorbereitet. ▪ Die elektronische Vernetzung zwischen den Gemeinden und dem Kanton befindet sich in einer Pilotphase mit einer Gemeinde, ein weiterer Pilotversuch wurde vorbereitet. Bis Ende 2005 ist davon auszugehen, dass rund 80% aller Meldungen aus den Gemeinden in elektronischer Form erfolgen werden. ▪ Auch im Bereich der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) konnten mit Pilotgemeinden gute Fortschritte erzielt werden, die Einführung auf Kantonsebene wird ab Beginn 2006 erfolgen. ▪ Im Herbst hat der Landrat das Dekret über die Verlängerung der Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen bis Ende 2006 verlängert. Bis zu diesem Zeitpunkt werden zwei Wirksamkeitsprüfungen durchgeführt.
-----------------	--	---

Nr. 2.07.01	Vernetzung der EDV mit externen Sozialhilfestellen Vernetzung der EDV zwischen dem Kanton und den Gemeinden für die Erhebung von statistischem Zahlenmaterial und die Vereinfachung der Kontrollaufgaben. Planungsstand: Die Direktionsinformatik wurde mit ersten Abklärungen hinsichtlich der Voraussetzungen beauftragt. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Datenschutz-Beauftragten des Kantons Basel-Landschaft sowie den EDV-Fachleuten der Direktionsinformatik. Datum der Zielerreichung: 30. September 2004.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Das Pilotprojekt "Vernetzung mit der Gemeinde Reinach" ist praktisch beendet. Ab Ende Januar 2005 läuft diese Vernetzung produktiv an. Bis Ende 2005 ist geplant, mit allen Gemeinden, welche die Software "KLIB" verwenden, die Vernetzung abzuschliessen. Dasselbe gilt bis Ende 2006 für alle Gemeinden, welche die Software "VIS" verwenden. Die Software "KLIB" wird in 7 Gemeinden angewendet, die Applikation "VIS" in 10 Gemeinden. In diesen 17 Gemeinden sind über 76% aller Sozialhilfefälle im Kanton registriert.
Nr. 2.07.02	Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen Beurteilung der Aufgabe "Eingliederung" und Entscheid für eine Verlängerung oder ein Nachfolgeprojekt entwerfen. Planungsstand: Die jährliche Wirksamkeitsprüfung wird von Jahr zu Jahr verfeinert und am Ende des zweiten Jahres mit einer Langzeitstudie versehen. Diese Erfahrungen und Ergebnisse werden für den Entscheid einer Verlängerung herangezogen werden. Datum der Zielerreichung: 30. September 2004 (Zwischenbericht).	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Bestimmungen über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen gelten nach § 52 Absatz 1 SHG nur während 3 Jahren seit Inkrafttreten dieses Gesetzes, demzufolge bis zum 31. Dezember 2004. Eine Verlängerung dieser Frist um einmal 2 Jahre kann der Landrat mit Dekret festlegen. Am 17. August 2004 hat der Regierungsrat dem Landrat beantragt, das Dekret über die Verlängerung der Eingliederungsmassnahmen zu beschliessen. In seiner Sitzung vom 25. November 2004 hat der Landrat das Dekret mit deutlichem Mehr beschlossen und die Geltungsdauer der §§ 16 - 19 und 34 SHG bis zum 31. Dezember 2006 verlängert. Die periodischen Wirksamkeitsprüfungen nach § 52 Absatz 2 SHG wurden neu definiert. Nebst dem Zahlenmaterial werden auch die Erfahrungen der Gemeindebehörden, Anbietenden von Programmen und betroffenen Personen im Jahresbericht angemessen mitberücksichtigt.

Nr. 2.07.03	Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Entwicklung von Strategien und Ausarbeitung neuer Konzepte in der "interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ)" zwischen fachnahen Dienststellen, die teilweise dieselbe Klientel betreuen. Erstellen eines Berichtes aus den Arbeitsgruppen als Grundlagenentscheid für die Regierung. Planungsstand: Die Arbeitsgruppe und die diversen Subarbeitsgruppen treffen sich periodisch, um das weitere Vorgehen zu bestimmen. Auch werden Projekte aus anderen Kantonen geprüft. Datum der Zielerreichung: 30. September 2004 (Zwischenbericht).	Finanzielle Auswirkungen 2004	Das Baselbieter Pilotprojekt der "Interinstitutionellen Zusammenarbeit" kann ein positives Fazit ziehen. Die versuchsweise aktive Zusammenarbeit zwischen dem KIGA und der Sozialhilfe, wie auch zwischen dem KIGA und der IV-Berufsberatung wurde im vergangenen Jahr initialisiert und es wurden erste Erfahrungen gesammelt. Aufgrund des grossen Engagements aller Beteiligten hat sich diese interinstitutionelle Zusammenarbeit schon in kurzer Zeit weit entwickelt. Das Hauptziel für das Jahr 2005 ist die Umsetzung im ganzen Kanton per 1. Januar 2006. Dazu sollen die nötigen Dokumentationen erstellt und alle Beteiligten geschult werden. Auf der Basis der bestehenden Strukturen in den Gemeinden, als auch bei den kantonalen Stellen sollen dabei prozessorientierte Abläufe umgesetzt werden. Es herrscht auch klar die Meinung vor, dass in unserem Kanton kein Bedarf an zusätzlichen assessment-Centers besteht. Für das Staatswesen sollen damit langfristig bessere Wirkungen bei geringeren Kosten erreicht werden, für die Betroffenen hingegen eine zufriedenstellendere und gesamtheitliche Betreuung. Die Koordinationsstelle "Interinstitutionelle Zusammenarbeit" hat in den ersten beiden Jahren ihrer Tätigkeit Schwerpunkte festgelegt und zusammen mit weiteren Kreisen Umsetzungskonzepte erarbeitet. Dank einer optimalen Vorbereitungsarbeit im Jahr 2003 konnte Anfang 2004 das erste Pilotprojekt gestartet werden.
Nr. 2.07.04	Zusammenführung aller Dienste an einem Standort Am 9. April 2003 ist ein neues Raumbegehren für einen gemeinsamen Standort im Raum Liestal gestellt worden, nachdem die zuvor geführte Evaluation scheiterte. Planungsstand: Die Raumbegehren sind in der zuständigen Kommission pendent. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2004.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Das Raumbegehren ist in der zuständigen Kommission pendent.

Nr. 2.08	Programmpunkt Gemeinden Strategische Zielsetzungen Der Kanton weist den Gemeinden die Asylsuchenden anteilmässig zu, richtet den Gemeinden die bundesrechtliche Entschädigung aus, sorgt für die Bereitstellung der bundesrechtlichen Programme für Asylsuchende und kann Erstaufnahmeheime führen (§ 32 Abs. 2 Schweizerisches Sozialhilfegesetz SHG). Die Koordination und Organisation des Asylwesens und die effiziente Verwaltung der Bundesmittel stehen im Vordergrund. Die bestehende Organisation im Asylwesen hat sich auch in ausserordentlichen Situationen bewährt. In Zukunft ist noch mehr davon auszugehen, dass kurzfristige Veränderungen eintreten werden, sei dies auf politischer Ebene oder in den Bereichen Organisation und Finanzen. Dies bedarf einer noch flexibleren Organisation, die auf alle Eventualitäten rechtzeitig reagieren können muss.	Amtsbericht 2004 Nichteintretensentscheide (NEE) Am 1. April 2004 trat im Rahmen des Entlastungsprogramms (EP 03) des Bundes ein Sozialhilfestopp für Personen, die einen Nichteintretensentscheid (NEE) erhalten haben, in Kraft. Für Personen, deren Entscheid vor dem 1. April rechtskräftig wurde, räumte der Bund eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2004 ein. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 771 vom 6. April 2004 beschlossen, diese Personen nur noch gestützt auf Artikel 12 BV, getrennt von Asylstrukturen, zu unterstützen. Im RRB Nr. 1848 vom 21. September 2004 wurden die Inbetriebnahme einer provisorischen Notunterkunft in Muttenz und entsprechende weitere Massnahmen beschlossen. In enger Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Migration und der Koordinationsstelle für Asylsuchende wurden die rund 200 Übergangsfälle (Personen) seit dem 1. Juli 2004 kontinuierlich zur Ausreise angehalten und aus den bestehenden Strukturen ausplatziert. Momentan sind noch 16 Personen (Familien mit Kindern) in den bisherigen Strukturen untergebracht. Seit 1. April 2004 wurden gemäss BFM (ehemals BFF) 143 Personen betreffend "NEE" im Kanton rechtskräftig zugeteilt. Davon wurden 38 Personen dem Kanton zum allfälligen Vollzug zugeteilt. Von diesen 38 Personen haben 10 Nothilfe beantragt. Die kantonale Notunterkunft konnte ihren Betrieb per 7. Dezember 2004 aufnehmen. Im Durchschnitt wurde die Nothilfe von 16 Personen pro Tag in Anspruch genommen.
-----------------	---	--

Nr. 2.08.01	Neues Durchgangszentrum in Pratteln Erstellung eines neuen Durchgangszentrums in Pratteln und Aufgabe des Standortes Laufen. Planungsstand: Der Beschluss des Landrates wird voraussichtlich im September 2003 erfolgen. Datum der Zielerreichung: 2. Semester 2004 (Baubeginn). Landratsvorlage LRB wird voraussichtlich im September 2003 beschlossen Total: Fr. 4'800'000.- (Objekt-Nr. 2320.503.30-250 bei der Bau- und Umweltschutzdirektion) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2003: Fr. 0.- Budget 2004: Fr. 2'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: Investition: 2 Mio., Bundesbeitrag: 2 Mio.	Der Baukredit wurde gemäss RRB Nr. 1265 vom 19. August 2003 am 9. September 2003 dem Landrat unterbreitet. Die landrätliche Bau- und Planungskommission hat das Geschäft (2003 / 177) in mehreren Sitzungen behandelt und am 13. Mai 2004 mit 12:1 der Vorlage zugestimmt. Gegen die vom Einwohnerrat genehmigte nötige Umzonung wurde das Behördenreferendum ergriffen. In der Abstimmung vom 13. Juni 2004 hat der Souverän die Umzonung mit 2028:1050 abgelehnt. Mit Beschluss Nr. 167 vom 24. August 2004 hat der Landrat den Rückzug der Vorlage beschlossen. Der Regierungsrat kam umgehend auf die seinerzeit an Laufen gemachte Zusage eines ungefähren 2jährigen, provisorischen Betriebes eines kantonalen Durchgangszentrums zurück, und hat nach Absprache mit der Gemeinde Laufen die Einstellung des Betriebes auf spätestens 31. Dezember 2004 angeordnet. Gleichzeitig wurde, in Absprache mit dem VBLG und dem VSO, vom Regierungsrat mit RRB Nr. 1680 vom 24. August 2004 die Direktzuweisung an die Gemeinden ab 1. November 2004 beschlossen.
Nr. 2.08.02	Organisation und Koordination des Asylwesens Einsatz ständiger Arbeitsgruppen; Beratung der Gemeinden und Gewährleistung eines permanenten Informationsaustausches zwischen Bund, Kanton und Gemeinden; Notkonzepte erarbeiten. Planungsstand: Regelmässige Zusammenkunft von Gruppen zwecks Erfahrungsaustausch. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2004 (Zwischenbericht).	Finanzielle Auswirkungen 2004	Durch die konsequente Anwendung der installierten und bewährten Controlling-Massnahmen, ist quartalsweise eine genaue Übersicht über die Verpflichtungen und die entsprechenden Bundesvergütungen vorhanden. Die notwendigen Anpassungen können so frühzeitig vorgenommen werden. Mittels Systemüberprüfungen in einzelnen Gemeinden wurde die Umsetzung und Einhaltung der Gesetze, Verordnungen und Weisungen im Asylbereich geprüft. Im Jahr 2004 fanden, neben etlichen Einzel Instruktionen, drei Schulungsveranstaltungen zu den Themenbereichen Gesundheit und Abrechnung statt. Die Gesuch- und Bestandeszahlen im Asylbereich sind auch im Jahr 2004 deutlich gesunken. Der Regierungsrat hat deshalb mit dem RRB NR. 1681 vom 24. August 2004 die Aufnahmequote für die Gemeinden per 1. Oktober 2004 von 1,2% auf 1.0% gesenkt.

Nr. 2.09	Programmpunkt Familienfragen Strategische Zielsetzungen Die Fachstelle für Familienfragen ist primär auf ein verwaltungsinternes Wirken ausgerichtet. Sie ist eine Dokumentations- und Koordinationsstelle für Familienfragen, berät den Regierungsrat in familienpolitischen Belangen und koordiniert verwaltungsinterne Querschnittsaufgaben. Zudem analysiert sie periodisch die familienrelevante Situation im Kanton und entwirft Konzepte und Vorschläge zur Optimierung der Familienpolitik des Regierungsrates zum Wohle der Familien.	Amtsbericht 2004 Das Gesamtkonzept "Familienfragen Basel-Landschaft" ist nach der internen Vernehmlassung ergänzt und in die externe Vernehmlassung geschickt worden. Daraufhin folgte die Auswertung der Ergebnisse der externen Vernehmlassung, die mit über 90% positiv bis sehr positiv ausgefallen ist. Der Regierungsrat hat die Umsetzung der im Gesamtkonzept empfohlenen Massnahmen genehmigt. Das Gesamtkonzept wurde im November 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt und stimmt mit der Stossrichtung der Familienpolitik des Bundes überein. Als nächster Schritt ist die Publikation des Gesamtkonzepts geplant. Im Mai 2004 fand die Fachtagung "Familienpolitik bottom-up!" statt, welche die Fachstelle für Familienfragen organisiert und durchgeführt hat. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Trägern ist im Herbst 2004 der Familienpass Region Basel lanciert worden, der gesamtschweizerisch ein Novum darstellt. Familien können den Familienpass erwerben und sind zu Vergünstigungen und Gratisangeboten berechtigt im kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich. Im Frühling 2004 hat die legiferierende Kommission unter der Federführung der Fachstelle für Familienfragen ihre Arbeit aufgenommen mit dem Auftrag, einen Gesetzesentwurf zur familienergänzenden Kinderbetreuung zu erstellen, der im September 2004 erweitert wurde zur Erarbeitung eines kantonalen Familiengesetzes. In Zusammenarbeit mit der Universität Basel wurde das Forschungsprojekt "Familienbild. Bitte lächeln!" konzipiert, das durch qualitative Fallinterviews das Wohlbefinden und die Bedürfnisse der Baselbieter Familien untersucht hat. Der Forschungsbericht liegt vor und wird im April 2005 der Öffentlichkeit vorgestellt. Erkenntnisse des Forschungsberichts werden in die Arbeit der legiferierenden Kommission einfließen.
----------	--	---

Nr. 2.09.01	Ausbau der Dokumentationsstelle Der Auf- und Ausbau einer Dokumentationsstelle und die weitere Vernetzung zu internen Stellen, die sich mit familienrelevanten Aufgaben beschäftigen, dienen als Grundlagen für das Erstellen von Analysen und die Entwicklung von Konzepten. Planungsstand: Eine erste Grobdokumentation liegt vor. In weiteren Schritten wird die Dokumentation permanent ergänzt und aktualisiert. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2004.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Aufbau der Fachstelle für Familienfragen sowie der Fachdokumentation wurde laufend ergänzt und angepasst. Die Ausleihe der Fachdokumentation kann erst mit der Installation der entsprechenden Soft- und Hardware in Betrieb genommen werden.
Nr. 2.09.02	Entwicklung von neuen Konzepten In enger Zusammenarbeit mit internen und externen Stellen werden neue Konzepte und Vorschläge zuhanden der Regierung entworfen. Planungsstand: Erste Gespräche und Kontakte zu anderen Stellen sind erfolgt. In einer weiteren Phase werden die angeforderten und zahlreichen bereits vorhandenen Unterlagen und Informationen ausgewertet. Anschliessend wird entschieden, welche Konzepte in welchen Bereichen zu erstellen sind. Datum der Zielerreichung: 31. Juni 2003 / jährliche Tätigkeitsberichte.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Vernetzung interkantonale sowie mit der Fachwelt hat stattgefunden. Die Fachstelle für Familienfragen hat im Februar 2004 den Vorschlag zur Gründung einer Schweizerischen Konferenz der Familienbeauftragten lanciert. In Zusammenarbeit mit der Universität Basel ist im Schweizerischen Nationalfonds die Eingabe des Forschungsvorhabens "Familien und Wohnen" erfolgt. Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten Zentrum für Familienwissenschaften der Universität Basel. Mitarbeit in interdirektionalen Arbeitsgruppen zu Themen wie Frühbereich, Sicherheit im öffentlichen Raum, Verordnungsentwurf Mittagstische, Impulsprogramm "Familie und Beruf". Diverse Vorträge und Veröffentlichungen inner- und ausserkantonale zum Thema "Familienfragen" sind erfolgt.
Nr. 2.10	Programmpunkt Kantonales Steuergesetz Strategische Zielsetzungen Den Schwerpunkt in diesem Bereich bilden die Vorbereitung, Begleitung und Umsetzung der anstehenden Steuergesetzesrevisionen unter Berücksichtigung der bundesrechtlichen Vorgaben und der finanziellen Möglichkeiten des Kantons Basel-Landschaft mit dem Ziel, die Standortattraktivität des Baselbietes weiter zu verbessern.	Amtsbericht 2004	

Nr. 2.10.01	Vorbereitung der Revision der Familien- und der Rentnerbesteuerung Ertragswirksam frühestens ab dem Jahr 2005.	Finanzielle Auswirkungen 2004: Ertragswirksam frühestens ab 2005	Entwürfe und Berechnungen mit verschiedenen Varianten wurden erstellt und in einer internen Vernehmlassung geprüft. Der definitive Vernehmlassungsentwurf wird dem Regierungsrat im ersten Quartal 2005 vorgelegt.
Nr. 2.10.02	Revision des Steuerbezugs	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Vorlage 2004 / 132 "Revision des Steuerbezugs und Anpassungen an die Bundesgesetzgebung" wurde vom Landrat am 8. Dezember 2004 mit 81 Stimmen ohne Gegenstimme verabschiedet.
Nr. 2.10.03	"Wohnkosten-Gleichbehandlungs-Initiative" Umsetzung der Gesetzesinitiative für massvolle Eigenmietwerte und eine verfassungskonforme Erhöhung der Sozialabzüge für Mieterinnen und Mieter ("Wohnkosten-Gleichbehandlungs-Initiative").	Finanzielle Auswirkungen 2004: 3 Mio. Minderertrag	Die Umsetzung wurde im Anschluss an die Volksabstimmung vom 19. Oktober 2003 vorbereitet und im 2004 durchgeführt (Anpassung der Wegleitungen, der Quellensteuertarife und der EDV Programme). Gegen den Volksentscheid sind zwei Beschwerden vor dem Bundesgericht hängig.
Nr. 2.10.04	Vorbereitungsarbeiten zur "Wohnkosten-Entlastungs-Initiative" Vorbereitung der Vorlage zur Gesetzesinitiative zur Förderung des Bausparens sowie zur Entlastung von Neuerwerbern von Wohneigentum und Wohneigentümern in finanzieller Notlage ("Wohnkosten-Entlastungs-Initiative").	Finanzielle Auswirkungen 2004: Ertragswirksam frühestens ab 2005	Mit Zustimmung des Initiativkomitees wurde die Behandlungsfrist am 23. September 2004 (Vorlage 2004 / 180) um ein Jahr verlängert.
Nr. 2.11	Programmpunkt Neue Informatikanwendungen für die kantonale Steuerverwaltung: Umsetzung des Projektes "Census" Strategische Zielsetzungen Im Mittelpunkt steht hier die Ablösung der bei der kantonalen Steuerverwaltung eingesetzten Informatikanwendungen durch die bereits in zehn Kantonen eingeführte Standardsoftware "Nest" (Neue Steuerlösung). Überprüfung und Dokumentation der Arbeitsabläufe im Rahmen des Projektes "Census". Verbesserung der Betriebssicherheit und der Prozesse sowie Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Steuerverwaltungen.		Amtsbericht 2004

Nr. 2.11.01	Erreichung der Meilensteine beim Projekt "Census" Die Meilensteine des Projektes "Census" müssen gemäss Phasenplan erreicht werden, insbesondere • die Realisation des gemeinsamen Steuerbezuges Staatssteuer / Gemeindesteuer; • die Einführung der Veranlagung juristischer Personen; • die Migration und Ablösung des Registers (Personendaten und Formularverwaltung).	Finanzielle Auswirkungen 2004: Projektkredit 11.3 Mio., Tranche 2004: 3 Mio.	Mit der im Dezember 2004 termingerecht abgeschlossenen Bezugsmigration wurde die Grundlage für die produktive Betriebsaufnahme im Januar 2005 geschaffen. Die Programme für den gemeinsamen Bezug von Staats- und Gemeindesteuer, für die Veranlagung der juristischen Personen und für die Personendaten- und Formularverwaltung sind bereit. Das Projekt ist bezüglich Terminen und Kosten im Plan.
Nr. 2.11.02	Vorbereitung und Aufbau des Parallelbetriebes Host / "Nest" / Covela Vorbereitung und Aufbau des Parallelbetriebes Host / "Nest" / Covela für die Übergangsphase im Jahr 2005.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Parallelbetrieb Host / Nest / Covela ist vorbereitet. Die Schnittstellen sind programmiert. Wegen der speziellen Konstellation in der Übergangsphase konnten die Betriebsabläufe nur teilweise getestet werden.
Nr. 2.12	Programmpunkt Ausbau der Qualitätssicherung bei der Steuerverwaltung Strategische Zielsetzungen Ausbau und Intensivierung der Qualitätssicherung: So lauten die beiden Zielsetzungen für diesen Punkt. Es geht dabei um die regelmässige Durchführung von Qualitätsmessungen in Form von Schwerpunktprüfungen sowie um die Nutzung von Prüfprogrammen zur Analyse grosser Datenmengen.		Amtsbericht 2004
Nr. 2.12.01	Durchführung von Qualitätsmessungen Durchführung von Qualitätsmessungen in der Veranlagung gemäss dem neuen Qualitätssicherungskonzeptes: • Quartalsweise Auswertung und Berichterstattung; • Ableitung von Massnahmen für die Mitarbeitenden der Gemeinden und der Steuerverwaltung.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Das neue Qualitätssicherungskonzept hat sich bewährt. Die Qualitätsmessungen erfolgen systematisch und es werden Schwerpunkte gesetzt. Im Berichtsjahr waren es die Berufsauslagen. Die Ergebnisse der Qualitätskontrollen sind grösstenteils gut bis sehr gut. Die Gemeindesteuerämter werden jedes Quartal mit einem Kurzbericht über die Ergebnisse orientiert.
Nr. 2.12.02	Erweiterung der Qualitätssicherung Erweiterung der Qualitätssicherung durch die Entwicklung eines Rasters zur Ermittlung von fehlerverdächtigen Konstellationen vor der Fakturierung.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Ein Raster zur Ermittlung fehlerverdächtiger Konstellationen wurde entwickelt. Sein Einsatz ist in der Pilotphase. Die Veranlagenden der Gemeinden sind in diese Pilotphase einbezogen.

Nr. 2.13	Programmpunkt Förderung und Unterstützung der Mitarbeitenden der Gemeindesteuerämter und der Steuerverwaltung Strategische Zielsetzungen Der Schwerpunkt besteht aus der Intensivierung der fachlichen Weiterbildung der Mitarbeitenden der Steuerverwaltung und der Gemeindesteuerämter mit dem Ziel, die anstehenden Steuergesetzrevisionen erfolgreich umsetzen zu können. Dazu gehört auch die Festigung der guten Beziehungen zu den Mitarbeitenden der Gemeinden durch Erfahrungsaustausch, gute Betreuung und Einbezug in den Projekten.	Amtsbericht 2004	
Nr. 2.13.01	Umsetzung des Weiterbildungskonzeptes und -programms 2004 Umsetzung des Weiterbildungskonzeptes und -programms 2004 der Steuerverwaltung mit den Schwerpunkten: • Optimierung der fachlichen Weiterbildung der Mitarbeitenden der Gemeinden und der Steuerverwaltung aufgrund der Ausbildungsbedarfsanalyse 2003; • Entwicklung und Durchführung von Einstiegskursen und -plänen für neue Mitarbeitende; • Vorbereitung und Durchführung einer Ausbildung zur Förderung der Sozialkompetenz; • Durchführung eines Erfahrungsaustausches mit den Leitern der Gemeindesteuerämter.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Für die fachliche Weiterbildung der Veranlagenden der Gemeinden und der kantonalen Steuerverwaltung wurden drei Ausbildungstage eingesetzt. Aufgrund der Ausbildungsbedarfsanalyse wurde im 2004 die steuerliche Behandlung von Versicherungsleistungen geschult. Im Weiteren hat sich die kantonale Steuerverwaltung bei einem gesamtschweizerischen Ausbildungsprojekt für Veranlagende engagiert und beim Pilotkurs mit Teilnehmenden von Gemeinden und Kanton mitgewirkt. Für die neuen Mitarbeitenden der kantonalen Steuerverwaltung wurden ein Einführungsordner und ein Einführungskurs entwickelt und erfolgreich eingeführt. Die Ausbildung zur Förderung der Sozialkompetenz wurde wegen des Projektes Census auf 2005 verschoben. Schwergewicht des Erfahrungsaustausches mit den Leitenden der Gemeindesteuerämter war das Projekt Census.
Nr. 2.14	Programmpunkt Elektronische Dienstleistungen und Innovationen bei der Steuerverwaltung Strategische Zielsetzungen Der Ausbau der elektronischen Dienstleistungen bildet hier das zentrale Thema. Entwicklung zur modernen und leistungsfähigen Dienststelle durch die Förderung von Innovationen. Sicherstellung des Kosten-Nutzen-Denkens durch die konsequente Einhaltung der Regeln des Projektmanagements.	Amtsbericht 2004	

Nr. 2.14.01	Einführung von "Voice over Internet Protocol Telefonie (IP)" Weitere Verbesserung der Erreichbarkeit und des Kundenservices durch die Einführung von "Voice over Internet Protocol Telefonie (IP)". (Internet Protocol-Telefonie heisst Telefonverkehr über das Datennetz statt über das separate Telefonnetz.)	Finanzielle Auswirkungen 2004	Dieses Projekt wurde wegen der Kürzungen bei den Informatikbudgets gestrichen.
Nr. 2.15	Programmpunkt Gleichstellung von Frauen und Männern Strategische Zielsetzungen Die Errungenschaften und Erkenntnisse der laufenden Gleichstellungsarbeit sollen nachhaltig gesichert werden durch die Entwicklung eines Gleichstellungs-Controllings. Dabei wird ein Perspektivenwechsel angestrebt zur Strategie des "Gender Mainstreaming". Dies ist ein Steuerungsmechanismus, der auf allen Ebenen des Verwaltungshandelns nach den Auswirkungen auf die Lebensrealitäten von Frauen und Männern achtet.		Amtsbericht 2004 Zum Legislaturziel 2004 - 2007 "Entwicklung und Einführung eines Gleichstellungs-Controllings" sind im 2004 sowohl statistische als auch qualitative Grundlagen geschaffen worden.
Nr. 2.15.01	Einführung eines Gleichstellungs-Controllings Nachhaltige Sicherung der laufenden Bemühungen durch die Entwicklung und Einführung eines Gleichstellungs-Controllings im Bereich der • Bekämpfung von Gewalt im häuslichen Bereich; • Öffnung der Berufswahl, der Berufsbildung und der Umsetzung des Bildungsgesetzes; • Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; • Förderung der innerbetrieblichen Gleichstellung beim Kanton Basel-Landschaft als Arbeitgeber nach Gleichstellungsgesetz.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Im Rahmen des Budgets	Erstmals stehen mit dem kommentierten statistischen Bericht "Zahlen? Bitte. Der Stand der (Un-)Gleichstellung von Frauen und Männern in Baselland und Basel-Stadt" Basisdaten aus den wichtigsten gleichstellungspolitischen Handlungsfeldern im interkantonalen Vergleich zur Verfügung. Der Evaluationsbericht "Alles Spitze? Gleichstellungsziele und Gleichstellungsrealität in Baselland" bietet eine qualitative Bewertung der im Legislaturprogramm 1999 - 2003 ergriffenen Massnahmen. In den Schwerpunktbereichen hat sich Basel-Landschaft interkantonale in die "Spitzengruppe" von jeweils drei bis sechs Kantonen vorgearbeitet.

3 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

Schwerpunkt der Direktion

Zitat
Wer rastet, der rostet!

Die Kundinnen und Kunden der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD), seien dies Menschen, die ein Mieterproblem haben, seien dies Menschen, die arbeitslos sind und sich den Gesetzmässigkeiten der Arbeitslosengesetzgebung unterziehen müssen, seien dies Menschen, die eine körperliche oder psychische Krankheit durchstehen müssen, seien dies Menschen, die ein Unternehmen leiten und sich Gedanken machen über die Zukunft ihrer Firma, seien dies Menschen, die einen Landwirtschaftsbetrieb führen und sich mit den Auswirkungen der Agrarpolitik (AP) 2007 auseinandersetzen müssen, seien dies Menschen, die sich mit ihrem Grundbesitz an einem Meliorationsprojekt beteiligen, seien dies Menschen aus dem EU-Raum, die sich hier niederlassen wollen oder die hier als Grenzgängerin oder Grenzgänger arbeiten wollen, seien dies Behördenmitglieder aller Stufen, alle erwarten von der VSD, dass sie sich ihren Anliegen prompt und möglichst unbürokratisch, in der Sache richtig und umfassend, im Umgang freundlich und korrekt annimmt. Diese Erwartung zu erfüllen, wird auch im Jahre 2004 die Zielsetzung der VSD sein.

Diese Kunden orientierte Verwaltungstätigkeit, also die so genannte Routinearbeit, die aber in der Sache eben keine Routine ist, weil jeder Geschäftsfall eine spezifische Situation beinhaltet, ist nicht Gegenstand des vorliegenden Jahresprogramms. Das Programm zeigt Massnahmen auf, die *zusätzlich* zu den eigentlichen Dienstleistungs-Kernbereichen in die Wege zu leiten und umzusetzen sind.

Die Vorbereitungen auf die zweite Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) wird die Gesundheitsseite der VSD sehr stark in Anspruch nehmen. Die Umstellung der Spitalfinanzierung muss im Jahre 2004, ausgehend von der gemeinsamen Spitalplanung Basel-Stadt / Basel-Landschaft und von den im Jahre 2003 erledigten "Hausaufgaben Basel-Landschaft" vorbereitet, vertraglich geregelt und in die Spitalliste eingearbeitet werden. Obwohl noch offen ist, ob die Teilrevision per 1. Januar 2005 in Kraft tritt oder erst zu einem späteren Zeitpunkt, müssen die erforderlichen Vorbereitungen getroffen werden. Es sind Verhandlungen mit den Versicherern, mit den Nachbarkantonen, allen voran mit Basel-Stadt, sowie mit den öffentlichen und privaten Leistungserbringern zu führen. Parallel dazu muss das Steuerungssystem der eigenen Spitäler auf die Veränderungen der Rahmenbedingungen ausgerichtet und angepasst werden.

Auf der volkswirtschaftlichen Seite der VSD stehen die Ausrichtung der Landwirtschaft auf die Agrarpolitik (AP) 2007 und die gemeinsame Zukunft der Rheinhäfen beider Basel im Vordergrund.

So gesehen, wird die VSD im Jahre 2004 bestimmt nicht rasten und keinen Rost ansetzen!

Programmpunkte, Strategische Zielsetzungen und Massnahmen

Nr. 3.01	Programmpunkt Wald Strategische Zielsetzungen Die Wald- und Holzwirtschaft befindet sich im Umbruch. Der Rohstoff Holz und Holzprodukte werden immer mehr international gehandelt. Ein im Rahmen des Förderprogramms Holz 21 angestellter Vergleich zeigt, dass die Effizienz der Holzernteverfahren in der Schweiz mit jener in anderen europäischen Ländern nicht mehr Schritt halten kann. Die schweizerische Waldwirtschaft befindet sich in einer seit mehreren Jahren andauernden Ertragskrise. Es gilt Überlegungen anzustellen, wie die Situation nachhaltig verbessert werden kann.	Amtsbericht 2004 Die strategische Zielsetzung ist eine langjährige. Mit dem erfolgreichen Start einer Holzvermarktungszentrale Nordwestschweiz konnte ein wichtiger erster Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Holzwirtschaft erreicht werden. Die Zertifizierung der Forstbetriebe konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Die Zertifizierung ist heute Voraussetzung für den Marktzugang. Die Projektierung eines Holzkraftwerkes wurde weiter vorangetrieben.
----------	--	--

Nr. 3.01.01	Waldprogramm Basel-Landschaft und Waldpflege Waldprogramm Basel-Landschaft: Einsetzen einer Expertenkommission (Forum) für die Begleitung eines breit abgestützten Mitwirkungsprozesses für die Definition einer kantonalen Wald- und Holzpolitik. Beginn der Arbeiten im Frühjahr 2004, Abgabe eines Expertenberichtes zuhanden der Regierung bis Sommer 2005. Waldpflege: Volkswirtschaftliche Optimierung einer nachhaltigen und naturnahen Waldpflege und Nutzung von einheimischem Holz durch die Erhaltung und Stärkung leistungsfähiger Forstbetriebe zur Sicherstellung der öffentlichen Funktionen des Waldes (Schutz und Wohlfahrt). Optimierung der forstlichen Förderungsmaßnahmen durch die Bündelung der Beiträge auf der Basis von Leistungsvereinbarungen. Prüfung von Förderungsmaßnahmen und Ausarbeitung von Zielvereinbarungen und Leistungsaufträgen (Jungwaldpflege, Schutzwaldbewirtschaftung) mit den öffentlichen (und privaten) Waldeigentümern mit dem Ziel, letzteren mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Jahresprogramme und im Massnahmenvollzug zu gewähren.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Waldprogramm: Die Vorbereitungsarbeiten für das Waldprogramm sind abgeschlossen, das Konzept für das Vorgehen steht, und die Liste der einzuladenden Personen bzw. Organisationen ist erstellt. Mit der praktischen Umsetzung musste im Jahre 2004 noch zugewartet werden, weil bis zum heutigen Zeitpunkt noch unklar ist, welchen Umfang die Revision des Eidg. Waldgesetzes erhalten wird. War ursprünglich von einer tief greifenden Revision die Rede, so scheint sich der Bund nun auf das Notwendigste für die Anpassung an die NFA und die Umsetzung des Waldprogramms zu beschränken. Ist dies der Fall, erübrigt sich die auf Kantonsstufe vorgesehene tief greifende Anpassung ebenfalls. Waldpflege: Im Laufe des Jahres entstanden mit Begleitung und Unterstützung des Forstamtes zum Teil kantonsübergreifende Forstbetriebsgemeinschaften (FBG am Blauen; Thierstein West), und drei Zweckverbände, die bisherige Revierpartnerschaften ablösen, stehen unmittelbar vor Abschluss der Vertragsverhandlungen. Das Forstamt hat bei der Entwicklung der Rahmenbedingungen für zukünftige Leistungsvereinbarungen auf Stufe Bund intensiv mitgewirkt. Sobald diese durch den Bund in Kraft gesetzt sind (WaG-Revision), können die Arbeiten für deren Umsetzung auf Stufe Kanton und mit den Waldeigentümern an die Hand genommen werden.
Nr. 3.01.02	Gefahrenhinweiskarte Erarbeitung der zweiten Etappe der Gefahrenhinweiskarte als Basis für die Prioritätensetzung und die Kostenermittlung bei der Erarbeitung der Gefahrenkarten (Schutz vor Naturgefahren) für das Kantonsgebiet.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Arbeiten sind programmgemäss vorangeschritten und konnten im Jahre 2004 abgeschlossen werden.

Nr. 3.01.03	Weiterführung des Wiederherstellungsprojektes "Lothar" Anpassung des Wiederherstellungsprojektes an die Vorgaben des Entlastungsprogramms (Verlängerung) und Genehmigung durch den Bund. Fortsetzung der Massnahmen (Instandstellung, Forstschutz) im Wald. Landratsvorlage 2001 / 128, Verpflichtungskredit 2001 – 2006 LRB 1282 / 01 Total: Fr. 5'126'200.- Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 3'253'940.- Budget 2003: Fr. 386'400.- Budget 2004: Fr. 198'380.- Total: Fr. 1'106'000.- Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 415'740.- Budget 2003: Fr. 91'140.- Budget 2004: Fr. 88'680.-	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.088 Mio.	In Verbindung mit dem extrem trockenen Sommer 2003 und im Hinblick auf die Auswirkungen der Trockenheit im Jahre 2004 musste die Zielsetzung für das Wiederherstellungsprojekt Lothar überarbeitet werden. Das bestehende Projekt soll um ein weiteres Jahr verlängert und auf die Wiederherstellungsflächen aus der Trockenheit ergänzt werden.
Nr. 3.01.04	Waldschadenuntersuchung Abrechnung des Verpflichtungskredites für das Untersuchungsprogramm 2000 - 2003, Erarbeitung einer Landratsvorlage zwecks Fortsetzung des Programms auf reduziertem Niveau (Verpflichtungskredit 2004 - 2007, voraussichtliche Höhe: Fr. 550'000.-). Landratsvorlage 2000 / 029 / Verpflichtungskredit 2000 - 2003 LRB 556 / 2000 Total: Fr. 671'200.- (Konto 2225.318.93), Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 508'932.90 Budget 2003: Fr. 172'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.131 Mio.	Weil verschiedene Parameter in der Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund als Partner in diesem Untersuchungsprogramm neu definiert und ausgehandelt werden mussten, hat die Landratsvorlage eine Verzögerung erfahren. Sie wird dem Parlament im Jahre 2005 zusammen mit einer umfangreichen Berichterstattung vorgelegt werden können.

Nr. 3.02	Programmpunkt Arbeit Strategische Zielsetzungen Per 1. Juni 2004 wird die zweite Phase des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU wirksam. Auf den gleichen Zeitpunkt tritt das Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kraft, welches die Einrichtung von Tripartiten Kommissionen (TPK) vorsieht. Das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) Baselland wird sämtliche dafür notwendigen Grundlagen rechtzeitig bereitstellen und für eine effiziente und sachgerechte Umsetzung der neuen Bundesbestimmungen besorgt sein. Im Weiteren ist auch im Jahre 2004 mit einer hohen Arbeitslosenzahl zu rechnen. Das KIGA Baselland wird die damit anfallenden Mehrarbeiten weiterhin Kunden orientiert und mit hoher Dienstleistungsqualität erbringen. Dazu sind die vorhandenen Kapazitäten (Räume, Infrastruktur, personelle Bestände) sorgfältig im Auge zu behalten und gegebenenfalls anzupassen.	Amtsbericht 2004 Die strategischen Zielsetzungen des Jahres 2004 konnten weitestgehend erreicht werden. Insbesondere standen die notwendigen Grundlagen für die Umsetzung der zweiten Phase des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU rechtzeitig bereit und konnte vom 1. Juni 2004 an ein wirkungsvoller Vollzug realisiert werden. Recht schwierig gestaltete sich die Aufgabe, die Dienstleistungskapazitäten im Bereiche des Vollzugs der Arbeitslosenversicherung bedarfsgerecht bereitzustellen. Der Arbeitsmarkt blieb während des ganzen Jahres schwierig voraussehbar. Die meisten Prognosen mussten im Nachhinein revidiert werden.	
Nr. 3.02.01	Einsetzung und Aufbau der Tripartiten Kommission (TPK) Im Rahmen der Realisierung der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr haben sämtliche Kantone per 1. Juni 2004 eine Tripartite Kommission (TPK) zu schaffen, welche die Beobachtung des Arbeitsmarktes zur Aufgabe hat und im Falle wiederholt missbräuchlicher Lohngestaltung Massnahmen in die Wege leiten kann. Nachdem die rechtlichen Grundlagen bereits im Vorjahr erarbeitet worden sind, geht es im Programmjahr darum, die TPK zu konstituieren. Umsetzung des Entsendegesetzes Die zweite Stufe im freien Personenverkehr zwischen der EU und der Schweiz führt per 1. Juni 2004 zu verschiedenen Änderungen im Vollzug des Ausländerrechtes. Im arbeitsmarktlichen Bereich sind namentlich hervorzuheben: Der Wegfall des bisherigen Inländervorrangs, die Aufhebung der Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen und das neue Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das in Kraft treten wird. Diese Modifikationen bedingen zahlreiche Anpassungen in der praktischen Vollzugsarbeit des KIGA Baselland, insbesondere auch in der Auskunftspraxis gegenüber der Kundschaft. Im Rahmen der erwähnten Änderungen ist auch der erfolgreich realisierte E-Public-Auftritt zu überprüfen und allenfalls anzupassen.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Zielsetzung erreicht: Die Tripartite Kommission (TPK) zur Beobachtung des Arbeitsmarktes wurde am 27. April 2004 gewählt, die hierfür notwendige Verordnung ist seit dem 1. Februar 2004 in Kraft. Die TPK hat sich am 11. Juni 2004 konstituiert und mittlerweile dreimal getagt. Dabei hat sie sich ein Reglement gegeben, über die Organisation der Kontrollen bzw. Arbeitsmarktbeobachtung gegenüber in- und ausländischen Firmen entschieden, sich von den beauftragten Kontrollorganen des KIGA Baselland und der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle des Ausbaugewerbes (ZPK) berichten lassen und sich selbst schwerpunktmässig der Beobachtung der ausländischen Dienstleistungserbringerfirmen im Gartenbau gewidmet. In enger Zusammenarbeit zwischen dem KIGA Baselland und den Sozialpartnerorganisationen, insbesondere der ZPK, konnte eine Umsetzung des Entsendegesetzes realisiert werden, die anerkanntermassen als griffig beurteilt und vom Seco als gut qualifiziert wird. Das Baselbieter Vollzugsmodell wird sogar anderen Kantonen als beispielhaft zur Nachahmung empfohlen (zusammen mit den Modellen von GE, TI und ZH, die ebenfalls die Qualifikation eines guten Vollzugs erhielten).

Nr. 3.03	Programmpunkt Landwirtschaft Strategische Zielsetzungen Anpassung der land- und hauswirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung. Vorbereitung der Umsetzung der neuen Agrarpolitik des Bundes (AP 2007) und Unterstützung der Landwirtschaft bei der Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen, sei es bei der inneren und äusseren Aufstockung, beim Umstieg auf den Nebenerwerb, bei der Spezialisierung oder bei der Betriebsaufgabe.	Amtsbericht 2004 Die Anpassungen der Landwirtschaft an die neuen Bedingungen machen sich vor allem im Hochbau und im landwirtschaftlichen Kreditwesen, im Boden- und Pachtrecht sowie in den vielen Rückfragen zu den Direktzahlungen bemerkbar. Der Fleckviehzuchtverband beschloss, die Beurteilung der Zuchttiere selber durchzuführen, so dass der Kanton keine Genossenschaftsschauen mehr durchführen wird. Das Weiterbildungsangebot wurde den Bedürfnissen angepasst und mit dem Kanton Solothurn koordiniert.
Nr. 3.03.01	Anpassung der land- und hauswirtschaftlichen Ausbildung Anpassung der land- und hauswirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung. Der Schweizerische Bauernverband wird als anerkannte Berufsorganisation die landwirtschaftliche Ausbildung neu definieren. Es gilt, die Ausbildung im Kanton entsprechend anzupassen, die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen zu verstärken und die Kompetenzen zwischen der VSD und der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) neu festzulegen. Die hauswirtschaftliche und bäuerlich-hauswirtschaftliche Ausbildung befindet sich in einem ähnlichen Umbruch. Dieselben Punkte sind zu überarbeiten. Umschulungsbeihilfen Der Bund sieht im Rahmen der Agrarpolitik 2007 vor, Personen, die selbstständig in der Landwirtschaft tätig sind, Beihilfen zur Umschulung in einen ausserlandwirtschaftlichen Beruf zu gewähren. Der Kanton wird die Massnahme vollziehen müssen.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Die Vorbereitungen des Schweizerischen Bauernverbandes schreiten langsamer voran als erwartet. Er arbeitet nach wie vor auf der Stufe der Entwürfe. Voraussichtlich wird die landwirtschaftliche Berufsausbildung auch in Zukunft 3 Jahre umfassen. Das Schwergewicht des Unterrichtes wird im 3. Jahr anfallen. Anpassungen im Kanton waren bisher nicht nötig. Die hauswirtschaftliche und bäuerlich-hauswirtschaftliche Ausbildung beschränkt sich im Kanton auf wenige angebotene Module. Die Ausbildung ist von den modernen Bäuerinnen, die bereits über eine berufliche Ausbildung verfügen, nicht mehr im gleichen Ausmass wie vor Jahren gefragt. Hingegen sind Fortbildungskurse sehr beliebt. Umschulungsbeihilfen Es wurde kein einziges Gesuch um Umschulungsbeihilfe eingereicht. In der Regel orientieren sich die Junglandwirte vor der Betriebsübernahme anders, sodass sie nicht in den Genuss von Umschulungsbeihilfen kommen können. Oder Landwirte mit Betrieben geben diese nicht vollständig auf, sondern gehen einem Nebenerwerb nach, auch dieser langsame Ausstieg berechtigt nicht zu Umschulungsbeihilfen.

Nr. 3.03.02	Umbau der Förderung des biologischen Landbaus Die Umstellungsbeiträge des Kantons haben offenbar nicht die gewünschte Wirkung. Denn die Zahl der Betriebe, die auf den biologischen Anbau umstellen, hat stark abgenommen. Anstelle der Umstellungsbeiträge sollen neue Massnahmen zur Förderung des biologischen Landbaus zum Einsatz kommen. Es sind auch Massnahmen zur Förderung der übrigen umweltfreundlichen Landwirtschaft zu prüfen.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Regierungsrat hat die Verordnung über den Umweltschutz geändert und die Umstellungsbeiträge von pauschalen Zahlungen auf die Unterstützung konkreter Massnahmen der Betriebe umgestellt.
Nr. 3.04	Programmpunkt Rheinhäfen Basel-Landschaft Strategische Zielsetzungen Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Güterverkehr zu Wasser. Strategische Zielsetzung dabei ist die Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel zu einem selbständigen Unternehmen öffentlichen Rechtes.	Amtsbericht 2004 Die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Zusammenlegung der Rheinhäfen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft erlitten aufgrund der Umstände rund um die Rheinschiffahrtsgesellschaft Basel-Stadt eine Verzögerung. Die Vorlage an die Parlamente wurde im November 2004 in die externe Vernehmlassung gegeben.	

Nr. 3.04.01	Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel Im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes Basel-Stadt / Basel-Landschaft wird die Zusammenlegung und Ausgliederung der Rheinhäfen beider Basel und die Überführung in ein Unternehmen öffentlichen Rechtes vorgenommen. Dazu werden in beiden Kantonen Parlamentsvorlagen mit den entsprechenden Grundlagen erarbeitet. Die Behandlung in den Parlamenten ist per 2004 geplant, das neue Unternehmen könnte frühestens per 1. Januar 2005 seine Tätigkeit aufnehmen. Förderung des Güterumschlages Wasser / Land: Hafeninfrastruktur Der Güterumschlag Wasser / Land wird mit der entsprechenden Erneuerung und dem Ausbau der Hafeninfrastruktur gezielt gefördert. Im Einzelnen handelt es sich dabei für das Jahr 2004 um einen Teil der Strassenerneuerung im Auhafen Muttlenz, den Bau einer Bootsgarage und die Projektierung des Ausbaus der Hafenbahn.	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.93 Mio. zulasten Investitionsprogramm VSD	Der Entwurf eines Staatsvertrages als Basis für eine Parlamentsvorlage im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes mit dem Kanton Basel-Stadt konnte im Jahr 2004 fertig gestellt und in die externe Vernehmlassung geschickt werden. Nach Verarbeitung der Stellungnahmen wird das Geschäft im ersten Semester 2005 dem Parlament unterbreitet werden. Die Projektierung und Realisierung von Erneuerungen und des Ausbaus der Hafeninfrastruktur konnten planmässig weitergeführt werden. So wurde ein wichtiger Teil des Strassennetzes im Auhafen Muttlenz erneuert, der Feinbelag kann allerdings erst 2005 eingebracht werden. Die Planung des Baus einer Bootsgarage wurde abgeschlossen und ein entsprechendes Kreditbegehren wird anfangs 2005 eingereicht werden. Die Optimierung und der Ausbau der Infrastruktur für die Hafenbahn wurde in drei Modulen weitergeführt. Ein erstes Modul mit vorwiegend organisatorischen Massnahmen wurde umgesetzt und ein zweites Modul mit Massnahmen zur Überbrückung der Zeit bis zur Realisierung des im Modul drei vorgesehenen grösseren Ausbauprojektes wurde planerisch abgeschlossen und wird 2005 realisiert. Das Vorprojekt für Modul drei in Form eines grösseren Ausbauprojektes wurde abgeschlossen und wird im ersten Semester 2005 als Projektierungskreditvorlage dem Parlament unterbreitet werden.
Nr. 3.05	Programmpunkt Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV93) Strategische Zielsetzungen Der Aufbau des geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat die Zielsetzung, die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private zu erzeugen. Bei der amtlichen Vermessung geht es um die Fortsetzung der 2001 vom Landrat beschlossenen und 2002 begonnenen Realisierung der zweiten Etappe AV93 in der Zeitspanne von 2002 - 2008. Die dritte Etappe soll anschliessend das Projekt bis 2015 abschliessen, die vorgängig regulierungsbedürftigen Laufentaler Gemeinden vorbehalten.		Amtsbericht 2004 Die Berichterstattung zu den einzelnen Programmpunkten zeigt, dass die Arbeiten insgesamt planmässig voranschreiten.

Nr. 3.05.01	Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses Geographisches Informationssystem (GIS) Basel-Landschaft Realisierung der Gebäude-Datenbank; Bereitstellung des Auskunftssystems über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem); Integration weiterer Datenebenen in das Geo Data Warehouse: Naturschutz-Inventare, Wasser / Abwasser, Bodenkarten, Geländemodelle; Bereitstellung von Zugriffsmechanismen auf das Geo Data Warehouse mittels GIS-Desktop Systemen, Intranet und Internet; Visualisierungen und Analysen mit dem Parzellen-Informationssystem PARZIS; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen sowie zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor "Grund und Boden". Landratsvorlage 2000 / 091, Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1013 Total: Fr. 2.8 Mio. Fr. (Kontengruppe 3) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 429'526.- Budget 2003: Fr. 458'000.- Budget 2004: Fr. 329'000.- Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Das vorgesehene Jahresprogramm 2004 steht im Einklang mit der Quote gemäss Landratsvorlage und sieht die Bearbeitung von rund acht Gemeinden vor. Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 LRB 1281 Total 13.1 Mio. Fr., Konto 2230.319.90-3 Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 678'242.- brutto Fr. 217'004.- netto Budget 2003: 2230.319.90-3 Fr. 1'645'580.- / 2230.460.00-3 Fr. 128'000.- Budget 2004: 2230.319.90-3 Fr. 1'324'150.- / 2230.462.10-2 Fr. 762'200.- / 2230. 460.00-3 Fr. 128'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2004 GIS: 0.329 Mio. AV 93: 1.324 Mio. brutto und 0.434 Mio. netto	Im Geo Data Warehouse (GDWH) wurden zu den bestehenden weitere 10 Datenebenen zur Verfügung gestellt wie zum Beispiel die Bodenkarte, die archäologischen Grabungen und Fundstellen, die kantonal geschützten Naturobjekte und der Geologische Atlas. Seit Oktober 2004 betreibt das Statistische Amt das Gebäude- und Wohnungsregister in der Gebäude-datenbank, welche vom Vermessungs- und Meliorationsamt (VMA) betrieben wird. An private Institutionen wurden Geodaten gegen Gebühren abgegeben. Die an das GDWH angeschlossene Intranet-Applikation PARZIS erhielt neue Darstellungs-, Such- und Analysemöglichkeiten. PARZIS wurde täglich von 150 bis 200 Mitarbeitenden genutzt. Das Amt für Raumplanung realisierte unter Verwendung der vorhandenen GIS-Infrastruktur eine eigene Applikation zur Erfassung der Baugesuche. In Arbeit waren das Internet Geoportal mit der Möglichkeit, PARZIS über Internet zu nutzen, das Auskunftssystem über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem) und die Datenabgabe über Internet. Der Schlussbericht mit Abrechnung zur Realisierung der 1. Etappe AV 93 ist vom Landrat genehmigt worden. Das vorgesehene Programm 2004 zur 2. Etappe konnte nicht vollständig in Angriff genommen werden, weil zur Vergabe von drei Gemeinden Beschwerde erhoben worden ist, die zur Zeit noch nicht erledigt sind. Im Übrigen verlaufen die Arbeiten programmgemäss.
------------------------	---	--	---

Nr. 3.06	Programmpunkt Bodenverbesserung Strategische Zielsetzungen Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft / Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen.		Amtsbericht 2004 Die Arbeiten entwickeln sich im Einklang mit den strategischen Zielsetzungen. Der Budgetrahmen 2004 musste aufgrund eingegangener Verpflichtungen überschritten werden. Die Problematik der Mehrjährigkeit von Projekten im Zusammenhang mit Verbesserungen der Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft wurde mit der Finanz- und Kirchendirektion besprochen, und neu werden dem Landrat Rahmenkredite beantragt werden.
Nr. 3.06.01	Bessere Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft / Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen Abschluss der laufenden Felderregulierungen in Rickenbach und Biel-Benken; Neuzuteilung in der laufenden Felderregulierung in Roggenburg; Abschluss der Wiederherstellungsprojekte in Nussdorf und Zuzgen; Abstimmung über die Durchführung einer Gesamtmelioration in Wahlen; Landwirtschaftliche Vorstudien in Blauen und Brislach; Einleitung der Wiederherstellungsprojekte in Thürnen und Zeglingen; Vorbereitung der Wegerschliessungen Rothengrund, Riedbach (Lupsingen), Baaholden (Ramlingen), Schöni (Bennwil), Erlhof (Hölstein), Ulmet (Lauwil), Wasserfallen (Reigoldswil), Rohrberg, Spitzenbühl und Albach (Liesberg).	Finanzielle Auswirkung 2004 Förderbeitrag von 0.35 Mio.	Der Abschluss in den Felderregulierungen Rickenbach und Biel-Benken verzögert sich durch den Geldausgleich. Die Arbeiten in Roggenburg laufen programmgemäss. Der Entscheid des Regierungsrates zu den Beschwerden zum Bezugsgebiet der Gesamtmelioration Wahlen steht noch aus. Die landwirtschaftlichen Vorstudien in den Gemeinden Blauen und Brislach liegen vor. Die verschiedenen gemeinschaftlichen Einzelprojekte wurden weiterbearbeitet oder abgeschlossen.
Nr. 3.07	Programmpunkt Gesetzgebung Strategische Zielsetzungen Bereitstellung von wirksamen, zeitgemässen Gesetzen, die sich konsequent an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren.		Amtsbericht 2004 Die strategische Zielsetzung ist allgemeiner Natur und gilt weiterhin.

Nr. 3.07.01	Gesetzesrevisionen • Mietrecht: Je nach Ausgang der Referendumsabstimmung zur eidgenössischen Mietrechtsrevision im Jahr 2004 wird möglicherweise eine Anpassung des kantonalen Gesetzes über die Behörden und das Verfahren bei Streitigkeiten aus Miete und Pacht von unbeweglichen Sachen erforderlich (SGS 223). • Wirtschaftsförderung: Einerseits muss, bedingt durch den Wegfall des Salzhandelsmonopols, die Finanzierung neu geregelt werden, andererseits ist die Ausrichtung des Wirtschaftsförderungsgesetzes vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung zu überprüfen. • Entwurf einer Gesetzesvorlage zur Einschränkung der Alkohol- und Tabakwerbung; Auftrag des Landrates, Motionen 2002/193 und 2002/194, überwiesen am 10. April 2003. • Überarbeitung des Gesundheitsgesetzes: Die Revision des Gesundheitsgesetzes war schon für die Legislatur 1999 - 2003 vorgesehen. Die Neuregelung des Heilmittelbereiches auf Bundesebene erfuhr jedoch Verzögerungen. Aus diesem Grund wurde mit der Revision zugewartet.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Mietrecht: Nachdem die Vorlage zur Änderung des Obligationenrechts im Bereich des Mietrechtes anlässlich der Volksabstimmung vom 8. Februar 2004 abgelehnt wurde, erübrigte sich eine Anpassung des kantonalen Gesetzes über Behörden und das Verfahren bei Streitigkeiten aus Miete und Pacht von unbeweglichen Sachen (SGS 223). Die Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes ist in Arbeit und wird dem Landrat im Jahre 2005 vorgelegt werden. Erlass eines Kantonalen Alkohol- und Tabakgesetzes: Die Vorlage (Nr. 2005 / 004) wurde am 11. Januar 2005 dem Landrat zur Beratung zugeleitet. Revision Gesundheitsgesetz: Die Revisionsarbeiten wurden soweit abgeschlossen, dass im ersten Halbjahr 2005 die externe Vernehmlassung durchgeführt werden kann.
Nr. 3.08	Programmpunkt Gesundheitsförderung Strategische Zielsetzungen Die Baselbieter Fachstelle für Gesundheitsförderung, die als Abteilung im Generalsekretariat der VSD eingegliedert ist, ist während 15 Jahren gewachsen. Produkt ist eine leistungsstarke und professionelle Organisation, die für den Kanton wichtige und geschätzte Dienstleistungen erbringt. Eine interne Evaluation zeigt allerdings auf, dass mit dem Wachstum eine Verwässerung in den strategischen Zielen und eine Vernetzung der knappen Ressourcen verknüpft mit einem gewachsenen Mengenangebot erfolgte. Dies und die mit dem eidgenössischen Krankenversicherungsgesetz (KVG) neu geschaffenen Angebote führen dazu, dass die Aufgaben der Baselbieter Gesundheitsförderung in der neuen Legislaturperiode überprüft werden müssen.		Amtsbericht 2004 Ziel noch nicht erreicht. Es wurden Vorarbeiten zur Neupositionierung der Gesundheitsförderung geleistet.

Nr. 3.08.01	Gesundheitsförderung und Suchtprävention Begriff, Ziele, Strategie, Konzept und Tätigkeiten der Gesundheitsförderung Basel-Landschaft werden neu definiert und mit sämtlichen Partnerorganisationen, Leistungsgebern und -nehmern vereinbart. Begriff, Ziele, Strategie, Konzept und Tätigkeiten der Suchtprävention werden ebenfalls neu definiert und mit sämtlichen Partnerorganisationen, Leistungsgebern und Leistungsnehmern vereinbart. Der Prozess der Suchtprävention findet parallel zu demjenigen der Gesundheitsförderung statt, um Synergien und Schnittstellen zu nutzen. Gesundheitsförderung im Frühbereich: Abschluss des Projektes Frühbereich II Im April 1999 hat der Landrat einen fünfjährigen Verpflichtungskredit bewilligt zugunsten der Gesundheitsförderung im Frühbereich. Der Projektauftrag ist die Realisierung einer Koordinationsstruktur für die Angebote im Frühbereich, d.h. jener Angebote, die schwangere Frauen, werdende Väter, Säuglinge und Kleinkinder sowie deren Mütter und Väter mit Information, Beratung, Anleitung und Begleitung unterstützen. Das Projekt findet im Herbst 2004 seinen Abschluss. Landratsvorlage 98 / 256 vom 8.12.1998 / Verpflichtungskredit LRB 1911 / 99 1999 - 2003: Total Fr. 400'000.- (2202 365.50-400) Davon verbraucht bis 31.12. 2002: Fr. 273'000.- Budget 2003: Fr. 85'000.- Budget 2004: Fr. 42'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.042 Mio.	Gesundheitsförderung und Suchtprävention: Die Arbeiten konnten im Jahre 2004 nicht abgeschlossen werden. Der Programmpunkt ist deshalb im Jahresprogramm 2005 erneut aufgenommen worden. Gesundheitsförderung im Frühbereich: Das Projekt wurde im Herbst 2004 abgeschlossen. Es ist vorgesehen, die Erkenntnisse bei der Erarbeitung des strategischen Konzeptes der Gesundheitsförderung einzubeziehen.
------------------------	--	--	---

Nr. 3.09	Programmpunkt Gesundheitswesen: Umsetzung der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) Strategische Zielsetzungen Vorbereitung der Umstellung der Spitalfinanzierung auf die neuen Bedingungen gemäss zweiter Teilrevision des KVG. Es ist absehbar, dass die Kantone einen Sockelbeitrag an alle KVG-Behandlungen sämtlicher Spitäler leisten müssen, die auf der Spitalliste des Wohnkantons aufgeführt sind. Dies unabhängig von der Versicherungsdeckung der Patientinnen und Patienten. Die bisherige Aufteilung in subventionierte und nicht subventionierte Spitäler entfällt. Sie wird ersetzt durch eine leistungsbezogene Finanzierung.		Amtsbericht 2004 Die zweite Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes ist im November 2003 in den eidgenössischen Räten gescheitert.
Nr. 3.09.01	Umsetzung der zweiten Teilrevision des KVG Ausgehend von den Resultaten des Projektes "Hausaufgaben Basel-Landschaft" sind im Jahre 2004 die Verhandlungen bezüglich Leistungseinkauf und Leistungsverkauf zu führen und die entsprechenden Verträge abzuschliessen. Das Produkt "Spitalliste" liegt im Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates. Die bestehenden Spitalabkommen müssen überarbeitet werden. Entsprechend ist auch der Landrat involviert.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Nachdem die zweite KVG-Teilrevision im November 2003 in den eidgenössischen Räten gescheitert war, erübrigte sich die Neuordnung des Leistungseinkaufs und die Überarbeitung der Spitallisten.
Nr. 3.10	Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz Strategische Zielsetzungen Sanierungsmassnahmen zur Sicherstellung des laufenden Betriebes; massvolle Anpassung der sanitären Infrastruktur auf den Stationen zwecks Verbesserung der Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten; bereichsweise Anpassung der Stellenpläne an die Soll-Werte gemäss Stellenplanüberprüfung; e-health: Weiterausbau der Informatik zur Unterstützung der Spitalprozesse auf der Basis einer gemeinsamen Informatikstrategie und eines gemeinsamen Kommunikationskonzeptes der öffentlichen Spitäler Basel-Landschaft.		Amtsbericht 2004 Die IT-Strategie über alle 4 Spitäler wurde unter der Federführung der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion erstellt. Das Kantonsspital Laufen ist bereits am Kantonsnetz angeschlossen, der Anschluss der übrigen Spitäler ist in Arbeit.

Nr. 3.10.01	Sicherheit / Sanitäre Infrastruktur / Tagesklinik Sicherheitsrelevante Massnahmen gemäss LR-Vorlage 2003 / 168. Massvolle Anpassung der sanitären Infrastruktur auf den Stationen durch Schaffung von zusätzlichen Duschen in den bestehenden Badezimmern zwecks Verbesserung der Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten. Realisierung einer interdisziplinären Tagesklinik und Anpassung der Ambulatorien durch die Umnutzung von stationärer Infrastruktur. Dadurch sollen 12 - 15 Betten für eine Tagesklinik geschaffen werden. Angestrebte Wirkung: Prozessoptimierung, Kosteneinsparungen, bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Investitionsbedarf 2004: 0.1 Mio. Investition 2004: 0.2 Mio. Mehraufwand: 0.4 Mio.	Sicherheitsrelevante Massnahmen (SM): Die Umsetzung SM 1 läuft planmässig, die Vorbereitungen für SM 2 sind eingeleitet. Sanitäre Infrastruktur: Planung, Ausschreibung und Vergabe sind erfolgt. Die Arbeiten sind im Gange mit Abschluss Mai 2005. Interdisziplinäre Tagesklinik: Das Projekt wurde im Sommer 2004 sistiert infolge erhöhtem Mittelbedarf in anderen Projekten, insbesondere für die Schaffung von Büro-Infrastruktur infolge Umsetzung Arbeitsgesetz für Assistenzärzte. Neuaufnahme der Projektarbeiten ab Januar 2005.
Nr. 3.10.02	E-health Beschaffung und Einführung einer integrierten elektronischen Patientenakte mit Anbindung aller Patienten orientierten Subsysteme inkl. Leistungserfassung und –abrechnung. Angestrebte Wirkung: Ausschöpfung eines grossen, aber schwer quantifizierbaren Einsparungspotenzials durch Prozessbeschleunigung, bessere und ortsunabhängige Verfügbarkeit der Daten. Ferner konzentrierter Datenschutz.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Investition 2004: 0.8 Mio.	Erfolgreiche Einführung Leistungserfassung für Tarmed. Ausbreitung der elektronischen Dokumentation (Qualicare) im ärztlichen Bereich, unter anderem Ablösung Applikationen MEDIS und Medicohelp. Realisierung des Patientendaten-Managementsystems für die Anästhesie. Realisierung des Austauschs von digitalen Röntgenbildern mit externen Stellen.
Nr. 3.10.03	Anpassung der Stellenpläne Stellenplanerhöhung in der Physiotherapie, in der Radiologie und in der Intensivpflegestation (IPS); Stellenplankorrekturen in der stationären Pflege.	Finanzielle Auswirkungen 2004 2.2 Mio. wiederkehrend	Im Bereich Physiotherapie wurde der Stellenplan um 3 der insgesamt 6 zusätzlich notwendigen Stellen erhöht. Die Reduktion des Stellenplans im Bereich Pflege wurde nicht vollzogen. Grund: Anstieg der Anzahl Pflorgetage.

Nr. 3.11	Programmpunkt Kantonsspital Liestal Strategische Zielsetzungen Einrichtung der Intermediate Care (IMC) am Kantonsspital Liestal zur postoperativen Überwachung von Patientinnen und Patienten, die einer verlängerten "direkten" Beobachtung bedürfen (Struma, arterielle gefässchirurgische Interventionen). Die IMC soll die Sicherheit der Patienten nach einem solchen operativen Eingriff erhöhen. Sie ist eine Station, die vom Aufwand her betrachtet tiefer liegt als eine IPS, jedoch höher als eine normale Pflegeabteilung. Sie unterscheidet sich im Personalaufwand von einer Intensivstation (IPS 1:2, IMC 1:4). Im Gegensatz zu der Abteilung werden hier die Patienten "direkt" beobachtet, wobei die Aufmerksamkeit ganz besonders auf Veränderungen der Atmung und des Kreislaufes liegt. Beschaffung und Installation eines MRI-Gerätes am Kantonsspital Liestal mit dem Ziel, für öffentliche und private Leistungserbringer der Versorgungsregion Oberes Baselbiet den Zugang zu dieser Diagnosetechnik zu ermöglichen. Anpassung der Stellenpläne an die Soll-Werte gemäss Stellenplanüberprüfung.	Amtsbericht 2004 Im Rahmen der Projektentwicklung zeigte sich, dass zur Zeit der Bedarf im Verhältnis zum Mitteleinsatz <u>noch</u> unverhältnismässig ist. Deshalb verzichtete die Geschäftsleitung auf die momentane Realisierung. Insofern erfolgte hier eine Änderung der strategischen Zielsetzung. Die übrigen Ziele wurden erreicht.	
Nr. 3.11.01	Beschaffung und Installation eines MRI-Gerätes Landratsvorlage 2003 / 133, Verpflichtungskredit, LRB: noch offen Total: Fr. 2'170'000.- MRI-Gerät (Konto 2270.506.50) Fr. 1'560'000.- Raumbereitstellung (Konto 2320.503.30-249) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2003: Fr. 0.9 Mio. Budget 2004: Fr. 2.9 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2004 2.9 Mio.	Das MRI-Projekt konnte qualitativ, terminlich wie auch budgetmässig wie vorgesehen abgeschlossen werden.
Nr. 3.11.02	Raum für Intermediate Care (IMC) Einrichtung eines geeigneten Raumes (zum Beispiel der Aufwachraum im 1. UG) für Intermediate Care (IMC). Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur. Beschaffung von medizintechnischen Geräten (Monitoren, Pulsoximetrie etc.). Stellenplanberechnung, Personalrekrutierung.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Investitionsbedarf 2004: 0.14 Mio., Personalaufwand wiederkehrend: 0.5 Mio.	Im Rahmen der Projektentwicklung zeigte sich, dass zur Zeit der Bedarf im Verhältnis zum Mitteleinsatz <u>noch</u> unverhältnismässig ist. Deshalb verzichtete die Geschäftsleitung auf die momentane Realisierung. Sollte die dafür geeignete Patientenkategorie weiter ansteigen, würde das vom Konzept her gute Projekt wieder aktiviert.

Nr. 3.11.03	Anpassung der Stellenpläne Anpassung der Stellenpläne im stationären Pflegebereich sowie in den medizinisch-technischen Berufen (Labor, Therapien, Radiologie, Diagnostik, Ambulatorien) gemäss Studie.	Finanzielle Auswirkungen 2004 1.6 Mio. wiederkehrend	Die Anpassung der Stellenpläne konnte punktuell realisiert werden. Aus Budgetgründen jedoch noch nicht in allen Abteilungen.
Nr. 3.12	Programmpunkt Kantonales Institut für Pathologie Strategische Zielsetzungen Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten im Bereich des Kantonalen Institutes für Pathologie (KIP). Erfüllung der sicherheits- und arbeitshygienischen Vorschriften.		Amtsbericht 2004
Nr. 3.12.01	Modernisierung des Kantonalen Institutes für Pathologie (KIP) Baukreditvorlage an den Landrat Nr. 2003/170. Mit dieser Vorlage wird vorgeschlagen, durch einen An- und Umbau des bestehenden Personalhauses des Kantonsspitals Liestal zeitgemässe und gesetzeskonforme Labor- und Büroräumlichkeiten zur Unterbringung des KIP herzurichten. Ausführungsplanung 2004, Zielerreichung Mitte 2007.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Baubeginn erfolgte wie geplant im November 2004. Der Baufortschritt verläuft nach Plan.
Nr. 3.13	Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal Strategische Zielsetzungen Modernisierung und Ersatzanschaffungen beim Maschinenpark gemäss Mehrjahresprogramm.		Amtsbericht 2004
Nr. 3.13.01	Modernisierung und Ersatzanschaffungen beim Maschinenpark der Zentralwäscherei Liestal Gemäss Mehrjahresprogramm: 2004: Transportanlage Container-Waschanlage, Grossteilemange, Eingabemaschine.	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.68 Mio.	Die Anschaffung ist erfolgt.

Nr. 3.14	Programmpunkt Kantonsspital Laufen Strategische Zielsetzungen Ausrichtung des Spitalbetriebes im Kantonsspital Laufen auf die neue Situation nach der Schliessung des solothurnischen Bezirksspitals Breitenbach unter Beibehaltung des Grundversorgungsauftrages für die ganze Region Laufental-Thierstein (SO). Anpassung der Stellenpläne an die Soll-Werte gemäss Stellenplanüberprüfung. Planung und Vorbereitung von Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Operationssaal, Radiologie und Physiotherapie.	Amtsbericht 2004 Die enorme Volumenzunahme nach der Schliessung des Spitals in Breitenbach per 30. Juni 2003 hat sich - logischerweise etwas abgeschwächt - im Jahre 2004 fortgesetzt (Klinikaustritte + 13,7%, Pfl egetage + 7,6%, Notfall + 8,7%, Ambulatorium + 0,8%). Das Kantonsspital Laufen konnte sich als Grundversorgungsspital für die Region Laufental-Thierstein (SO) etablieren.	
Nr. 3.14.01	Neuausrichtung und Sanierungsmassnahmen Sicherstellung der betrieblichen und personellen Mittel, zunächst im Rahmen des Budgets 2004. Bericht über organisatorische, personelle und betriebliche Anpassungen. Eventuell Sondervorlage an den Regierungsrat oder Landrat, abhängig von der tatsächlichen Entwicklung. Planung und Vorbereitung von Sanierungsmassnahmen in Zusammenarbeit mit der Bau- und Umweltschutzdirektion im Hinblick auf eine Kreditvorlage an den Landrat.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Das Berichtsjahr war geprägt von unzähligen Anpassungen des ganzen Betriebes an die gestiegenen und stark veränderten Anforderungen. Die angepassten Stellenpläne einschließlich der zusätzlichen Assistenzarzt-Stellen im Zuge der 50-Std-Woche per anfangs 2005 konnten personell besetzt werden. Die enorme Inanspruchnahme führte zu einem gewissen Rückstand bei den Vorbereitungen für die anstehenden Sanierungsmassnahmen. Die massiven Veränderungen bei den zu erfüllenden Aufgaben hat nicht nur Anpassungskosten nach sich gezogen; ebenso sind neu zusätzliche Erträge entstanden, die in der Laufenden Rechnung zu einem stabilisierten Saldo (Staatsbeitrag BL) führen. Die Planung von baulichen Sanierungsmassnahmen in Zusammenarbeit mit der BUD konnte im Berichtsjahr nicht mehr in Angriff genommen werden.

Nr. 3.15	Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) Strategische Zielsetzungen Folgeplanung II Psychiatrie: Einleitung der Umsetzung der einzelnen Massnahmen entsprechend der Prioritätensetzung. Sicherstellung des laufenden Betriebes auch während der laufenden Sanierungsarbeiten (Umbau Haus 5). Anpassung der Stellenpläne an die Soll-Werte gemäss Stellenplanüberprüfung.	Amtsbericht 2004 Die Umbau-, Ausbau- und Sanierungsarbeiten von Haus A sowie der Neubau des Werkstatt- und Bürogebäudes Haus C sind planmässig vorangeschritten. Das Werkstatt- und Bürogebäude Haus C wurde im August bezogen und die Umbau-Provisorien konnten aufgegeben werden. Auch im Haus A ist der Baufortschritt plan-gemäss. Die bescheidenen Provisorien der betroffenen Klinikstationen werden für Patientinnen, Patienten und Personal zunehmend belastender. Dank des enormen Einsatzes der Mitarbeitenden kann der Betrieb auch während der laufenden Sanierungsarbeiten sichergestellt werden. Die im Auftrag der VSD durchgeführte Stellenplan-überprüfung im Pflege- und ärztlich-therapeutischen Bereich in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik sowie im Kantonalen Altersheim hat die derzeitigen Stellenpläne bestätigt und aufgezeigt, dass keine Anpassungen bei den personellen Ressourcen nötig sind.	
Nr. 3.15.01	Folgeplanung zum Psychiatriekonzept Baselland Nach der Verabschiedung durch den Regierungsrat und der Kenntnisnahme durch den Landrat folgt die Umsetzung der einzelnen Projekte entsprechend der Prioritätensetzung durch den Regierungsrat. Daraus resultierende Folgekosten hängen von den entsprechenden Beschlüssen ab.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Projektgruppen - Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation - Alterspsychiatrischer Dienst - Forensische Psychiatrie Baselland sind an der Arbeit. Erste Resultate bzw. Anträge an die VSD / Regierung sind im Jahr 2005 zu erwarten. Der Landrat hat den Regierungsrat mit der Schaffung einer Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation beauftragt, die KPD haben die Projektierung aufgenommen.

4 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Schwerpunkt der Direktion

Zitat:

Die Erhaltung der natürlichen Ressourcen als Handlungsfeld einer nachhaltigen Entwicklung

Tiefbau

Die Bewirtschaftung des Gesamtnetzes des Strassen- und Schienenverkehrs sowie das Verkehrsmanagement erhalten hohe Priorität. Gut ausgebaute und betriebsbereite Verkehrsnetze sind unverzichtbare Basis für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft. Dazu gehören Strassennetze von nationaler, regionaler und kommunaler Bedeutung, Schienennetze für den öffentlichen Verkehr im Fern- und Nahbereich sowie Verkehrswege für den Langsamverkehr. Diese Verkehrsnetze müssen funktionsgerecht ausgebaut, neuen Anforderungen und Randbedingungen angepasst, in der Substanz über lange Zeit erhalten und schliesslich jederzeit betriebsbereit gehalten werden.

Hochbau

Die Erarbeitung einer Grobstrategie mit Umsetzungsplan für die räumliche Entwicklung der Verwaltung bildet im Hochbau den Schwerpunkt. Der Kanton Basel-Landschaft benötigt kontinuierlich mehr Raum. Unter anderem werden jährlich neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. Diese Entwicklung wird stark beeinflusst durch Reformen und Neuorganisationen (zum Beispiel bei den Gerichten, beim Schulwesen) sowie die Übernahme von neuen Leistungen. Dem gegenüber stehen limitierte Finanzmittel. Mittels einer Strategie in der räumlichen Entwicklung der Verwaltung soll der bestehende Raum effizienter genutzt werden, zusätzlicher Raum soll auf das Notwendigste reduziert werden können. Der kurzfristige Einsatz von Mitteln im Bereich Bereitstellung und Bewirtschaftung räumlicher Ressourcen soll im Hinblick auf die Zielsetzungen optimiert werden. Die Umsetzung der Strategie erfolgt ab 2005 im Rahmen von Ziel gerichteten baulichen Massnahmen zur Abdeckung räumlicher Ressourcen, aber auch zum Werterhalt der Gebäude und Anlagen.

Umweltschutz und Energie

Im Mittelpunkt dieses Bereiches steht die Erhaltung der natürlichen Ressourcen als Handlungsfeld einer nachhaltigen Entwicklung. Parallel dazu erfolgt die Revision der Grundsätze der kantonalen Energiepolitik.

Abfall und Altlasten

Die Sicherung der Entsorgung für brennbare Abfälle und die Sicherung der Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub bilden die prioritären Aufgaben. Dazu kommt der Aufbau des Katasters der belasteten Standorte mit dem Schwerpunkt Deponien.

Wasserversorgung

Der regionale Detailplan Wasserschutzzone Löli / Pratteln, die Abklärung der Grundwasserverhältnisse und die Überwachung der Grundwasserqualität, die Sicherstellung des Wasserbedarfs und das Projekt Grundwassermonitoring stellen die hauptsächlichsten Aufgaben dar.

Gewässer und Abwasserentsorgung

Die regionalen Entwässerungspläne (REP) Birs und Ergolz stehen hier im Mittelpunkt.

Industrielle Betriebe

Die Schwerpunkte bestehen hier aus Gewässerschutzmassnahmen im Birstal und dem Beginn des Ausbaus der Kläranlage Birs 2 in Birsfelden.

Sicherheit

Die Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) wird vollzogen mit dem Ziel, die Gefahren beim Umgang mit gefährlichen Gütern zu vermindern. Die zur Verfügung gestellte Beratung der Firmen bei Unsicherheiten erlaubt eine Branchen übergreifende Übersicht der Gefahrguttransporte.

Luftreinhaltung

Die Luftqualität in der Region ist immer noch ungenügend. Eine Verbesserung ist mit dem neuen Luftreinhalteplan beider Basel zu erwarten. Der Massnahmenplan wurde von beiden Regierungen beschlossen. Dieser Plan enthält Massnahmen zur Emissionsminderung beim Strassenverkehr sowie bei industriellen und gewerblichen Anlagen.

Programmpunkte, Strategische Ziele und Massnahmen

Nr. 4.01	Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen und der Waldenburgerbahn geht in der neuen Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Bei der Linie 10 stehen die Trasseerneuerung und der Ausbau von Münchenstein-Dorf bis BBC, bei der Linie 11 die Aufhebung bzw. die Absicherung von Niveauübergängen in Münchenstein, Reinach und Aesch sowie die Erneuerung der Innerortsstrecke Reinach-Dorf an. Für die Waldenburgerbahn ergibt sich als letzte Ausbaumassnahme die Verkehrstrennung Schiene / Strasse in Oberdorf. Ziele dieser Massnahmen sind nach wie vor die Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch eine Reduktion der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, einen verdichteten Fahrplan in Spitzenzeiten und eine Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit. Eine steigende Bedeutung kommt den Erhaltungsmassnahmen für die Schienen gebundenen Trassen zu. Hier drängen sich in der nächsten Legislaturperiode weitere Massnahmen auf, wie zum Beispiel in Liestal die Erneuerung der Frenkenbrücke für die Waldenburgerbahn.	Amtsbericht 2004	
Nr. 4.01.01	BLT-Linie 10, Münchenstein Trasseerneuerung und Ausbau Münchenstein-Dorf bis Haltestelle BBC; Baubeginn (vorbehältlich des Abschlusses des Plangenehmigungsverfahrens). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1348 / 1989 Total: Fr. 68'100'000.- (Konto 2317.701.40-002) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 51'429'614.30 Budget 2003: Fr. 2'000'000.- Budget 2004: Fr. 1'500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 1.5 Mio.	Das PGV (Plangenehmigungsverfahren) im Abschnitt Münchenstein Dorf - Griebengasse ist noch nicht abgeschlossen, die Realisierung konnte demzufolge nicht in Angriff genommen werden.

Nr. 4.01.02	BLT-Linie 11, Münchenstein, Reinach und Aesch Aufhebung bzw. Absicherung diverser Niveauübergänge, unter anderem Münchenstein, Binningerstrasse (vorbehältlich des Abschlusses des Plangenehmigungsverfahrens). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2481 / 1995 und 1478 / 2002 Total: Fr. 39'700'000.- (Konto 2317.701.40-003) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 22'399'288.85 Budget 2003: Fr. 2'000'000.- Budget 2004: Fr. 1'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 1.0 Mio.	Die Aufhebung bzw. die Absicherung diverser Niveauübergänge zwischen Münchenstein und Reinach ist erfolgt, die Planung für die Sanierung und die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Reinach läuft.
Nr. 4.01.03	Waldenburgerbahn, Oberdorf Bauliche Trennung von Schiene / Strasse; Weiterführung des Baus 2004. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1988 / 1999 Total: Fr 12.000'000.- (Konto 2312.701.20-134) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 1'962'777.30 Budget 2003: Fr. 2'000'000.- Budget 2004: Fr. 4'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 4.0 Mio.	Beschleunigter Ausbau der WB und Ortsdurchfahrt: beide für 2004 / 2005 vorgesehenen Bauetappen wurden im laufenden Jahr ausgeführt. Voraussichtliche Aufwendungen: 7.0 Mio. Franken.
Nr. 4.01.04	Dornach / Arlesheim: Umgestaltung des Bahnhofs Mitwirkung bei der Revision des Quartierplans. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Mitwirkung im Rahmen der Planungsarbeiten hat stattgefunden.
Nr. 4.01.05	Allschwil, Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baselstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen Erarbeitung des Erhaltungskonzeptes und Landratsvorlage für den Verpflichtungskredit. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Das Verkehrs- und Haltestellenkonzept wurde ausgearbeitet.
Nr. 4.01.06	Binningen, Kronenplatz, Gleiserneuerung, neue Wendeschlaufe und Umgestaltung des Kronenplatzes Bau ab 2004. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 3.0 Mio. falls vom Landrat bewilligt	Der Verpflichtungskredit wurde am 30. Oktober 2003 bewilligt. Das PGV (Plangenehmigungsverfahren) ist noch nicht abgeschlossen, die Realisierung konnte demzufolge nicht in Angriff genommen werden.

Nr. 4.01.07	Waldenburgerbahn, Liestal Erneuerung der Frenkenbrücke; Erarbeitung der Landratsvorlage für den Verpflichtungskredit. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Verpflichtungskredit wurde am 22. Januar 2004 bewilligt.
Nr. 4.02	Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Individualverkehr Strategische Zielsetzungen Hauptziel ist, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Erhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten; der entsprechende Mittelbedarf ist steigend. Die Mittel für den Ausbau sollen vorab in die kantonalen Hochleistungsstrassen (HLS) investiert werden. Ihnen kommt im gesamten Verkehrsnetz eine wichtige Funktion zu. Die HLS entlasten die Siedlungsgebiete und erlauben eine rationelle Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Den Vorgaben des Bundes entsprechend betriebsbereite Nationalstrassen bilden die Hauptachsen des nationalen und regionalen Verkehrsnetzes. Der Kanton Basel-Landschaft strebt die Ergänzung des Nationalstrassennetzes auf der Achse Basel-Delémont inkl. der erforderlichen Zubringer an und will den Ausbau der kritischen Stellen vorantreiben. Im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich (NFA) wird der Bund mittelfristig die Zuständigkeit für den Betrieb und die Erhaltung der Nationalstrassen übernehmen. Der Kanton setzt sich zum Ziel, den Werkhof Sissach auch als künftigen Standort zu erhalten.		Amtsbericht 2004
Nr. 4.02.01	Optimierung der Strasseninfrastruktur Erarbeitung des Konzeptes Optimierung der Strasseninfrastruktur und erste Arbeiten für den Schwachstellenplan. Kein Verpflichtungskredit notwendig.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Schwachstellenplan ist erstellt.
Nr. 4.02.02	Standards der Verkehrsinfrastruktur Erarbeitung des Konzeptes betreffend Standards und Mittelbedarf und erste Arbeiten im Bereich Standards bei Neubauten und Substanzerhaltungen. Kein Verpflichtungskredit notwendig.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Struktur der Projektorganisation ist definiert. Der Projektstart erfolgt Anfang 2005.

Nr. 4.02.03	A2, Sanierungstunnel Belchen Abschluss des Plangenehmigungsverfahrens. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB (gebundene Ausgabe, kein Verpflichtungskredit nötig).	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.2 Mio.	Das Ausführungsprojekt wurde dem UVEK eingereicht und durch dieses vorgeprüft. Punktuelle Ergänzungen zum Projekt und zum Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) werden erarbeitet.
Nr. 4.02.04	A2, Erhaltungsabschnitt Basel-Augst Vorbereitung des Massnahmenprojektes sowie der Submissionsarbeiten. Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB (gebundene Ausgabe, kein Verpflichtungskredit nötig).	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.8 Mio.	Die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten wurden termingerecht ausgeführt. Ende November 2004 wurde mit den Bauarbeiten für die verkehrstechnische Instandsetzung des Anschlusses Liestal begonnen. Erstmals im Kanton Basel-Landschaft wird ein Kreisel in Betonbauweise realisiert.
Nr. 4.02.05	H2, Umfahrung Sissach Weiterführung der Bauarbeiten sowie Erarbeitung des Bauprojektes und des Planaufgabeverfahrens für die flankierenden Massnahmen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 0077 / 1987 und 2696 / 1991 Total: Fr 179'870'000.- (Konto 2312.701.20-104) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 159'167'376.45 Budget 2003: Fr. 40'000'000.- Budget 2004: Fr. 35'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 35.0 Mio.	Die Bau- und Ausbauarbeiten wurden unter Berücksichtigung der unvorhersehbaren Schwierigkeiten infolge der Hebungen weiter geführt. Der Zusatzkredit für die Massnahmen zur Erhöhung der Tunnelsicherheit sowie zur Bewältigung des Tagbruchs und der Hebungen wurde bewilligt.
Nr. 4.02.06	H2, Pratteln-Liestal Weiterführung der Projektierungsarbeiten mit dem Ziel, mit den Hauptarbeiten 2005 zu starten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2418 / 1995 Total: Fr 248'000'000.- (Konto 2312.701.20-004) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 56'695.507.- Budget 2003: Fr. 5'000'000.- Budget 2004: Fr. 1'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 1.0 Mio.	Die Projektierungsarbeiten wurden weiter geführt, die Anpassung des Bauprojektes aufgrund der neuen Sicherheitsvorschriften wurde eingeleitet.
Nr. 4.02.07	H2, Umfahrung Liestal Erarbeitung des Verkehrskonzeptes. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit 1217 / 2001 Total: Fr 900'000.- (Konto 2312.701.20-138) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 111'069.70 Budget 2003: Fr. 500'000.- Budget 2004: Fr. 300'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.3 Mio.	Die Arbeiten am Verkehrskonzept wurden abgeschlossen, die beste Variante wurde ausgewählt.

Nr. 4.02.08	H2, Umfahrung Laufen / Zwingen Start der Arbeiten für das generelle Projekt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 672 / 2000 Total: Fr 3'000'000.- (Konto 2312.701.10-013) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 82'220.- Budget 2003: Fr. 500'000.- Budget 2004: Fr. 500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.5 Mio.	Die vier Planungsstudien sind abgeschlossen, zwei Konzepte wurden für die weitere Planung und die Zweckmässigkeitsbeurteilung ausgewählt.
Nr. 4.02.09	Südumfahrung Basel Abschluss der Zweckmässigkeitsbeurteilung und Entscheid betreffend Aufnahme in den Richtplan. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1766 / 1994 (Leimental-Birstal, Projektierung) Total: Fr 700'000.- (Konto 2312.701.10-125) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 165'205.90 Budget 2003: Fr. 100'000.- Budget 2004: Fr. 25'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.025 Mio.	Die Planungsarbeiten sind abgeschlossen, das Trasse wurde in den Entwurf des Richtplans aufgenommen.
Nr. 4.02.10	Nationalstrassen, kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Erhaltung der Kunstbauten und Erneuerung der Fahrbahnen, Nachrüsten der Anlagen (Verkehrsleitsystem, Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Laufenden Rechnung und Investitionsrechnung (Rubriken 2312, 2313, 2314).	Finanzielle Auswirkungen 2004 Diverse Konti Laufende Rg. und IV-Rg. Rubriken 2312, 2313 und 2314	Die Arbeiten wurden entsprechend den Jahresprogrammen ausgeführt.
Nr. 4.02.11	Regionales Radroutennetz Ausarbeitung von ausführungsreifen Projekten und Bauausführung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 0032 / 1996 und 0074 / 1998 Total: Fr 47'722'173.- (Konto 2312.701.20-007) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 20'689'284.50 Budget 2003: Fr. 2'000'000.- Budget 2004: Fr. 1'500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 1.5 Mio.	Die Projektierungs- und Realisierungsarbeiten verlaufen nach reduziertem Programm, die Aufwendungen betragen voraussichtlich 0.7 Mio. Franken.

Nr. 4.03	Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Wasserbau Strategische Zielsetzungen Planung, Realisierung und Bewirtschaftung der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplannerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Auswertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet.		Amtsbericht 2004
Nr. 4.03.01	Wasserbaukonzept Erste Arbeiten für das neue Konzept (teilweise mit eigenen personellen Mitteln, teilweise mit externer Unterstützung; im Rahmen der Laufenden Rechnung). Kein Verpflichtungskredit notwendig.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Ein erster Entwurf des Wasserbaukonzeptes ist unter Mitwirkung der Verwaltungsstellen und der Einwohnergemeinden erstellt.
Nr. 4.03.02	Wasserbaugesetz Das revidierte Gesetz wird 2004 dem Volk zur Abstimmung unterbreitet. Kein Verpflichtungskredit notwendig, wird weitgehend mit eigenen personellen Mitteln erarbeitet.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Am 1. April 2004 verabschiedete der Landrat das revidierte Gesetz einstimmig. Es wurde kein Referendum ergriffen. Mit RRB Nr. 2230 vom 23. November 2004 wird das revidierte Wasserbaugesetz ab 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt.
Nr. 4.03.03	Allschwil, Hochwasserschutz Erarbeitung des Bauprojektes 2004, Beginn der Bauvorarbeiten. Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 2106/08.05.03 Total: Fr 7'090'000.- (Konto 2312.701.90-015) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2003: Fr. 100'000.- Budget 2004: Fr. 1'500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 1.5 Mio.	Die Projektierungsarbeiten sind abgeschlossen. Die Plangenehmigung ist in Gang. Zum Bauprojekt gingen rechtzeitig drei Einsprachen ein. Nach der Einsprachenbehandlung ist die Realisierung ab 2005 möglich, im Investitionsprogramm sind aber erst ab 2007 die notwendigen finanziellen Mittel dafür vorgesehen.
Nr. 4.03.04	Ormingen, Hemmikerbach, Hochwasserschutz Bau 2004. Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 2107/08.05.03 Total: Fr 2'332'000.- (Konto 2312.701.90-018) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2003: Fr. 500'000.- Budget 2004: Fr. 1'500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 1.5 Mio.	Die Bauarbeiten sind abgeschlossen. Der Verpflichtungskredit wird eingehalten.

Nr. 4.04	Programmpunkt Hochbau: Strategie zur räumlichen Entwicklung der Zentralverwaltung Strategische Zielsetzungen Grobstrategie und Umsetzungsplan zur Werterhaltung der Liegenschaften des Kantons Basel-Landschaft sind bis Ende 2004 erarbeitet und liegen genehmigt vor.		Amtsbericht 2004
Nr. 4.04.01	Grobstrategie zur räumlichen Entwicklung der Zentralverwaltung Erarbeitung der Ist-Situation; Beurteilung der Ist-Situation; Erarbeitung von Lösungsszenarien und Analyse der Auswirkungen auf den Finanzbedarf; Erarbeitung des Umsetzungsplans (kurz-/mittelfristig). Landratsvorlage / Verpflichtungs-LRB	Primär Personalaufwand beim Hochbauamt Kosten für externe Dienstleistungen 2004: 0.05 Mio.	Das Ziel wurde nicht erreicht. Die Ist-Situation ist erfasst und beurteilt. Für weitere strategische Arbeiten konnte das Hochbauamt 2004 keine personellen Ressourcen freistellen. Im Rahmen von GAP wurden dem Hochbauamt für die Jahre 2005 / 2006 CHF 0.5 Mio. für die Erarbeitung eines Flächenmanagements zugesprochen, damit die wichtigen Aufgaben konzentriert und speditiv abgewickelt werden können.

Liste der Projekte Neuinvestitionen:

Objektbezeichnung		2004	2005	2006	2007	Code 1	Code 2	
<i>Bewilligte Baukreditvorlage</i>								
	Liestal, Gesamtausbau Kaserne	15.0	3.0			1	1	Ziel erreicht.
	Liestal, KPD, Sanierung Haus 5	15.0	12.0	2.0		1	1	Durch den im Jahr 2003 verzögerten Baubeginn konnte das Jahresziel 2004 nicht ganz erreicht werden. Der Einzugstermin im Juli 2005 ist jedoch nicht gefährdet.
	Liestal, Kantonsbibliothek	8.0	4.7			2	1	Das Projekt läuft termingerecht. Diverse Hauptarbeitsgattungen können 2004 nicht mehr abgerechnet werden.
<i>Bewilligte Vorprojektvorlage</i>								
	Liestal, Staatsarchiv, Ausbau	2.0	7.5	4.2		6	2	Die Baukreditvorlage 2003 / 169 wurde am 10. Juni 2004 nach mehreren Behandlungen in der Bau- und Planungskommission (BPK) vom Landrat beschlossen. Nach der Überarbeitung des Bauprojektes gemäss den Auflagen des Landrates und der Vorbereitung der Ausführung kann mit den Bauarbeiten nicht wie geplant 2004, sondern erst im Sommer 2005 begonnen werden.
	Muttenz, Justizzentrum	Proj.	0.8	1.0	1.5	6	2	Der Verpflichtungskredit der Erwerbs- und Projektierungsvorlage 2001 / 088 Justizzentrum Muttenz wurde mit der

								Projektierungsvorlage 2004 / 182 Kantonsgerichtsgebäude Liestal und Strafjustizzentrum Muttentz zur Kassierung und Abrechnung beantragt.
	<i>Wettbewerb / Konzepte</i>							
	Liestal, Pathologie, Neuunterbringung	2.0	6.0	1.0		6	3	Die Baukreditvorlage 2003 / 170 wurde am 15. Januar 2004 vom Landrat beschlossen. Ende November 2004 konnte mit dem Bau begonnen werden.
	Bruderholz, KSB 2000plus	Proj.	1.0	5.0	8.0	6	3	Die Planungsarbeiten bleiben bis zum Vorliegen der Resultate aus der Regionalen Spitalplanung vorerst sistiert. Erst nach Vorliegen des künftigen Leistungsauftrags des Kantonsspitals Bruderholz kann die Planung wieder aufgenommen werden. Dies ist voraussichtlich ab 2005 der Fall.
	KSB, Sicherheitsrelevante Massnahmen	6.0	9.0	9.0	9.0	6	3	Die zeitliche Abwicklung des Projektes ist verzögert. Aus Sicherheitsgründen muss für die Arbeiten im laufenden Spitalbetrieb mehr Zeit eingeräumt werden als ursprünglich geplant.
	Übernahme Schulbauten Sekundarschulstufe 1	0.0	0.0	0.0	10.0	6	3	Keine Aktivitäten geplant und realisiert.
	Liestal, Kantonsgericht	Proj.	1.0	1.5	2.0	6	3	Die Planung für den Umbau des Gerichtsgebäudes nach Auszug der Kantonsbibliothek konnte gestartet werden mit dem Ziel, für die Gerichte eine Übergangslösung bis zum Neubau Kantonsgericht über den Globalkredit 503.30.999 zu realisieren.
	Sissach, Arealnutzung Werkhof	Proj.	0.5	2.5	6.0	6	3	Das Projekt wurde infolge anderer Prioritätensetzung sistiert.
	Oberwil, Gymnasium, Mensa, Mediothek	2.0	4.0	2.5	0.8	6	3	Die Planung verläuft weiterhin verzögert. Nachdem der Landrat die Projektierungsvorlage 2003 / 174 am 27. November 2003 beschlossen hatte, wurde die 2004 fertig gestellte Erarbeitung des Bauprojektes gestartet. Die Überweisung der Baukreditvorlage kann im Jahre 2005 an den Landrat erfolgen. Der Regierungsrat hat mit dem Budget 2005 weitere Planungsarbeiten für 2005 infolge anderer Prioritäten sistiert.
	<i>Verpflichtungen mit Basel-Stadt</i>							
	Berufsfachschule Gesundheit	0.3	1.0	5.0	8.0	6	4	Im Januar 2004 hat der Regierungsrat die Einmietung im

								Spengler Münchenstein beschlossen. Die Schule konnte am 9. August 2004 ihren Betrieb aufnehmen. Die Ausbaukosten wurden vom Vermieter getragen und werden über den Mietpreis amortisiert.
	UKBB Neubau Basel (BL1/2 Anteil)	0.5	2.5	5.0	20.0	6	4	Ziel erreicht. Der Architekturwettbewerb konnte abgeschlossen werden. Die Baukreditvorlage ist termingerecht in Erarbeitung.
	Hochschule für Pädagogik und soziale Arbeit - BB		Proj.	0.3	1.0	6	4	Keine Aktivitäten geplant und realisiert.
	Total Investitionen	52.8	53.0	39.0	66.3			
	Liestal, Gesamtausbau Kaserne	9.0	0.5			1	1	Die restlichen Beiträge werden vom Bund 2005 ausbezahlt!
	Total Investitionsbeiträge	9.0	0.5	0.0	0.0			
	TOTAL NETTOINVESTITIONEN	43.8	52.5	39.0	66.3			

Code 1

1-6 *Analog Investitionsprogramm*

Code 2

- 1 *Bewilligte Baukreditvorlage*
- 2 *Bewilligte Vorprojektvorlage*
- 3 *Wettbewerb / Konzepte*
- 4 *Verpflichtungen mit Basel-Stadt*

Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz und Energie Strategische Zielsetzungen Realisierung von Massnahmen in den Bereichen Abfall und Altlasten, Wasserversorgung, Gewässer und Abwasserentsorgung sowie industrielle Betriebe. Strategische Zielsetzungen im Bereich Wasserversorgung Gemäss Kantonsverfassung und Wasserversorgungsgesetz hat der Kanton Basel-Landschaft für die Sicherstellung des regionalen Wasserbedarfs zu sorgen, und zwar mit folgenden Massnahmen: - Durchführung von Untersuchungen (hydrogeologischer, chemisch-bakteriologischer, technischer und betriebswirtschaftlicher Art), - Ausarbeitung von generellen und detaillierten Projekten, - Errichtung und Betrieb von Anlagen für die regionale Wasserbeschaffung (zum Beispiel Grundwasseranreicherungen, Transportleitungen, Schutzzonen), - Beratung der Gemeinden und von Privaten in Wasserversorgungsfragen. Strategische Zielsetzungen im Bereich Gewässer und Abwasserentsorgung Mit den regionalen Entwässerungsplänen (REP) sollen die wichtigen Flusssysteme im Kanton mittel- bis langfristig in einen möglichst natürlichen Zustand zurückgeführt werden. Dabei gilt es, die Natur- und Gewässerschutzziele sowie die heutigen und künftigen Nutzungsansprüche in einer Gesamtbetrachtung zu vereinen und optimierte Lösungen zu entwickeln. Diese Arbeiten erlauben es, die verfügbaren Ressourcen im Rahmen konkreter Massnahmenkataloge örtlich und zeitlich am wirkungsvollsten einzusetzen. Strategische Zielsetzungen im Bereich Energie Mit der 2003 revidierten und mit dem Kanton Basel-Stadt und den neuen Energienormen abgestimmten Verordnung über die rationelle Energienutzung soll ein weiterer Beitrag zur Senkung des Energiebedarfs im Gebäudebereich geleistet werden. Die Anstrengungen für eine nachhaltige Energieversorgung (Unterstützung des Programms EnergieSchweiz) und eine Reduktion der CO₂-Emissionen sollen verstärkt werden. Die Grundsätze der kantonalen Energiepolitik und das Energiegesetz sollen überprüft und den neuen strategischen Zielsetzungen angepasst werden.	Amtsbericht 2004 Wasserversorgung Für die Wasserversorgungsregion 7 (Waldenburgertal) wurde die generelle Wasserversorgungsplanung überarbeitet. Die Studie bildet eine gute Grundlage für die Festlegung der technischen Massnahmen in den Gemeinden und Wasserwerken der Region. Zwecks Verbesserung des Grundwasserschutzes und der Optimierung der Grundwassernutzung wurden hydrogeologische Untersuchungen im Birstal, Rheintal, Ergolzthal und Frenketal durchgeführt Gewässer und Abwasserentsorgung Für das Birseinzugsgebiet konnte in der zweiten Phase des REP Birs gemeinsam mit den Kantonen Basel-Stadt, Solothurn, Jura und Bern das Gewässerentwicklungskonzept fertig gestellt werden (www.labirse.ch). Die Arbeiten für den Massnahmenkatalog wurden plan-gemäss gestartet und werden bis Ende 2005 abgeschlossen. Für den REP Ergolz wurden Grundlagen zusammen-gestellt und die Projektschwerpunkte erarbeitet, damit die Planungsarbeiten wie vorgesehen im Frühjahr 2005 ausgeschrieben werden können. Energie Die mit dem Kanton BS abgestimmte Revision der Ver-ordnung über die rationelle Energienutzung kann dem Regierungsrat im 1. Quartal 2005 zur Genehmigung vor-gelegt werden. Die Verzögerung ist auf rechtliche Frage-stellungen zurückzuführen. Der RR hat dem Landrat drei inhaltlich miteinander verbundene Energie-Vorlagen überwiesen. Ein neuer Verpflichtungskredit für die Unterstützung von Energie-projekten, eine Beteiligung am geplanten geothermischen Heizkraftwerk in Basel und eine Förderabgabe auf dem Stromverbrauch sind die Kernpunkte dieser drei Vorlagen. Der Regierungsrat hat den Erlass einer Verordnung über Rohrleitungsanlagen unter Aufsicht des Kantons BL mit einem Betriebsdruck bis 5 bar erlassen.
-----------------	---	---

Nr. 4.05.01	Sicherung der Entsorgung für brennbare Abfälle Entscheid über die erforderlichen Verbrennungskapazitäten ab Mitte 2005 und Einleitung der erforderlichen Massnahmen in enger Abstimmung mit dem Kanton Basel-Stadt.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Nachdem in verschiedenen anderen Kehricht-verbrennungsanlagen zusätzliche Kapazitäten verfügbar geworden sind, hat 2004 auf dem Abfallmarkt ein eigentlicher Preiskampf um brennbare Abfälle eingesetzt. Auch aus der Region Basel sind verstärkt brennbare Abfälle abgewandert, sodass die KVA BS nicht mehr voll ausgelastet war. Zusammen mit BS wurden verschiedene Massnahmen zur Sicherung einer vernünftigen Auslastung eingeleitet.
Nr. 4.05.02	Sicherung der Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub Abgestimmt mit dem Kanton Solothurn müssen im Raum Birstal / Leimental / Dorneck die Arbeiten zur Evaluation geeigneter Deponiestandorte wieder aufgenommen werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Abstimmung auf den Kanton Solothurn und Verzögerungen bei dessen Planungsarbeiten haben dazu geführt, dass 2004 noch keine Evaluationsarbeiten für künftige Deponiestandorte durchgeführt werden konnten. Dagegen sind in Bennwil und Sissach zwei grössere Erweiterungen bestehender Inertstoffdeponien erfolgreich eingeleitet worden, und in Oberwil steht neu eine kleinere Inertstoffdeponie in der Ziegeleigrube zur Verfügung.
Nr. 4.05.03	Aufbau des Katasters der belasteten Standorte Angesichts der zu erwartenden Terminvorgaben des Bundes und der beschränkten Ressourcen soll 2004 das Schwergewicht der Arbeiten auf der Bewertung von Ablagerungs- und Unfallstandorten liegen. Diese werden anschliessend in den öffentlichen Kataster der belasteten Standorte überführt.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.15 Mio.	Die Zielsetzung ist aufgrund der zur Zeit laufenden Revision des Umweltschutzgesetzes (Abgeltungen für den Aufbau des Katasters aus dem Altlastenfonds des Bundes) geändert worden. Anstelle der abschliessenden Bewertung von Ablagerungs- und Unfallstandorten für das gesamte Kantonsgebiet lag das Schwergewicht auf dem Abschluss der Erhebung von belastungsrelevanten Betriebsstandorten im Bezirk Arlesheim sowie in einer ergänzenden Erhebung der Ablagerungsstandorte im Bezirk Arlesheim. Zusammen mit der bereits früher durchgeführten Erhebung für den Bezirk Laufen sind somit Ende 2004 ca. 2'000 belastete Standorte für das Kantonsgebiet erfasst. Im Jahr 2005 wird die gemäss Altlastenverordnung geforderte Information der ca. 2'000 Standortinhaber erfolgen. Dadurch lassen sich für den Kanton Abgeltungen aus dem Altlastenfonds des Bundes in Höhe von ca. 1.0 Mio. Franken erzielen (siehe auch RRB Nr. 1637 vom 17. August 2004).

Nr. 4.05.04	Regionaler Detailplan Wasserschutzzone Löli / Pratteln Das Gebiet Löli in Pratteln ist für die Gewinnung von Grundwasser zu Trinkzwecken von regionaler Bedeutung. Zum Schutze dieser Wasservorkommen erliess der Landrat im Jahre 1990 einen regionalen Detailplan. Zum Schutze der eigenen Wasserfassungen erliess die Gemeinde Pratteln gleichzeitig einen kommunalen Schutzzonenplan. Der Landerwerb im Perimeter des Detailplanes konnte Ende 2001 mit Urteil des Enteignungsgerichtes abgeschlossen werden. Ausstehend sind jetzt noch der Vollzug der Baulandumlegung (Bereinigung der Grundstücke mit der Gemeinde Pratteln) und die Ermittlung des Gefährdungspotenzials im Zuströmbereich der bestehenden und geplanten Trinkwasserfassungen. Das Vorhaben sollte bis Ende des Jahres 2004 abgeschlossen werden können. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Nr. 1690 vom 7. Februar 1990 Total: Fr. 9.5 Mio. (Konto 2330.501.70.003) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 10.5 Mio. Budget 2003: Fr. 0.2 Mio. Budget 2004: Fr. 0.2 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.2 Mio.	Das Vorhaben (Ausscheidung der Schutzzonen, Landerwerb für eine künftige Grundwasseranreicherungsanlage) ist abgeschlossen. Der Verpflichtungskredit ist abgerechnet und dem Landrat zur Genehmigung unterbreitet worden.
Nr. 4.05.05	Abklärung der Grundwasserverhältnisse und Überwachung der Grundwasserqualität Im Jahre 1989 nahm der Landrat vom Grundwasserabklärungsprogramm zustimmend Kenntnis und bewilligte einen Kredit von 4 Mio. Franken. Das Programm beinhaltet vor allem Untersuchungen der Grundwasservorkommen im Rheintal, Birstal, Ergolzthal und Bölchengebiet sowie die Errichtung von Grundwasserbeobachtungsnetzen im Bereich von Deponien, kantonalen Abwasserleitungen und Kläranlagen. Die finanziellen Mittel sind heute zu 85 Prozent ausgeschöpft. Zurzeit laufen noch Untersuchungen im hydrogeologisch sehr komplexen Rheintal sowie im Birstal. Das Untersuchungsprogramm sollte bis zum Jahre 2005 abgeschlossen sein. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Nr. 1254 vom 21. Juni 1989 Total: Fr. 4.0 Mio. (Konto 2330.501.70.002) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 3.5 Mio. Budget 2003: Fr. 0.2 Mio. Budget 2004: Fr. 0.2 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.2 Mio.	Im Berichtsjahr wurden die hydrogeologischen Untersuchungen im Birstal (Bohrungen, Ausbau Messstellennetz, Stichtagsmessungen, Pump- und Markierversuche), im Ergolzthal (Markierversuch, Stichtagsmessung und -beprobung, Ermittlung Zuströmbereiche), im Frenketal (Markierversuch, Beprobung) sowie im Bölchengebiet (Bohrung Langenbruck) mit einem Aufwand von rund Fr. 400'000 durchgeführt.

Nr. 4.05.06	Sicherstellung der regionalen Wasserversorgung Für die Durchführung und Finanzierung dieser Abklärungen und Massnahmen zur quantitativen und qualitativen Sicherstellung der Wasserversorgung soll dem Landrat im Jahre 2004 eine Vorlage unterbreitet werden. Die Ausführung der Arbeiten ist für die Jahre 2005 bis 2009 geplant. Die auf der Wasserversorgungsplanung des Kantons Basel-Landschaft basierende Wasserbilanz zeigt, dass die Versorgungssicherheit der basellandschaftlichen Wasserversorgungen in den meisten Gebieten in mengenmässiger Hinsicht gut bis sehr gut ist. Lediglich im Versorgungsgebiet der Wasserversorgung Waldenburgertal AG sind in den nächsten Jahren Massnahmen zur Verbesserung der Wasserbilanz zu treffen (zusätzliche Wasserbeschaffung, Wasserleitungen, eventuell Aufbereitungsanlagen). Neben der quantitativen Sicherstellung der Wasserversorgung gilt es, mit planerischen und technischen Schutzmassnahmen die Qualität des Grundwassers zu erhalten und wo nötig zu verbessern. Zu diesen Massnahmen zählen vor allem die gewässerschutzverordnungskonforme Ausscheidung von Schutzzonen und Zuströmbereichen für regionale Trinkwasserfassungen, was zum Teil auch die Errichtung neuer Grundwassermessstellen (Bohrungen) erfordert. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB im Jahre 2004 Total: Fr. 3 Mio. (Konto 2330.501.70.004) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2003: Fr. 0.- Budget 2004: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: wirksam erst ab 2005	Das Vorhaben ist verschoben worden, da die künftigen Voraussetzungen noch unsicher sind. Die dringendsten Aufgaben zur Sicherstellung der Wasserversorgung, insbesondere im Waldenburgertal, wurden bzw. werden in den Jahren 2004 und 2005 zusammen mit der Wasserversorgung Waldenburgertal AG in die ordentlichen Jahresprogramme integriert. (Es geht vor allem um die Nachführung der Wasserversorgungsplanung, die Evaluation betreffend neue Organisationsform und die Überprüfung der Schutzzonen.)
Nr. 4.05.07	Projekt Grundwassermonitoring Durch das Projekt Grundwassermonitoring wird für den Kanton Basel-Landschaft kontinuierlich ein flächendeckender, detaillierter Datensatz über die Beschaffenheit der Grundwasserqualität aufgebaut. Die erhobenen Daten ermöglichen eine tiefer gehende Interpretation zum Herausarbeiten allfälliger Belastungen des Grundwassers und stellen die Grundlage für das Ergreifen von gezielten Massnahmen zum Schutz des Grundwassers dar.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.1 Mio.	Per Ende 2004 liegen detaillierte Analysen für das Grundwasser sämtlicher im Kantonsgebiet vorhandenen Trinkwasserpumpwerke vor.

Nr. 4.05.08	Revision des Energiegesetzes Revision des Energiegesetzes und Stellungnahme des Regierungsrates zur Volksinitiative "Faktor 4 - Energiekanton Basel-Landschaft".	Finanzielle Auswirkungen 2004	Nachdem das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) in der eidgenössischen Volksabstimmung abgelehnt und der Gegenvorschlag zur kantonalen Solarinitiative angenommen worden war, wurde die Revision der Grundsätze der kantonalen Energiepolitik und des Energiegesetzes zurückgestellt. Der Regierungsrat hat sich in der Landratsvorlage zur Förderabgabe zur Volksinitiative "Faktor 4 - Energiekanton Basel-Landschaft" geäußert.
Nr. 4.05.09	Revision der Verordnung über Förderungsbeiträge nach dem Energiegesetz Die Verordnung über Förderungsbeiträge nach dem Energiegesetz soll revidiert werden. Die Förderung gemäss dem 2003 beantragten Verpflichtungskredit Nr. 5 wird weitergeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 1 Mio.	Zurückgestellt auf 2005, da der Landrat zuerst über den Verpflichtungskredit nach dem Energiegesetz und über die Erhebung einer Förderabgabe auf dem Stromverbrauch zur Finanzierung von Fördermassnahmen im Energiebereich befinden muss. (Der Landrat hat dem Verpflichtungskredit am 14. Oktober 2004 zugestimmt).
Nr. 4.05.10	Bau eines geothermischen Heizkraftwerkes Der Kanton beteiligt sich am Bau eines geothermischen Heizkraftwerkes (Deep Heat Mining) in Basel und unterstützt ein Projekt zur Nutzung der regionalen Biomasse und der Windkraft.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.8 Mio.	Der Landrat hat am 20. Januar 2005 über die Beteiligung des Kantons BL am geothermischen Kraftwerk in Basel entschieden. Zwei Projekte zur Nutzung der regionalen Biomasse werden von der Elektra Baselland geplant und 2005 ausgeführt.
Nr. 4.05.11	Ausbau der Kläranlage Birs 2 in Birsfelden Beginn des Ausbaus. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB (noch nicht bewilligt; voraussichtlich im Sommer 2003 im Regierungsrat und Landrat) Total: Fr. 79'950'000.- (Konto 2341) [Investition] Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2003: Fr. 1'600'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.1 Mio. Budget 2004: 9.5 Mio. Investitionen, die via Gebühren finanziert werden	Der Landrat hat am 15. Januar 2004 den Verpflichtungskredit zum Ausbau der ARA Birs 2 inkl. Mischwasserbehandlung im Netz in Birsfelden bewilligt (81.65 Mio. Franken inkl. MwSt.) (LRB 2003 / 143). Der Baubeginn erfolgte im Sommer / Herbst 2004.

	Ausbau der Kläranlage Liesberg (neu)	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0 Mio. Budget 2004: 0.8 Mio. Investitionen, die via Gebühren finanziert werden	Die Ausarbeitung einer Landratsvorlage für den Ausbau der Kläranlage Liesberg hat sich infolge Prüfung weiterer Varianten verzögert. Es ist vorgesehen, die Vorlage im 1. Quartal 2005 dem Regierungsrat vorzulegen.
	Ausbau der Kläranlage Frenke 1 in Reigoldswil (neu)	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0 Mio. Budget 2004: 0.8 Mio. Investitionen, die via Gebühren finanziert werden	Die Ausarbeitung einer Landratsvorlage für den Ausbau der Kläranlage Frenke 1 verzögert sich, weil sich während der Bearbeitung zeigte, dass weitere Varianten geprüft werden müssen. Die interne Beschlussfassung über das weitere Vorgehen wird für das 1. Quartal 2005 erwartet.
	Optimierung der Schlammbehandlung auf der ARA Ergolz 2 in Füllinsdorf und Bau der Werkstätte für die Gruppe Anlagen im Netz (neu) Der Regierungsrat hat die Vorlage zum Ausbau der ARA Ergolz 2 in Füllinsdorf und den Bau der Werkstätte für die Gruppe Anlagen im Netz im Oktober 2003 zuhanden des Landrates verabschiedet. Die Behandlung der Vorlage im Landrat erfolgt voraussichtlich im 1. Quartal 2004.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.6 Mio. Budget 2004: 2.5 Mio. Investitionen, die via Gebühren finanziert werden	Der Landrat hat am 27. Mai 2004 den Verpflichtungskredit zur Optimierung der Schlammbehandlung auf der ARA Ergolz 2 in Füllinsdorf (9.2 Mio. inkl. MwSt.) und den Bau der Werkstätte für die Gruppe Anlagen im Netz (1.7 Mio. inkl. MwSt.) bewilligt (LRB 2003 / 250). Der Baubeginn erfolgte im Herbst 2004.
	Erweiterung des Fernheizkraftwerks Liestal mit einer Holzschnitzelfeuerung (neu)	Finanzielle Auswirkungen 2004: 4.3 Mio. Budget 2004: 4.5 Mio.	Der Baubeginn erfolgte im August 2003 und die Arbeiten konnten Ende November 2004, mit Ausnahme einiger Fertigstellungsarbeiten, abgeschlossen werden (Einweihung der Anlage am 26. November 2004).

Nr. 4.06	Programmpunkt Raumplanung Strategische Zielsetzungen Das neue Raumplanungs- und Baugesetz (RBG) und die Verordnung (RBV) ergeben erheblichen Handlungs- und Anpassungsbedarf im Bereich der räumlichen Planung und Entwicklung. Einerseits sind Zielvorstellungen (Konzept der räumlichen Entwicklung) zu erarbeiten und andererseits Entscheidungsgrundlagen für die Abstimmung der unterschiedlichen Ansprüche an den Raum bereitzustellen. Die Entwicklung der Region Basel zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort und Lebensraum steht dabei im Vordergrund. Grenzüberschreitende Raumentwicklung Wichtige Schwerpunkte bilden hier die gemeinsame Raumbeobachtung und gemeinsame Kartengrundlagen, gemeinsame Entwicklungskonzepte, Leitbilder und Schlüsselprojekte, eine abgestimmte, kantons- und Länder übergreifende räumliche Entwicklung und eine haushälterische Nutzung des Raumes. Kantonale Raumentwicklung Die kantonale Raumentwicklung besteht aus: Instrumenten, Abstimmungstätigkeiten, der Raumbeobachtung, Planungsprojekten als notwendige Grundlagen für den Richtplan, Stellungnahmen und der Behördenarbeit. Kommunale Raumentwicklung Dieser Bereich umfasst: Beratung, Koordination in allen Belangen der Ortsplanung; Vorprüfung von Gemeindebeschlüssen im Rahmen der kommunalen Richt- und Nutzungsplanung; Erarbeitung von Genehmigungsanträgen für kommunale Richt-, Nutzungs- und Erschliessungsplanungen; kantonale Nutzungsplanungen inkl. Einsprachebehandlung und Mitberichte zu Beschwerden; Erarbeitung von Grundlagen und Dokumentationen für die Nutzungs- und Erschliessungsplanung.	Amtsbericht 2004	
Nr. 4.06.01	Entwicklung der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) Umsetzung des Entwicklungskonzeptes und der Entwicklungsprojekte für die Trinationale Agglomeration Basel (TAB), finanziert aus Mitteln des Interreg III A-Projektes.	Finanzielle Auswirkungen 2004	0.05 Mio. CHF (Beitrag BL) plus Interreg-Mittel für die Entwicklung der TAB in der Höhe von Euro 22'500 (CHF 34'175.25). Weiterführung der Machbarkeitsstudien insbesondere der Projekte Gare St. Louis, Nordbogen Basel, Salina Raurica, Landschaftsentwicklung TAB Ost, Entwicklung der beiden Rheinfelden und Beginn der Synthesearbeiten am Gesamtentwicklungskonzept.

Nr. 4.06.02	Entwicklung des Oberrheingebietes Umsetzung des raumordnerischen Orientierungsrahmens für das Oberrhein-gebiet mit den Projekten Verkehr und Agglomeration, grenzüberschreitende Arbeitsplatzgebiete und grenzüberschreitende Grünzüge / Erholungsgebiete.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Interreg-Mittel für die Oberrhein-Entwicklung in der Höhe von Euro 11'875 (CHF 18'462.06). Abschluss der Projekte Kiesabbau, Verkehr und grenzüberschreitende Arbeitsplatzgebiete. Erarbeitung der Grundlagen für die Ausschreibung der Arbeiten im Bereich der gemeinsamen Raumbeobachtung und Kartengrundlagen (GISOR).
Nr. 4.06.03	Kantonaler Richtplan Abgestimmte räumliche Entwicklung: Erarbeitung des Kantonalen Richtplans auf der Grundlage des Konzeptes der räumlichen Entwicklung Basel-Landschaft (KORE). Landratsvorlage	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der kantonale Richtplan steht als Entwurf und wurde verwaltungsintern diskutiert. Per 1. Quartal 2005 ist die öffentliche Vernehmlassung vorgesehen.
Nr. 4.06.04	Agglomerationsprogramm Die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsinfrastruktur müssen aufeinander abgestimmt werden im Rahmen der Erarbeitung eines Agglomerations-programms in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und ausländischen Nachbarn. Die für die Agglomeration Basel wichtigsten Verkehrsprojekte werden gemeinsam festgelegt und zur finanziellen Unterstützung durch den Bund in Bern eingegeben.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Grobentwurf "Agglomerationsprogramm Basel" wurde im Februar 2004 abgeschlossen. Die relevanten Verkehrsprojekte sind provisorisch ausgewählt und zur Information beim ARE (Bundesamt für Raumentwicklung) in Bern eingegeben.
Nr. 4.06.05	Ortsplanung Es geht vor allem um die Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung des neuen Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) und der Verordnung (RBV) bzw. bei der Anpassung und beim Vollzug der Ortsplanungen. Schwerpunkte bilden die kommunale Landschaftsplanung und die kommunale Richtplanung. Dazu kommt die Auswertung der Erfahrungen mit dem neuen Raumplanungs- und Baugesetz des Kantons. Dazu kommt die Erarbeitung von Grundlagen und weiterer Hilfestellungen für die Nutzungsplanung, verbunden mit Informationsveranstaltungen.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Entwurf des Musterzonenreglementes Landschaft liegt vor. Die Wegleitungen "Parkplatzbedarf" und "Formelle Anforderungen an das Beschluss- und Genehmigungsverfahren" wurden überarbeitet und neu aufgelegt. Die Erarbeitung eines Teils der Praxisrichtlinien konnte abgeschlossen werden.

Nr. 4.07	Programmpunkt Öffentlicher Verkehr Strategische Ziele Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Kantonsgebiet und im Bereich der grenzüberschreitenden Linien sowie Interessenwahrung im Rahmen der schweizerischen Verkehrspolitik.		Amtsbericht 2004
Nr. 4.07.01	Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des generellen Leistungsauftrages (GLA) Erstellung des generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009 mit den folgenden Schwerpunkten: • Verbesserung der Waldenburgerbahn-Anschlüsse in Liestal • Regio-S-Bahn (integraler ½-Stunden-Takt) • Busverbindung Ettingen – Aesch • Neues Konzept Regionalbus Liestal • Verbesserung des Angebotes im Raum Allschwil • Optimierung der Buslinien 64/65. Landratsvorlage	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.19 Mio.	Die Vernehmlassungsvorlage zur Landratsvorlage "Erteilung eines Generellen Leistungsauftrages im Bereich des Öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2006 - 2009" ist per Ende November 2004 ausgearbeitet worden. Sie wird den interessierten Kreisen anfangs 2005 zur Vernehmlassung und dem Landrat bis Sommer 2005 zum Beschluss unterbreitet.
Nr. 4.07.02	Anschluss an das übergeordnete Verkehrsnetz Sicherung von ausreichenden Kapazitäten für die Regio-S-Bahn (im Rahmen der Vereinbarung zwischen den SBB und den Nordwestschweizer Kantonen).	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die "Vereinbarung über den Betrieb der Regio-S-Bahn Basel 2005" ist unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die zuständigen Behörden von den verantwortlichen Direktionen der 5 Nordwestschweizer Kantone und der SBB am 12. November 2004 unterzeichnet worden.
Nr. 4.08	Programmpunkt Natur und Landschaft Strategische Ziele Der Schwerpunkt liegt bei Massnahmen zur Erhaltung und Förderung eines dauerhaft stabilen Naturhaushaltes, der einheimischen biologischen Vielfalt, erdgeschichtlicher Naturobjekte sowie eines intakten, vielfältigen und charakteristischen Landschaftsbildes.		Amtsbericht 2004
Nr. 4.08.01	Erhaltung und Förderung eines nachhaltig stabilen Landschaftshaushaltes und der Biodiversität Umsetzung der Programme "Erfolgskontrolle" und "Trend Natur Basel-Landschaft" (Monitoring).	Finanzielle Auswirkungen 2004	Als Folge der GAP bleibt das Projekt weiterhin sistiert.

Nr. 4.08.02	Ausbau des Naturschutzdienstes Basel-Landschaft	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.1 Mio.	Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.08.03	Weiterführung der Programme "Ökologischer Ausgleich"	Finanzielle Auswirkungen 2004: 3.45 Mio.	Umsetzung gemäss Programm (Landratsbeschluss Nr. 437 vom 18. März 2004).
Nr. 4.09	Programmpunkt Denkmal- und Ortsbildpflege Strategische Ziele Im Mittelpunkt stehen hier nachhaltige Massnahmen zum Schutz und zur Pflege und Erforschung der Kulturdenkmäler und ihrer Umgebung sowie der Ortsbilder.		Amtsbericht 2004
Nr. 4.09.01	Renovation und Instandsetzung der Ermitage in Arlesheim, Schwerpunkt: Sanierung der Einsturz gefährdeten Umfassungsmauer von Schloss Birseck Fachlich hoch qualifizierte Begleitung der Renovation und der Instandstellung der Ermitage in Arlesheim; Zusammenarbeit mit Bundesexperten, externen Fachleuten und internen Fachstellen; Einbeziehen der Öffentlichkeit mit Artikeln und Führungen. Landratsvorlage	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.37 Mio.	Guter Arbeitsfortschritt. Umsetzung der Sanierung des Schlosses Birseck gemäss Programm des vom Landrat genehmigten Verpflichtungskredits.
Nr. 4.09.02	Publikationsreihe "Kunstdenkmäler der Schweiz" Fertigstellung von Band IV, Bezirk Waldenburg; Erstellung von Band V, Bezirk Laufen; Schaffung einer zeitlich begrenzten Projektstelle. Einreichen einer Landratsvorlage zwecks Finanzierung	Finanzielle Auswirkungen 2004	Sistierung, da die finanziellen Mittel fehlen (GAP-Massnahme).
Nr. 4.09.03	Überarbeitung des Inventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) Sachdienliche Publikation für die Gemeinden und den Kanton.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Fertigstellung im Laufe 2005.

5 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

Schwerpunkt der Direktion

Zitat

Die gute Sicherheitslage in unserem Kanton erhalten und verbessern.

In den letzten Jahren konnte die Sicherheit – in den verschiedenen Bereichen wie Verkehr, Kriminalitätsbekämpfung, lokale Sicherheit, aber auch in der Prävention – ausgebaut und neuen Bedürfnissen angepasst werden, beispielsweise durch die Installierung von polizeilichen Jugendsachbearbeitenden, durch die Verstärkung der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt, durch Aktionen gegen die Einbruchskriminalität und durch verstärkte Massnahmen im Bereich der Verkehrsüberwachung.

Die Gewährleistung der intakten Sicherheit ist ein Dauerauftrag. Neue Formen der Kriminalität, wie zum Beispiel die Internetkriminalität, Gewalt im sozialen Nahraum oder neue Ausprägungen der Wirtschaftskriminalität und der Bereich Bevölkerungsschutz stellen eine grosse Herausforderung an den Sicherheitsauftrag des Staates dar. Zur erfolgreichen Erfüllung der Sicherheitsaufgaben sind stets neue Strategien und Vorgehensweisen erforderlich. Die Leistungsaufträge der involvierten Behörden (Polizei, Jugendanwaltschaft, Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt, etc.) sind auf diese Ziele und Anforderungen ausgerichtet. Die Zielerreichung wird mittels Leistungscontrolling überprüft und die Leistungsaufträge werden regelmässig den neuen Bedürfnissen angepasst.

Programmpunkte, Strategische Ziele und Massnahmen

Nr. 5.01	Programmpunkt Allgemeine Sicherheit Strategische Zielsetzungen Die gute Sicherheitslage im Kanton Basel-Landschaft soll erhalten und in allen Bereichen weiter verbessert werden. Die gute Sicherheitslage motiviert, bestehende Potenziale auszuschöpfen und das Sicherheitsniveau auf allen Ebenen zu steigern. Den Schwerpunkt im nächsten Jahr bildet die vernetzte und interkantonale Zusammenarbeit im Polizeibereich bei der Verkehrssicherheit, bei der Jugendkriminalität und beim Bevölkerungsschutz. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit einzusetzen.	Amtsbericht 2004
Nr. 5.01.01	Projekt der interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) Das Polizeikonkordat der Nordwestschweiz, dem auch der Kanton Basel-Landschaft angehört, plant zusammen mit dem Zentralschweizer Polizeikonkordat eine gemeinsame Polizeischule in Hitzkirch. In der IPH ist eine zehnmonatige Grundausbildung für 230 bis 330 Anwärterinnen und Anwärter vorgesehen. Mit der gemeinsamen Polizeischule soll die polizeiliche Aus- und Weiterbildung weiter professionalisiert und optimiert werden. Der Regierungsrat hat diesem Projekt grundsätzlich zugestimmt. Unterstützen die Kantonsregierungen der übrigen Konkordatskantone das Vorhaben ebenfalls, kann bis 2004 das Schulkonkordat ausgearbeitet werden. Im Schulkonkordat, das vom Landrat zu beschliessen ist, werden jene Fragen geregelt, die für die Gründung und den Betrieb der Schule unabdingbar sind. Stimmen die Schulpartner dem Schulkonkordat zu, kann mit der Betriebsaufnahme der IPH im Herbst 2006 gerechnet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Mit RRB Nr. 2373 vom 14. Dezember 2004 wurde nach einstimmiger Genehmigung durch den Landrat sowie ungenutzter Referendumsfrist der Beitritt unseres Kantons zum Konkordat über die Errichtung und den Betrieb einer Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch erklärt. Mit der Zusage aller Partner ist das Konkordat im Dezember 2004 zu Stande gekommen (Vorbehalt Referendumsfristen der Kantone Schwyz und Basel-Stadt). Gegenüber der ersten Planung erfolgt die definitive Betriebsaufnahme - Start der 1. Polizeischule - im Herbst 2007. Zur Zeit werden Detailkonzepte in 4 Teilprojektgruppen erarbeitet (Schule, Personal, Vertrag / Bau und Finanzen). Die Anstellung des Schuldirektors und des Leiters Ausbildung soll in der Zeit von September 2005 bis Januar 2006 erfolgen.

Nr. 5.01.02	Umsetzung der Anti-Stau-Initiative Die vom Volk angenommene Anti-Stau-Initiative verpflichtet die Behörden, die geeigneten Massnahmen zu treffen, um Verkehrsstaus zu verhindern bzw. unverzüglich abzubauen. Zentrales Element der Initiative bildet die Einführung einer Stau-Fachstelle bei der Polizei Basel-Landschaft. Zu ihrem Aufgabenbereich gehören unter anderem die Erfassung und die Analyse der Stausituationen auf dem kantonalen Strassennetz sowie die Ausarbeitung von Vorschlägen für Strategien und Massnahmen zur Verhinderung bzw. Eindämmung von Verkehrsstaus. Die Stau-Fachstelle soll mit der Verkehrsanalyse kombiniert werden. Die Verkehrsanalyse wird ab 2004 periodische Lagebilder zum Verkehrsgeschehen, vor allem zu Unfallsituationen, vorlegen. Aufgrund des aktuellen Lagebildes können Massnahmen zur Verminderung der Stauentwicklung eingeleitet werden. Unmittelbar im Zusammenhang mit der Staubekämpfung steht das Instrument des Verkehrsleitsystems. Die erste Etappe des Leitsystems zwischen Basel und Pratteln ist bereits verwirklicht worden. Die Planungsarbeiten zur zweiten Etappe, Pratteln bis Augst, sollen 2004 abgeschlossen werden. Eine weitere Massnahme zur Umsetzung der Anti-Stau-Initiative stellt die Einsetzung einer speziellen Task Force mit Vertreterinnen und Vertretern der Verkehrs- und der Wirtschaftsverbände dar.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.190 Mio.	Die Stau-Fachstelle konnte 2004 in Betrieb genommen werden. Zudem wurden die Task-Force "Anti-Stau" ins Leben gerufen und ein erster "Staubericht 2004" erarbeitet. Die Hauptaufgaben des neuen Staumanagers bestanden darin, sich einen ersten Überblick über die momentane Situation zu verschaffen und einen Vorgehensplan zu erarbeiten. Gleichzeitig wurde die Staufachstelle bei verschiedenen aktuellen Projekten eingebunden. Die Planungsarbeiten zur zweiten Etappe des Verkehrsleitsystems sind fortgeschritten. Die Realisierung wird im Zusammenhang mit den Arbeiten für den Erhaltungsabschnitt Basel - Augst erfolgen (2006 / 2007).
------------------------	--	---	--

Nr. 5.01.03	Verstärkte sichtbare Polizeipräsenz Die Polizei Basel-Landschaft hat in den letzten Jahren grosse Anstrengungen unternommen, um in der Öffentlichkeit auf breiter Ebene präsent zu sein. Mit den Aktionen "Wellenbrecher" zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität, der Einführung des mobilen Fahndungselementes, Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrsüberwachung, der Einführung des "Präventionsmobils" und der Durchführung von öffentlichen Informationsveranstaltungen zur Verbrechensprävention sind zusätzliche Elemente geschaffen worden, welche die Polizei bei der Bevölkerung noch stärker wahrnehmbar und bewusst machen. Das Bestreben, die Polizeipräsenz optimal sichtbar zu machen und auf diese Weise das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern, wird auch im kommenden Jahr - wie schon 2003 - Priorität erhalten. Die getroffenen Massnahmen sollen - unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Mittel - optimiert und ausgebaut werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Durch den Fahndungsdienst wurden im Jahre 2004 in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizeilichen Ermittlung und der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung vor allem dynamische Phänomene bekämpft. Schwergewicht wurde auf die Einbruchskriminalität, die Gewalt im öffentlichen Raum (unter anderem Aktion Gleis) sowie die offene Drogenszene (unter anderem Aktion Smoke) gelegt. So konnten im letzten Jahr insgesamt 190 Personen angehalten werden (38 Schweizer und 152 Ausländer). Durch dieses neue Kontrollkonzept wurde die Täterschaft verunsichert, was zu einem Rückgang der Einbruchszahlen führte. Ein weiteres Standbein war die Suche nach vermissten Personen. In diesem Bereich konnten 100 Aufträge erledigt werden. Im Jahre 2004 wurden durch den Dienst Öffentlichkeitsarbeit insgesamt 252 Sicherheitsberatungen durchgeführt. Diese Zahl setzt sich wie folgt zusammen: 82 Beratungen im Objekt (an Ort und Stelle / am Wohnort), 22 Beratungen im Beratungsraum in der Gutsmutte Liestal, 132 telefonische Beratungen (Zeitaufwand jeweils 10 bis 45 Minuten) sowie 16 Veranstaltungen / Aktionen / Aussenanlässe. Im Jahr 2004 wurden zudem an vier Samstagen Beratungs-Aktionen in Einkaufszentren im ganzen Kanton durchgeführt. Die Fahrten zu den externen Beratungen (an Ort und Stelle) werden konsequent mit dem "Imageträger" Präventions-Smart zurückgelegt. Im weiteren wurde - nach dem Start Ende 2003 in Aesch - in enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung und der Hauptabteilung Verkehrssicherheit erstmals kantonsweit die aufwändige Aktion "Sicherheit im Alter" gemeinsam mit Altersvereinen und Altersheimen durchgeführt (total 9 Anlässe). Dazu kamen diverse, viel beachtete Auftritte wie zum Beispiel am Dorffest Bubendorf, am TCS-Fest in Füllinsdorf, am Herbstmarkt Arlesheim, an der Gewerbeausstellung in Aesch oder am Weihnachtsmarkt in Oberwil. Auch bei diesen Anlässen stand mehrheitlich begleitend der Präventions-Smart im Einsatz.
------------------------	--	--	--

Nr. 5.01.04	Mehr Prävention zur Verminderung der Jugendkriminalität Im Jahr 2004 werden voraussichtlich erstmals sechs polizeiliche Jugendsachbearbeiterinnen und Jugendsachbearbeiter im Einsatz stehen. Diese Fachleute sind die Drehscheibe zwischen der Polizei einerseits und den Schulen, Jugendhäusern und Jugendgruppen andererseits. Sie unterstützen die für die Jugendlichen verantwortlichen Personen vor Ort und die Jugendlichen selbst durch Beratung und Interventionen. Es ist vorgesehen, dass der Sozialbereich bei der Jugendanwaltschaft durch eine 60-Prozent- Stelle verstärkt wird. Dadurch soll die bessere Wahrnehmung von gefährlichen Entwicklungen bei straffällig gewordenen Jugendlichen ermöglicht werden. Umgekehrt schafft dieses zusätzliche Pensum Kapazitäten für vermehrte Frühkontakte mit gefährdeten Jugendgruppierungen, zum Beispiel im Umfeld des Rechtsextremismus. Die neue Stelle ermöglicht auch schnellere und gezielte Reaktionen bei massiven Jugendstraftaten. Die Jugendanwaltschaft wird den präventiven Ansatz 2004 weiter entwickeln und vertiefen, beispielsweise mit der Weiterführung der Lehrkräftefortbildung über Jugendgewalt, mit dem Ausbau des 2003 gegründeten Jugendnetzes Baselland oder mit der Erweiterung der neuen Homepage.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.07 Mio.	Durch den Ausbau der Jugendsachbearbeiterstellen sowie der Schaffung der Stelle im Sozialbereich der Jugendanwaltschaft wurde es möglich, gefährdete Jugendliche resp. Jugendgruppierungen schneller zu erreichen, deren persönliche Situation besser wahrzunehmen, gezielter zu reagieren und damit weitere deliktische Entwicklungen vermehrt zu reduzieren resp. zu stoppen. Hängige Verfahren konnten schneller abgeschlossen werden, was wiederum die Rückfallsgefahr reduzierte. Die präventiven Aktivitäten in den Bereichen Lehrkräftefortbildung, Jugendnetz BL und Homepage wurden erfolgreich fortgesetzt.
Nr. 5.01.05	Umsetzung des neuen Bevölkerungsschutzes Am 18. Mai 2003 haben die Schweizer Stimmberechtigten dem neuen Bevölkerungsschutz zugestimmt. Die Reform im Bund macht Anpassungen und Veränderungen der kantonalen Rechtsgrundlagen und Strukturen erforderlich. Die Stimmberechtigten des Kantons werden voraussichtlich in der ersten Hälfte 2004 über das neue kantonale Gesetz betreffend den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz entscheiden. Anschliessend wird der Regierungsrat die dazugehörige Verordnung erlassen. Ein wesentliches Element der Neuordnung bildet die Einführung von Schadenplatzkommandanten. Diese sind vor Ort für die operative Bewältigung des Schadenereignisses zuständig. Bei der Umsetzung des neuen Rechtes sind die Schadenplatzkommandanten zu rekrutieren, auszubilden und einzusetzen. Zum Vollzug des neuen Rechtes gehört auch die Schaffung einer kantonalen Zivilschutzkompanie.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.2 Mio.	Das neue Gesetz und die Verordnung über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz wurden auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt. Die Rekrutierung der Schadenplatzkommandanten ist für 2005 festgelegt. Die dazu erforderlichen Vorbereitungen konnten im Jahr 2004 abgeschlossen werden. Die personelle Alimentierung der kantonalen Zivilschutzkompanie erfolgt 2005. Die konzeptionellen und organisatorischen Vorbereitungen sind abgeschlossen.

Nr. 5.01.06	Analyse der Erdbebensicherheit Die im Jahr 2003 eingesetzte Arbeitsgruppe "Naturgefahr Erdbeben" hat den Auftrag, die Erdbebensicherheit im Kanton Basel-Landschaft zu analysieren, Handlungsszenarien zu entwickeln und zu bewerten und dem Regierungsrat Massnahmenvorschläge zu unterbreiten. Aufgrund der bisher geleisteten Vorarbeiten müssen in jedem Fall die beiden folgenden Massnahmen getroffen werden: • Der Grad der Gefährdung und das Schadenpotenzial durch Erdbeben sind im Rheintal und in den unteren Teilen des Birsig-, Birs- und Ergolztals nicht bekannt. Es wird deshalb eine Mikrozonierungs- und Bodenerschütterungskarte erstellt. • Die Mindestfunktionen in den kantonalen Lifelines (Wehrdienstmagazine, Polizeistandorte, Telekommunikationseinrichtungen, Spitäler, Brücken) müssen nach Erdbeben bedingten Ausfällen sichergestellt sein. Die Lifelines müssen auf ihre Mindestfunktionen und auf ihre Erdbebensicherheit überprüft werden. Aufgrund der Ergebnisse sind die Notkonzepte zu erarbeiten.	Finanzielle Auswirkungen 2004: noch offen	Die Arbeitsgruppe "Naturgefahr Erdbeben" wurde aus finanziellen Gründen bisher nicht gebildet. Die beiden erwähnten Massnahmen sind durch das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz an die Hand genommen worden. Die Arbeiten zur Erstellung der Erdbebenmikrozonierungskarte wurden in Zusammenarbeit mit dem Geologisch-Paläontologischen Institut der Universität Basel und dem Schweizerischen Erdbeben-dienst an der ETH Zürich aufgenommen. Die Bearbeitung des Ergolztals und von Teilen des Raumes Muttentz - Pratteln gestalteten sich komplexer und aufwändiger, wodurch Verzögerungen im Projektverlauf hingenommen werden mussten. Aufgrund von personellen und finanziellen Engpässen konnten die Datenerhebungsarbeiten bei den Lifelines für die Festlegung der Mindestfunktionen bisher nicht durchgeführt werden. Es ist vorgesehen, dass diese Arbeiten in den Jahren 2005 und 2006 erbracht werden.
Nr. 5.02	Programmpunkt Optimierung der Dienstleistungsqualität Strategische Zielsetzungen Die Dienstleistungen der JPMD werden laufend den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst und erneuert. Die JPMD misst ihre Dienstleistungsqualität an der Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden. Die JPMD versteht sich als Dienstleistungsbetrieb im Bereich der Sicherheit, wobei der Begriff Sicherheit umfassend definiert wird. So verstanden gehören neben der Bekämpfung der häuslichen Gewalt auch die Belange des Kinderschutzes und der Opferhilfe zum Produkt Sicherheit. Im Jahr 2004 sind der Kinderschutz und die Opferhilfe für die JPMD von besonderer Bedeutung.	Amtsbericht 2004	

Nr. 5.02.01	Einrichtung der Fachstelle Kindes- und Jugendschutz Wie die Erfahrungen aus dem Projekt Regionale Kinderschutzgruppe Gelterkinden zeigen, entspricht die Einrichtung einer Fachstelle Kindes- und Jugendschutz für den ganzen Kanton einem offenkundigen Bedürfnis. Die Arbeitsgruppe Folgeplanung II der Kantonalen Psychiatrischen Dienste kommt in ihrem Bericht vom 10. Juni 2002 ebenfalls zum Ergebnis, dass die verschiedenen Kinderschutzaktivitäten dringend integriert und koordiniert werden müssen. Aufgrund der Sachnähe gehöre das Projekt Kindes- und Jugendschutz zur JPMD. Zur Zeit wird unter der Federführung der JPMD ein Detailkonzept erarbeitet, welches die Prozesse, Strukturen und Zuständigkeiten im Bereich Kindes- und Jugendschutz umfassend darstellen wird. Vorgesehen ist, dass bis spätestens Mitte 2004 die Fachstelle Kindes- und Jugendschutz und die interdisziplinär wirkende Kinderschutzgruppe ihre Tätigkeit aufnehmen werden. Als Dreh- und Ansprechstelle wird die Fachstelle den Ratsuchenden (Private, Institutionen, Gemeinden und andere) zur Verfügung stehen. Die Fachstelle Kindesschutz soll mit 80 bis 100 Stellenprozenten dotiert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.16 Mio.	Die Fachstelle Kindes- und Jugendschutz konnte per 1. September 2004 besetzt werden und der Leiter der Fachstelle, Dominik Hächler, hat seine Tätigkeit mit einem 50%-Pensum aufgenommen. Als erstes stand die aktive Vernetzung und die Präsentation der Fachstelle bei den verschiedenen im Kindesschutz tätigen Stellen im Vordergrund. Die Fachstelle wird zudem von Ratsuchenden Personen bereits rege genutzt. Per Anfang 2005 wurde die Kindes- und Jugendschutzkommission eingesetzt, die neben interdisziplinären Fallberatungen vor allem die Klärung der Schnittstellen und die Erarbeitung eines Leitfadens für das Vorgehen in Kindesschutzfällen zur Aufgabe hat.
Nr. 5.02.02	Umsetzung der Analyse Opferhilfe Das Bundesgesetz über die Opferhilfe schreibt vor, dass die Kantone Beratungsstellen für Opfer von Gewalttaten vorsehen müssen. Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben gemeinsam drei private Vereine mit dem Betrieb einer Opferhilfe-Beratungsstelle beauftragt. Es sind dies die Beratungsstelle Nottelefon für weibliche Gewaltopfer, die Beratungsstelle Triangel für Kinder und Jugendliche sowie die Beratungsstelle Opferhilfe beider Basel als zielgruppenneutrale Beratungsstelle, alle drei mit Standort in Basel. Die im Jahr 2002 durchgeführte Analyse Opferhilfe unterbreitet verschiedene Modelle zur Optimierung des Leistungsangebotes der Opferhilfe. Die Vorschläge reichen von der engeren Zusammenarbeit bis zur Zusammenlegung der drei Beratungsstellen zu einer einzigen Beratungsstelle an einem einzigen Standort. Der Modellentscheid und die Umsetzung werden 2004 ein zentrales Thema für die JPMD bilden.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die drei Opferhilfe-Beratungsstellen sind per Ende 2003 an einem Standort vereint worden, am Steinenring 53 in Basel. Dieser Schritt ermöglicht eine engere Zusammenarbeit unter den Stellen und kommt den Bedürfnissen der Opfer entgegen. Der Vorsteher des Justizdepartementes Basel-Stadt und die Vorsteherin der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion Basel-Landschaft haben den 3 Vereinen den Auftrag erteilt, nach der erfolgten räumlichen Zusammenführung der Beratungsstellen einen Optimierungsprozess (Zusammenarbeit der Beratungsstellen, Fusion der Trägerschaften) durchzuführen. Um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen, wurde dafür mehr Zeit eingeräumt. Die Umsetzung soll bis Ende 2006 erfolgt sein. Im Bereich der Opferhilfe ist ein erheblicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen.

Nr. 5.02.03	Projekt informatisiertes Standesregister (Infostar) Mit Infostar - Abkürzung für informatisiertes Standesregister - wird die Führung der Zivilstandsregister (Geburt, Trauung, Tod, Kindeserkennung) informatisiert und gesamtschweizerisch vernetzt. 22 Zivilstandsämter (von insgesamt 1700 Zivilstandsämtern) stehen für einen Pilotbetrieb zur Verfügung. Als einziger Kanton beteiligt sich Basel-Landschaft mit allen sechs Profizivilstandsämtern (Arlesheim, Binningen, Laufen, Liestal, Sissach und Waldenburg) am Pilotbetrieb, der seit März 2003 läuft. Der quantifizierbare Nutzen von Infostar fällt hauptsächlich in zwei Bereichen an, durch Einsparungen der Nachführung des Familienregisters sowie bei der automatisierten Erzeugung aller Arten von Mitteilungen und Registerauszügen. Für die Kundschaft bedeutet Infostar speziell raschere Bedienung und Effizienzsteigerung bei den Abklärungen. Gemäss der Planung des Bundes müssen bis Juni 2004 alle Zivilstandsämter der Schweiz Infostar angeschlossen sein.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.037 Mio.	Der Pilotbetrieb Phase I - Geschäftsfall Person, Verurkundung am Heimatort - wurde im Mai 2003 erfolgreich abgeschlossen. Ein weiterer Pilotbetrieb Phase II - Geschäftsfall Ereignis (Geburt, Ehe, Tod usw.) - wurde Ende August 2004 erfolgreich beendet. Aus dem Kanton BL nahm das Zivilstandsamt Arlesheim an diesem Pilotbetrieb II teil. Seit Juni 2004 sind alle Zivilstandsämter der Schweiz an Infostar angeschlossen. Im Herbst 2004 wurden alle Zivilstandsbeamte/innen des Kantons BL durch die Aufsichtsbehörde und den Leiter des Zivilstandsamtes Arlesheim für den Geschäftsfall Ereignis geschult. Am 1. Dezember 2004 wurde der Vollbetrieb gestartet. Dies bedeutet, dass alle Einzelregisterfälle vom Zivilstandsamt des Ereignisortes und alle Verwaltungs- und Gerichtsentscheide sowie im Ausland eingetretene Zivilstandsfälle Schweizer/innen betreffend vom Zivilstandsamt des Heimatortes in Infostar verurkundet werden. Mit dem Vollbetrieb erfolgen die Verurkundungen nur noch mittels Infostar. Ende 2004 waren über 1.2 Mio. Personen im System erfasst.
Nr. 5.03	Programmpunkt Bürgernahe Gesetze Strategische Zielsetzungen Unsere Gesetze sollen bürgernah und wirksam sein. Unsere Gesetze sollen es der Verwaltung ermöglichen, ihre Dienstleistungen flexibel, Kunden orientiert und preisgünstig zu erbringen. Die kantonalen Rechtserlasse (Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente) sollen diese Absicht unterstützen und nicht blockieren. Damit die kantonalen Rechtserlasse diese Zielsetzung erfüllen können, sind sie regelmässig auf ihre Notwendigkeit und Aktualität hin zu überprüfen. Die Verwaltungstätigkeit soll durch wirksame, schlanke und zeitgemässe Rechtserlasse möglichst effizient und bürgernah gestaltet werden. Mit dem Instrument der Wirkungskontrolle muss die Nachhaltigkeit der Rechtserlasse kontinuierlich gemessen werden.	Amtsbericht 2004	

Nr. 5.03.01	Weiterführung des Projektes Effilex Der Regierungsrat hat 2002 das Projekt Effilex gestartet. Mit diesem Projekt findet erstmals die systematische Überprüfung aller kantonalen Rechtserlasse statt. Unnötige Regelungen werden abgebaut und die verbleibenden Regelungen werden aktualisiert. Das laufende Pilotprojekt bei der JPMD führte bisher zur Aufhebung oder Änderung von mehr als einem Dutzend Verordnungen, Dekrete und Gesetze. Das Pilotprojekt soll im Jahr 2004 abgeschlossen und Effilex anschliessend in der gesamten kantonalen Verwaltung durchgeführt werden. Im Rahmen des Projektes werden im Jahr 2004 folgende Rechtserlasse neu gestaltet: - Revision Verwaltungsverfahrensgesetz, Landratsvorlage - Revision Einführungsgesetz zum SchKG, Vernehmlassungsvorlage - Revision Dekret zum Strassenverkehrsgesetz; Landratsvorlage - Revision Einführungsgesetz Strafgesetzbuch, Vernehmlassungsvorlage.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Verwaltungsverfahrensgesetz Nach ihrer Annahme in der Volksabstimmung vom Herbst 2004 sind die revidierten Bestimmungen seit 1. Januar 2005 in Kraft. Einführungsgesetz zum SchKG Der Landrat hat die Revisionsvorlage beschlossen und das Referendum ist nicht ergriffen worden. Die Vorlage kann nach der Genehmigung durch den Bund in Kraft treten (1. Quartal 2005). Dekret zum Strassenverkehrsgesetz Nach Aufnahme der Revisionsarbeiten musste die Weiterführung zu Gunsten der Ausarbeitung einer dringlichen Gesetzgebungsvorlage (Zwangsmassnahmenrichter im Ausländerrecht) auf das nächste Jahr verschoben werden. Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch Der Regierungsrat hat die Vorlage im 3. Quartal 2004 an den Landrat verabschiedet. Projekt Effilex Innerhalb der JPMD gilt Effilex seit dem 1. Januar 2005 als Dauerauftrag; die Kriterien sind bei allen Gesetzgebungsarbeiten anzuwenden. Anlässlich der Motion 04-311 "Effilex" der SVP-Fraktion wird der Regierungsrat eine Standortbestimmung vornehmen.
------------------------	---	--	--

Nr. 5.03.02	Speditive Umsetzung der Gesetzgebungsaufträge Gemäss den Aufträgen des Landrates werden 2004 die folgenden Gesetzesvorlagen vorbereitet werden: - Revision Ombudsmangesetz, Landratsvorlage (Vorstoss Ch. Rudin 2002/032) - Integrationsgesetz, Vernehmlassungsvorlage (Vorstoss B. Krähenbühl 2001/090) - Revision Polizeigesetz (polizeiliche Wegweisung bei häuslicher Gewalt), Landratsvorlage (Vorstoss S. Pegoraro 2002/192) - Revision Jugendstrafrechtspflegegesetz, Landratsvorlage (Vorstoss Th. Weller 1995/159).	Finanzielle Auswirkungen 2004	Integrationsgesetz Zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt ist der Entwurf eines Gesetzes über die Integration der Migrationsbevölkerung erarbeitet worden. Zur Zeit werden die Vernehmlassungen aus den beiden Kantonen ausgewertet. Die Gesetzesvorlage soll als partnerschaftliches Geschäft im 1. Semester 2005 von den beiden Regierungen den kantonalen Parlamenten überwiesen werden. Ombudsmangesetz Die Revisionsarbeiten sind aufgenommen worden. Für die Vernehmlassungsvorlage muss noch abgewartet werden, ob und wenn ja in welcher Form und mit welchen Aufgaben die Funktion des Ombudsman gemäss Entscheid des Landrates fortbestehen wird. Polizeigesetz (Revision betreffend polizeiliche Wegweisung bei häuslicher Gewalt) Die Vernehmlassungsfrist ist am 15. Januar 2005 abgelaufen. Der Regierungsrat wird die Gesetzesvorlage voraussichtlich innerhalb des 1. Quartals 2005 an den Landrat überweisen. Jugendstrafrechtspflegegesetz Die Revisionsarbeiten erfordern einen grösseren Aufwand als erwartet. Bis zum Abschluss des 1. Semesters 2005 sollte die Vernehmlassungsvorlage fertig erstellt sein.
------------------------	--	--	---

6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Schwerpunkt der Direktion

Zitat:

Es gibt in diesem kleinen Land nur einen einzigen Rohstoff: Die Bildung!

Bildung ist mehr als Ausbildung. Bildung ist umfassend, reicht von der Wiege bis zur Bahre und meint bedeutend mehr als nur schulische Wissensbildung.

Bildungspolitisch befindet sich die Schweiz in einem inhaltlichen und strukturellen Wandel. Stichworte dieses Prozesses sind: Lebenslanges Lernen (mögliche frühere Einschulung der Kinder, aber auch (Weiter)Lernen im Erwachsenenalter), Qualitätssicherung und Qualitätsevaluation, neue Steuerungsinstrumente und Steuerungsmechanismen für die Schulen, effizienter Einsatz von finanziellen Mitteln und Personalressourcen (darunter auch die aufwändige und teure Informatik).

Das neue Baselbieter Bildungsgesetz versucht, diesen Entwicklungen gerecht zu werden. Am 1. August 2003 ist es in Kraft getreten. Ein grosser Teil der Bestrebungen der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) ist der Operationalisierung dieses Gesetzeswerkes gewidmet. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die Umsetzung einen Zeitraum von etwa fünf Jahren beanspruchen wird.

Bildungsvoraussetzungen sind nicht nur durch individuelle Charaktereigenschaften, sondern durch familiäre, berufliche, soziale, Geschlechter bezogene, will sagen gesellschaftliche Determinanten bestimmt. Es spielt eine Rolle, woher – aus welchem Land, aus welcher Familie, aus welcher Schicht – jemand kommt, ob sie oder er optimale Voraussetzungen vorfinden kann. Ein hohes allgemeines Bildungsniveau ist Grundlage für den wirtschaftlichen und kulturellen Erfolg eines Landes. Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich durch den Umstand, dass moderne, hoch technisierte Gesellschaften immer weniger Arbeit für Jugendliche und Menschen anbieten, deren Lernvoraussetzung sich in irgendeiner Form unvorteilhaft entwickelt haben.

Die Nachhaltigkeit aller bildungspolitischen Bemühungen ist gegeben, es geht immer um die Zukunft der nachfolgenden Generationen. Sie müssen in einer sich verändernden Welt mit Wissen und mit Kompetenzen ausgestattet werden, welche ihnen ermögliche, die an sie gestellten Ansprüche gut zu bewältigen. Eine gute Bildung ist das Potenzial für die Zukunft. Gerade deshalb sind bildungspolitische Horizonte immer über den Tag hinaus, langfristig zu veranschlagen, nie nur kurzzeitig. Sie wären kurzsichtig.

Programmpunkte, Strategische Ziele und Massnahmen

Nr. 6.01	Programmpunkt Bildung Strategische Zielsetzungen Teilautonome, geleitete Schulen • Leitung und Aufsicht Das Bildungsgesetz sieht vor, teilautonome, geleitete Schulen einzurichten, die selber festlegen, wie sie ihre Schularbeit aufgrund des Bildungsauftrages des Kantons gestalten wollen. Die Schulleitungen werden gestärkt. Beaufsichtigt werden sie vom Schulrat als politischer Behörde. Qualität und Weiterentwicklung werden neben der Selbstevaluation durch eine externe Evaluation seitens des Kantons regelmässig überprüft (6.01.04). • Kindergarten und Primarschule Das Bildungsgesetz erlaubt die flexible Regelung des Schuleintrittes. Kindergarten und Primarschule rücken in pädagogischer und organisatorischer Hinsicht näher zusammen. • Sekundarstufe I Die Reform der Sekundarstufe I ist eines der zentralsten und herausforderndsten Anliegen der neuen Bildungsgesetzgebung. Inzwischen hat die Reform in schulischer und organisatorischer Hinsicht konkrete Gestalt angenommen (6.01.08). Die Prozesse für alle neuen Organisationsmassnahmen im Bereich der Volksschulen werden vom Amt für Volksschulen geführt. Vom Parlament zu entscheiden ist die Frage, ob der Kanton die Sekundarschulbauten von den Gemeinden kaufen soll. • Spezielle Förderung Die Massnahmen der speziellen Förderung gewähren schon seit langem Kindern mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten Hilfeleistungen. Neu werden auch Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen unterstützt. Berufsbildung Das qualitative und quantitative Ausbildungsangebot (Arbeitgeberseite) soll der Ausbildungs-nachfrage (Seite der Auszubildenden) entsprechen. Die Jugendlichen treffen nach der obligatorischen Schulzeit auf ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen (Anzahl und Spektrum). Dieses Ziel soll in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt erreicht werden.	Amtsbericht 2004
----------	--	------------------

	Tertiäre Bildung Der Kanton Basel-Landschaft gewährleistet zusammen mit dem Partnerkanton Basel-Stadt ein attraktives Angebot an tertiären Ausbildungsmöglichkeiten in der Region. Er verfolgt die Vision eines Hochschulraumes Nordwestschweiz, um damit die Wissensbildung besser zu vernetzen und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, den Fachhochschulen und den Forschungsinstituten der Region zu stärken. Verbesserung der Dienstleistung Die Konsolidierung der Erwachsenenbildung als quartärer Bildungsbereich gehört zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben im Bildungswesen. Sonderschulung Die Überarbeitung des Sonderschulkonzeptes mit dem Ziel der Verstärkung der integrativen Form der Sonderschulung steht hier im Mittelpunkt. Jugendhilfe Die Möglichkeit Kinder und Jugendliche, die nicht bei ihren Eltern leben können, in Pflegefamilien unterzubringen, wird unterstützt und als Ergänzung zum Heimangebot ausgebaut. Behindertenhilfe Die bestehenden Lücken in den Angeboten der Behindertenhilfe, wie sie in der Bedarfsplanung 2004 - 2006 für Einrichtungen der Behindertenhilfe der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt ausgewiesen sind, werden geschlossen. Vorrang haben Projekte für schwerstbehinderte Menschen und für die Integration von Menschen mit Behinderungen in die Arbeitswelt.			
Nr. 6.01.01	Berufsauftrag Der neue Berufsauftrag für alle Lehrpersonen soll per Schuljahr 2004 / 2005 in Kraft treten. Kernstück ist die Aufteilung des Auftrages in fünf verschiedene Bereiche, die einfache Agendaführung zur Erfassung der Arbeitszeit, die Einrichtung eines Schulpools sowie die Rücknahme der Erhöhung der Pflichtstunden von 2001. Vorlage an den Landrat	Finanzielle Auswirkungen 2004: 1.46 Mio.; Pool nach Massgabe des Landrates	Der Landrat hat der Vorlage zum Personaldekret (Regelung der Pflichtstunden) unter Kenntnisnahme der zugehörigen Verordnungen zugestimmt. Dadurch hat er die Erhöhung der Pflichtstunden von 2001 zurückgenommen und damit der Umsetzung des neuen Berufsauftrages für Lehrpersonen auf den Beginn des Schuljahres 2005 / 2006 alle Hindernisse ausgeräumt.	

Nr. 6.01.02	Unterrichtsentwicklung im Umgang mit Heterogenität: Projekt "Lernumgebungen für Rechenschwache bis Hochbegabte" Lernumgebungen sind reichhaltige und vielfältige Aufgabenstellungen zu lehrplanrelevanten Mathematikthemen. Sie umfassen eine Einstiegsaufgabe, die von allen Schülerinnen und Schülern bearbeitet werden kann, und enthalten zusätzliche Aufträge, die auf höheren Fähigkeits- und Leistungsniveaus bearbeitet werden können. Das Projekt, an dem die Primarschule Lupsingen beteiligt ist, wird im Jahr 2004 abgeschlossen. Die entwickelten Lernumgebungen werden in Buchform durch einen Lehrmittelverlag herausgegeben (Laufzeit: Schuljahre 2001 / 2002 - 2003 / 2004).	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.015 Mio. (2503)	Das Projekt konnte Ende 2004 abgeschlossen werden. Für alle mathematischen Teilgebiete, die an der Primarschule behandelt werden, sind Lernumgebungen für das erste bis fünfte Schuljahr erprobt und entwickelt worden. Eine Sammlung bewährter Aufgabenstellungen wird im Laufe des Jahres 2005 publiziert. Das Buch dient den Lehrpersonen als zusätzliche Handreichung für die Arbeit mit dem Zahlenbuch und unterstützt sie darin, im Klassenverband die unterschiedlichen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler bei der Beschäftigung mit mathematischen Aufgabenstellungen zu berücksichtigen.
Nr. 6.01.03	Unterrichtsentwicklung im Umgang mit Heterogenität: Projekt "Förderung von Jugendlichen mit unterschiedlicher visuell-räumlicher Begabung" Zusammen mit der Fachschaft an einer Sekundarschule werden Lernarrangements mit strukturierten Aufgabenreihen zur Förderung der visuell-räumlichen Begabung entwickelt und dokumentiert. Die Aufgabenreihen berücksichtigen die Lehrplanziele und sind so gestaltet, dass sie für schwächere sowie für überdurchschnittlich begabte Jugendliche Forderungen bereit halten und auf eigenen Wegen verschiedene gestalterische Lösungen erprobt und entdeckt werden können (Laufzeit: Kalenderjahre 2004 - 2006)	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.032 Mio. (2503)	Das Vorhaben verfolgt ein ähnliches Ziel wie das abgeschlossene Mathematikprojekt an der Primarschule Lupsingen, diesmal allerdings auf der Sekundarstufe I und im Fachbereich Zeichnen / Malen. 2004 sind zwei Serien mit reichhaltigen Aufgabenstellungen erprobt und entwickelt worden. Sie werden im Laufe von 2005 auf dem Internet veröffentlicht. Die Arbeiten der Fachschaft Zeichnen an der Sekundarschule Liestal werden wie geplant im Jahr 2005 fortgesetzt.

	Kindergarten, Primarschule und Sekundarstufe I		
Nr. 6.01.04	Qualitätssicherung Professionalisierung der Information / Kommunikation; Unterstützung für die Schulleitungen; Rekrutierung der Fachpersonen für die Unterrichtsbegleitung. Externe Evaluation an den Volksschulen Erste Erfahrungswerte von der externen Evaluation an den Volksschulen werden ausgewertet, um auch Steuerungswissen zu generieren.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.47 Mio. Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.08 Mio.	Qualitätssicherung Das Amt für Volksschulen hat mittels gezielter Veranstaltungen die neuen Schulleitungen auf ihre Aufgabe vorbereitet (zwei einwöchige Kurse). Zudem wurden Fortbildungsmodulare durchgeführt (Aufbau des internen Qualitätsmanagements, MAG, begleitende Unterrichtsbesuche). Die Zusammenarbeit mit den Schulleitungskonferenzen wurde neu konzipiert. Es fanden in verschiedenen Schulen individuelle Unterstützungen der Schulleitungen statt. Die Fachpersonen für den Unterricht sowie die Mentorinnen und Mentoren wurden auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Externe Evaluation an den Volksschulen In 7 Schulen, die sich freiwillig zur Verfügung stellten, wurden externe Evaluationen durchgeführt. Die Erfahrungen sind eingeflossen in das Konzept für die externe Evaluation der Volksschule im Jahre 2005.
Nr. 6.01.05	Pisa 2003 Vergleich der Mathematik-Kompetenzen der Jugendlichen in der Schweiz mit denjenigen in anderen OECD-Staaten und Prüfung, ob im Bildungsbereich Mathematik zufrieden stellende Ergebnisse erreicht werden. Aufgrund früherer Studien wird erwartet, dass die Schweiz gut abschneiden wird. Im Kalenderjahr 2004 werden die ersten nationalen Ergebnisse des zweiten Zyklus der Pisa-Studie veröffentlicht. Im Vordergrund stehen die mathematischen Fähigkeiten der 15-Jährigen und der Schülerinnen und Schüler im neunten Schuljahr. Die Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden sowie die Öffentlichkeit werden über Pisa 2003 informiert. Wo nötig, wird die BKSD in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) prüfen, ob Veränderungen und Weiterentwicklungen im Mathematikunterricht an den Volksschulen erforderlich sind.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.027 Mio.	Die internationalen und nationalen Ergebnisse der Studie wurden vorgestellt. Aufgrund der eher guten Ergebnisse der Schweiz in Mathematik und Naturwissenschaften stehen weiterhin die Schwächen, wie sie bei der Lesefähigkeit in Pisa 2000 festgestellt worden sind, im Vordergrund.

Nr. 6.01.06	Prüfungs- und Orientierungsarbeiten Die Übertrittsprüfungen von der fünften Primarklasse in die Sekundarschule werden als Rekursinstrument neu konzipiert und erstmals erprobt. Es werden Orientierungsarbeiten in den fünften Klassen der Primarschule sowie der vierten Klassen an der Sekundarschule kreiert, durchgeführt und ausgewertet.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.09 Mio.	Die Orientierungsarbeiten wurden erstmals in Deutsch und Mathematik in der 5. Klasse der Primarschule durchgeführt und ausgewertet. In der 4. Klasse des Niveaus P wurden Orientierungsarbeiten in Mathematik und Geschichte durchgeführt. Im Hinblick auf den zusätzlichen Einbezug der Niveaus A und E wurde das Kompetenzzentrum für Bildungsevaluation und Leistungsmessung an der Universität Zürich mit der Überprüfung des bisherigen Verfahrens und der Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen beauftragt.
Nr. 6.01.07	Neues Beurteilungssystem an den Primarschulen Nach einem langen Nebeneinander verschiedener Beurteilungssysteme stellt der Kanton neue Normen auf. In den ersten bis dritten Klassen ist ein Lernbericht verbunden mit einem geleiteten, protokollierten Elterngespräch obligatorisch. Noten sind erst für die vierten und fünften Klassen vorgesehen. Die Lehrpersonen werden in obligatorischen Fortbildungsveranstaltungen geschult.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.025 Mio.	Das revidierte Beurteilungssystem und Übertrittsverfahren wurde eingeführt. Die obligatorische Schulung der Lehrpersonen durch das Amt für Volksschulen ist abgeschlossen. Eine Begleitgruppe wertet die gemachten Erfahrungen laufend aus.
Nr. 6.01.08	Neuer Lehrplan Sekundarschule Einführung des Stufenlehrplans und der neuen Stundentafel für die Sekundarschule Die Sekundarschule mit den drei Anforderungsniveaus A, E und P erhält einen Stufenlehrplan und eine neue Stundentafel. Aufsteigend mit den ersten Klassen, werden ab dem Schuljahr 2004/2005 die neue Stundentafel und der neue Lehrplan mitsamt neuer Promotionsordnung eingeführt. Temporäre Mehraufwendungen fallen während der Einführung in den Jahren 2004 und 2005 insbesondere wegen der Vorverlegung des Grundkurses Informatik vom siebten ins sechste Schuljahr an. Die Vorverlegung hat zur Folge, dass der Grundkurs ein Jahr lang doppelt angeboten werden muss. Die Einführung des neuen Lehrplans bedingt begleitende Massnahmen (neben der Fortbildung der Lehrpersonen zum Beispiel die Erarbeitung von Umsetzungskonzepten und Handreichungen in einzelnen Bildungsbereichen). Einführungsveranstaltungen und obligatorische Fortbildungsmoduls sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung des neuen Lehrplans.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.5 Mio. (Schulen) 0.19 Mio. (2503) Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.15 Mio.	Der Bildungsrat hat den neuen Stufenlehrplan und die Stundentafeln der Sekundarschule verabschiedet und die Einführung auf Beginn des Schuljahres 2005 / 2006 festgelegt. Die Einführung der Lehrpersonen wurde geplant; Informationsveranstaltungen für die Schulratspräsidenten und Schulleitungen wurden durchgeführt.

Nr. 6.01.09	Konzept Berufswahlvorbereitung und Berufsberatung an der Sekundarschule Für die Sekundarschule mit den Anforderungsniveaus A, E und P wird ein Berufswahlkonzept ausgearbeitet. Zusammen mit zwei Pilotschulen wird ein Berufswahlkonzept entwickelt, das mit der neuen Stundentafel und dem Lehrplan für die Sekundarschule abgestimmt ist und die Pflichten und Aufgaben der Berufswahlklassen-Lehrpersonen für die drei Niveaus definiert. Ab Schuljahr 2004 / 2005 wird das Konzept, aufsteigend mit den ersten Klassen, an den Sekundarschulen eingeführt und umgesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.03 Mio.	Das entsprechende Konzept wurde erstellt und greift analog der Einführung des Stufenlehrplans auf das Schuljahr 2005 / 2006. Es ist Teil der Handreichungen für die Lehrpersonen zum neuen Stufenlehrplan.
Nr. 6.01.10	Neuorganisation des Werkjahres Das Werkjahr wird auf zwei Schuljahre erweitert und flächendeckend im Kanton eingerichtet.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.04 Mio.	Gemäss § 54 der Verordnung für die Sekundarschulen werden bis auf Weiteres Kleinklassen vorerst im 6. bis 8. Schuljahr und das Werkjahr im 9. Schuljahr geführt. Begründet wird dies durch die Tatsache, dass die Schulraumprobleme (Regelung der Standorte) noch nicht gelöst sind.
Nr. 6.01.11	Informatik an der Primarschule Mit Beschluss vom 20. Mai 1999 hat der Landrat den Regierungsrat beauftragt, eine Vorlage für die flächendeckende Einführung des Computers an der Primarschule auszuarbeiten. Die Projektierung erfolgt in Abstimmung mit der Weiterentwicklung der Informatikkonzepte für die Sekundarstufen I und II. Die Projektierung der flächendeckenden Einführung des Computers als Lern- und Arbeitsmittel an der Primarschule wird im Laufe der Jahre 2003 und 2004 abgeschlossen. Der Zeitpunkt der Einführung ist noch offen, die Vorarbeiten und Beratungen sollen jedoch so terminiert werden, dass die Umsetzung ab Schuljahr 2005 / 2006 beginnen kann. Die Ausbildung von Fortbildungskadern hat - als erste Massnahme - bereits im Jahre 2003 eingesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.05 Mio. (2503)	Es wurde eine Handreichung für die vom Landrat in Auftrag gegebene generelle Einführung der Informatik an der Primarschule entwickelt und mit einer Delegation der Gemeinden erstmals beraten. Um die Chancen für eine Zustimmung der Einwohnergemeinden zu verbessern, wurde eine längere Phase der Meinungsbildung in Aussicht genommen. Die vom Landrat in Auftrag gegebene Vorlage verzögert sich somit noch einmal. Zurückgestellt wurde die Bearbeitung dieser Vorlage bisher wegen der hohen Folgekosten für Gemeinden und Kanton bei einer generellen und verpflichtenden Einführung und der bisherigen Gewichtung der Einführung und Konsolidierung auf den Sekundarstufen I und II.

Nr. 6.01.12	Einführung Blockzeiten: Umsetzung in den Gemeinden, Fortbildung der Lehrpersonen In gemeinsamer Arbeit zwischen Kanton und Gemeinden sollen die Blockzeiten realisiert werden. Im Rahmen der Kursangebote der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung wird ein Fortbildungsprogramm zusammengestellt, welches die Lehrpersonen bei der Umsetzung von umfassenden Blockzeiten am Kindergarten unterstützt. Die Kurse der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung Basel-Landschaft sollen zu Beginn des Schuljahres 2004 / 2005 anlaufen.	Finanzielle Auswirkungen 2004: Maximale Kosten: Kanton: 1.5 Mio.; 0.02 Mio. (2503); Gemeinden: 4.5 Mio.	Das Amt für Volksschulen unterstützt die Gemeinden bei den Realisierungsarbeiten. Aufgrund einer Tagung im Frühjahr 2004 der Kindergartenlehrpersonen haben sich Bedürfnisse herauskristallisiert für Kurse, welche die Umsetzung von Blockzeiten unterstützen. Die Fachstelle Erwachsenenbildung, Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung, hat unter Berücksichtigung dieser Bedürfnisse spezielle Kursangebote im Kursprogramm 2005 organisiert. Von insgesamt 23 Kursen zum Thema "Mehr Raum und Zeit für eigenaktives Spiel und Lernen bei umfassenden Blockzeiten im Kindergarten" werden 19 Kurse durchgeführt.
Nr. 6.01.13	Spezielle Förderung: Konzeptarbeiten Gemäss neuem Bildungsgesetz können die Volksschulen Schülerinnen und Schüler mit besonderen schulischen Bedürfnissen mit unterschiedlichen Schulungsformen unterstützen und fördern. Die kantonalen Rahmenvorgaben müssen überdacht und angepasst werden. Die Konzeptarbeiten sollen die schrittweise Einführung auf das Schuljahr 2004 / 2005 ermöglichen.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.03 Mio.	In einem ersten Arbeitsschritt ist vorgesehen, anhand des Schuljahres 2003 / 2004 alle Aufwendungen im Bereich der Speziellen Förderung zu erfassen und auf dieser Grundlage einen Vorschlag für eine neue Steuerung der Mittel (sog. Pensenpool-Regelung) auszuarbeiten. Die diesbezüglichen Arbeiten sind aufgenommen worden und sollen bis Juni 2005 fertig gestellt werden. Danach wird zu prüfen sein, ob an der Volksschule - vom Kindergarten bis und mit zur Sekundarschule - das neue Steuerungskonzept übernommen werden soll und wie es gegebenenfalls Schritt für Schritt umgesetzt werden kann.
Nr. 6.01.14	Aufbau des Schulsozialdienstes ab der Sekundarstufe I Gestützt auf das entsprechende Konzept werden die Fachpersonen rekrutiert, instruiert und mittels periodischer Zusammenkünfte geführt.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 1.3 Mio.	Im Rahmen des bewilligten Budgets wurden die Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter ins kantonale Lohnsystem übergeführt. Sie haben gemäss dem ersten Umsetzungsschritt (§ 12 VO Schulsozialdienst) ihre Arbeit aufgenommen. Der Aufbauprozess wird auch durch die periodischen Zusammenkünfte und Fortbildungsangebote gefördert.

	Mittelschulen und Gymnasien		
Nr. 6.01.15	Maturitätsanerkennungsreglement (MAR) Im November / Dezember finden im Kanton Basel-Landschaft die ersten Maturen nach neuem Maturitätsanerkennungsreglement (MAR) statt. Ab Januar 2004 wird die kantonale Umsetzung des MAR evaluiert. Es wird unter anderem die laufende Evaluation auf eidgenössischer Ebene (EVAMAR) miteinbezogen. Zudem wird sich auch die Gymnasiallehrerinnen- und lehrerkonferenz (GLK) mit diesem Thema auseinandersetzen. Bis Ende 2004 sollte die Evaluation abgeschlossen sein.	Finanzielle Auswirkungen 2004: Laufende Rechnung	Berichte über die Ergebnisse der Evaluation liegen sowohl für die interkantonale als auch für die ergänzende kantonale Evaluation vor. Die Ergebnisse sind insgesamt positiv. Die Maturitätsprüfungen vom November / Dezember 2003 und 2004 wurden nach dem neuen Maturitätsanerkennungsreglement durchgeführt. Dabei kamen erstmals die strenger Bestehensbestimmungen (doppelte Kompensation ungenügender Noten) zur Anwendung, was zu vermehrten Misserfolgen führte. Die SLK hat die kantonale Umsetzung des MAR im Führungsbereich (SLK), bei der Lehrerschaft (Kantonal-konferenz der GLK) und bei der Schülerschaft (Fragebogenerhebung) evaluiert. Die Zustimmung zum neuen System ist in allen drei Kreisen relativ gross; insbesondere wird die Maturaarbeit begrüsst. Die SLK wird 2005 der Direktion Bericht erstatten und Änderungen in Einzelfragen beantragen.
Nr. 6.01.16	Weiterentwicklung der DMS-3 / Fachmittelschule (FMS) Anpassung der DMS-3 an die veränderte Bildungslandschaft, insbesondere im Hinblick auf die Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe II und die Bildungsanschlüsse auf der Tertiärstufe (höhere Fachschulen, Fachhochschulen). Neue Studentafel samt Lehrplan. Der Bildungsrat wird im Januar 2004 über eine neue Studentafel und den Lehrplan für die DMS-3 beschliessen. Geplant ist deren Einführung auf Schuljahresbeginn.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.12 Mio. (2503)	Die FMS ist mit kantonsweit 18 ersten Klassen (gegenüber durchschnittlich 11 in der DMS-3) im August 2004 gut gestartet. Die Orientierungsveranstaltungen zu den Berufsfeldern verliefen sehr erfolgreich und werden von den FMS-Schülerinnen und -Schülern als Hilfe bei der Wahl des richtigen Berufsfeldes im 2. und 3. Ausbildungsjahr ausserordentlich geschätzt.

Nr. 6.01.17	Handlungsorientiertes und dialogisches Lernen in komplexen gymnasialen Lehr- / Lernumgebungen: Beteiligung des Gymnasiums Münchenstein Das von der Universität Zürich angeleitete Projekt hat zum Ziel, die Wirksamkeit des gymnasialen Unterrichts durch Instrumente der handlungsorientierten und dialogischen Didaktik zu verbessern. Das Projekt ist ein Beitrag zur Förderung des eigenständigen Lernens und der Lerndokumentation. Am Projekt, das im Schuljahr 2004/2005 durchgeführt wird, beteiligen sich rund zwölf Lehrpersonen des Gymnasiums Münchenstein. Es sollen im Unterricht Lehr- und Lernstrategien eingeführt und eingeübt werden, welche die Eigentätigkeit der Schülerinnen und Schüler begünstigen. Durch eine handlungsorientierte und dialogische Steuerung sollen bei der Vermittlung des Lernstoffes zugleich das Vorwissen, die Erfahrungen und die Interessen der Schülerinnen und Schüler genutzt und so die Dynamik der Eigentätigkeiten in der Klasse erhöht werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.04 Mio. (2503)	Die Zusammenarbeit mit der Abteilung für das Höhere Lehramt der Universität Zürich gestaltet sich niedrigschwellig und ermöglicht rasche Beratung und Unterstützung im Einsatz der Instrumente in den Klassen der beteiligten Lehrkräfte. Einen Gewinn stellen auch die Kontakte zu anderen Gymnasien (Kantonsschulen Rämibühl / ZH und Zug) dar, die ebenfalls Formen der handlungsorientierten und dialogischen Steuerung des Unterrichts praktizieren.
Sonderschulung			
Nr. 6.01.18	Sonderschulkonzept Das Sonderschulkonzept wird überarbeitet, das Projekt Gruppenintegration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung wird intensiv weiter verfolgt.	Finanzielle Auswirkungen 2004: Laufende Rechnung	Auf das Schuljahr 2004 / 2005 wurde in Duggingen eine erste Integrationsklasse eröffnet, die von den Heilpädagogischen Schulen Baselland gemeinsam mit der Primarschule Duggingen geführt wird. Die Arbeiten am Sonderschulkonzept werden 2005 aufgenommen, weil der Entscheid über die neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen abgewartet wurde. Ab 2008 wird die Sonderschulung mit dem Rückzug der IV alleinige Kantonsaufgabe.
Jugendhilfe			
Nr. 6.01.19	Pflegefamiliendienst Der Pflegefamiliendienst nimmt seine Tätigkeit auf.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.15 Mio. (bereits 2003 im Budget)	Der Pflegefamiliendienst beider Basel hat im September seine Tätigkeit aufgenommen. Die Vorlage über die Revision des Pflegekinderrechtes ging in die Vernehmlassung.

	Behindertenhilfe		
Nr. 6.01.20	Wohnheim Bubendorf In Bubendorf soll durch eine private Trägerschaft der Bau des Wohnheimes für Körperbehinderte realisiert werden.	Projektbegleitung kosten ca. 0.05 Mio.	Das definitive Projekt wird Anfang 2005 eingereicht. Die Fertigstellung verzögert sich deshalb.
Nr. 6.01.21	Wohnheim Laubiberg Das Wohnheim Laubiberg projektiert einen Neubau und eventuell eine Erweiterung durch die private Trägerschaft. Die Wahl des Standortes sowie ein Vorprojekt sollen realisiert werden.	Projektbegleitung kosten ca. 0.05 Mio.	Die Projektanmeldung für den Neubau Laubiberg ist eingereicht. Vorgesehen ist ein Neubau in Sissach mit 24 Wohnplätzen, 36 Beschäftigungsplätzen und zwei in ein normales Wohnumfeld integrierten Aussengruppen mit je 6 Plätzen.
Nr. 6.01.22	Alters- und Pflegeheime Ein Betreuungsprojekt für jüngere Menschen mit Behinderungen in Alters- und Pflegeheimen (offene Trägerschaft) wird konkretisiert.	Projektbegleitung kosten ca. 0.05 Mio.	In Zusammenarbeit mit der Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden wird ein Projekt für eine Wohngruppe für 12 Menschen mit Behinderungen in Birsfelden erarbeitet. Die Projektanmeldung beim Bundesamt für Sozialversicherung ist bereits erfolgt. Bei planmässigem Ablauf sollte das Projekt 2006 realisiert sein.
	Berufsbildung		
Nr. 6.01.23	Lehrstellen Erhalt bisheriger Lehrstellen Sicherung des bedarfsgerechten Lehrstellenangebotes Schaffung neuer Lehrstellen Es werden - gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Basel-Landschaft - per Sommer 2004 15 neue Lehrstellen mit Verbundlösung geschaffen (Leistungsauftrag an die Wirtschaftskammer Basel-Landschaft). Schaffung neuer Lehrstellen für schulisch schwächere Jugendliche Per Sommer 2004 wird die Attestausbildung im kaufmännischen Bereich als Pilotprojekt mit Basel eingeführt. Per Sommer 2005 wird die Attestausbildung bei den Verkaufsberufen angeboten. Optimale Bewirtschaftung des Lehrstellenangebotes Die Erfahrungen mit dem Einsatz eines Lehrstellenvermittlers sind ausgewertet, Massnahmen eingeleitet. Falls sich der Einsatz eines Vermittlers gelohnt hat, wird dies auch per Frühjahr 2004 geschehen.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.11 Mio. Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.05 Mio.	Durch verschiedene Massnahmen konnte das Lehrstellenangebot wie auch die Anzahl der abgeschlossenen Lehrverträge erhöht werden. Bei der Wirtschaftskammer wurden die 15 vorgesehenen Lehrstellen geschaffen. Die Attestausbildungen im Detailhandel (für schulisch eher schwächere Jugendliche) werden per Sommer 2005 angeboten. Der eingesetzte Lehrstellenvermittler (Junior Job Service) konnte rund 50 Jugendliche in Lehrstellen oder andere Anschlusslösungen vermitteln. Er soll künftig bei der Jugendberatungsstelle "wie weiter?" in Birsfelden angesiedelt werden.

Nr. 6.01.24	Berufe im Gesundheitswesen Einführung des neuen Lehrberufes "Fachangestellte/r Gesundheit" gemeinsam mit Basel-Stadt Per Sommer 2004 starten 60 Lehrlinge mit der neuen Ausbildung. Attestausbildung Gesundheit Ausarbeitung des Konzeptes für eine zweijährige Ausbildung; Vorbereitung des Pilotprojektes (2005).	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.09 Mio. (2503) Neuer Schulraum	Die Ausbildung zur Fachangestellten Gesundheit (FAGE) konnte im Sommer 2004 in neuen Schulräumen im Spengler Areal in Münchenstein mit 60 Jugendlichen gestartet werden. Im Sommer 2005 wird mit der Nachholbildung von der Pflegeassistenz zur FAGE-Ausbildung und mit der lehrbegleitenden Berufsmaturität Gesundheit gestartet. Für die Attestausbildung im Bereich Gesundheit werden die Vorgaben des Bundes erst im Jahr 2008 erwartet.
Nr. 6.01.25	Ausbildungsgänge Einführung der Modularausbildung für die Ausbildung zur Informatikerin und zum Informatiker Per Sommer 2004 starten die ersten Klassen mit der neuen Ausbildung. Die Lehrkräfte an der Berufsschule Muttenz sind geschult, können am Ende der Module Prüfungen abnehmen. Realisierung der neuen Verkaufsausbildung Vorbereitung der neuen Ausbildung im Verkauf. Die Betriebe werden durch einen Projektleiter beraten und gecoacht.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.1 Mio. Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.03 Mio.	Die Einführung der modularen Ausbildung zum Informatiker und zur Informatikerin ist auf Sommer 2005 verschoben worden. Die Vorbereitungen haben gemäss Vorgaben des Umsetzungsteams begonnen. Die neue Ausbildung im Verkauf gemäss neuem Berufsbildungsgesetz wird per Sommer 2005 aufgenommen. Ein Projektleiter schult und berät die Betriebe, damit das Lehrstellenangebot gehalten werden kann.
Tertiäre Bildung			
Nr. 6.01.26	Fachhochschule beider Basel (FHBB) Die Höhe des Beitrages des Kantons an das Globalbudget der Fachhochschule beider Basel (FHBB) muss bestimmt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Globalbeitrag 2004 wurde auf dem Niveau von 2003 eingefroren. Im Rahmen der Sparbemühungen wurde zudem vereinbart, dass die FHBB im Jahr 2004 0.857 Mio. aus Einnahmen der Interkantonalen Vereinbarungen (FHV, RSA) an die Trägerkantone zurückführt. Der Nettobeitrag BL an die FHBB für 2004 beträgt 23.183 Mio. (65% der Trägerbeiträge).

Nr. 6.01.27	Fachhochschule beider Basel (FHBB) / Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Für die Prüfung und Vorbereitung einer Fusion der FHBB und der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB) mit der Fachhochschule Aargau (FHA) und der Fachhochschule Solothurn (FHSO) zur Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) soll ein Planungskredit zur Verfügung gestellt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004: Noch offen	Die Regierungen der vier Kantone AG, BL, BS und SO haben sich im Mai auf eine gemeinsame Vernehmlassungsvorlage geeinigt und das Vernehmlassungsverfahren zur FHNW durchgeführt. Nach Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse konnten im September / Oktober Staatsvertrag und Vorlage bereinigt und im November von den Regierungen zuhanden der Parlamente genehmigt werden (Vorlage 2004 / 284). Im August wurde der Gesamtprojektleiter FHNW gewählt und im November wurden die Projektleitungen der Fachbereiche bestimmt, welche das Projekt auf der operativen Ebene weiter vorantreiben. Die Projektarbeiten im Jahr 2004 wurden von den beteiligten Fachhochschulen finanziert.
Nr. 6.01.28	Fachhochschule beider Basel (FHBB) / Hochschule für Gestaltung und Kunst Auch für eine Machbarkeitsstudie für die Umnutzung eines Gebäudes für die Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) der FHBB braucht es einen Planungskredit (partnerschaftliches Geschäft). Total: Fr. 175'000.- (Konto 2320.18.20-000)	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.175 Mio.	Der Planungskredit wurde aus dem Kantonsbudget 2004 gestrichen. Der Planungskredit wurde deshalb aus Mitteln der FHBB vorfinanziert. Die Machbarkeitsstudie liegt vor.
Nr. 6.01.29	Fachhochschule beider Basel (FHBB) / Internationale Zusammenarbeit Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit am Oberrhein soll der Trinationale Bachelor- und Masterstudiengang Bauingenieurwesen, Bau und Umwelt, realisiert werden. (Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB: 2002/095) Total: Fr. 478'000.- (Konto 2005.367.00 Interreg III, LKA)	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.1 Mio.	Die Tranche 2004 (0.1 Mio.) wurde ausbezahlt. Der dritte Studienjahrgang konnte plangemäss im Herbst 2004 gestartet werden.
Nr. 6.01.30	Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB) Gründung der HPSA-BB (falls im November 2003 ein positiver Volksentscheid resultiert). Überführung des Personals des Seminars, des Pädagogischen Institutes Basel (PI) und der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel (FHS-BB). Planung der Integration der HPSA-BB in die FHNW weiter verfolgen. Ein neuer Standort wird geplant. Der Beitrag des Kantons an das Globalbudget muss bestimmt und verabschiedet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 13.6 Mio. Planungskredit Neubau	Das Jahr 2004 war das erste Jahr der HPSA-BB, die an den internen Fusionsprozessen zu arbeiten hatte. Zur Überführung des Personals musste der Kanton die Grundlagen schaffen, ein Entwurf für ein FH-Dekret wurde ausgearbeitet und in die Vernehmlassung geschickt. Der Hochschulrat hat den Trägern einen Raumbericht mit Anforderungen an einen Neubau übergeben. Das Globalbudget ist auf dem Stand der Vorlage 2001 / 309 eingefroren.

Nr. 6.01.31	Universität Basel Gemäss strategischer Planung des Universitätsrates werden die Reformbemühungen weiter verfolgt; die Verhandlungsrunde über die Weiterentwicklung des Universitätsvertrages wird abgeschlossen; der Beitrag des Kantons an die Universität Basel muss festgelegt werden. Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB (partnerschaftliches Geschäft).	Finanzielle Auswirkungen 2004: 89 Mio. indexiert	Strategische Planung: Der Universitätsrat hat den Regierungen von BS und BL einen Bericht und einen Antrag für die Leistungsvereinbarung 2005 - 2008 vorgelegt ("Portfoliobericht"). Weiterentwicklung des Universitätsvertrags: Für 2007 wird die gemeinsame Trägerschaft der Universität angestrebt (Abschluss der Verhandlungen im 2. Quartal 2005; Parlamentsvorlage für 2006 vorgesehen). Für 2005 beantragt der Regierungsrat dem Landrat zusätzlich zum Beitrag gemäss Universitätsvertrag einen Sonderbeitrag von 3 Mio. an die Universität (dito in BS); vgl. Vorlage 2004 / 267.
Nr. 6.01.32	Universität Basel Über den Unterhalt der von der Universität Basel genutzten Liegenschaften sollen ein Vertrag abgeschlossen und ein Fonds eingerichtet werden. Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB (partnerschaftliches Geschäft): Total: Fr. 14 Mio. Budget 2004: Fr. 7 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 7 Mio.	Der Immobilienfonds ist eingerichtet und mit den vorgesehenen Mitteln dotiert worden (Immobilienvertrag, vgl. Vorlage 2003 / 229 und LRB vom 5. Februar 2004).
	Institut für Systembiologie (neu) Aufbau eines Institutes für Systembiologie: Bildung von ersten Forschungsgruppen (vgl. Landratsvorlage 2003 / 275)	Finanzielle Auswirkungen 2004: Budget 0.75 Mio.	Der Aufbau hat sich wegen der Sicherung der Mittelzusprache von Seiten des Bundes etwas verzögert. Die ersten Forschungsgruppen werden 2005 eingesetzt. Der Standort ist bestimmt worden (Miet- / Übergangslösung im Syngenta-Areal). Auszahlungstranche 2004: 0.5 Mio., Übertragung von 0.25 Mio. auf das Folgejahr.
	Erwachsenenbildung		
Nr. 6.01.33	Fachstelle Erwachsenenbildung Die neue Fachstelle soll sich etablieren und die Koordinationsmöglichkeiten in der Erwachsenenbildung sichten und deren Realisierung an die Hand nehmen.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Es wurde ein Mandat "Konzept Weiterbildung BL" initiiert und ausgearbeitet. Das Projekt ist angelaufen. Das Bewerten und Selektieren von inhaltlichen Zielvarianten ist im Gange und wird bis Sommer 2005 abgeschlossen sein. 4 von 6 Leistungsvereinbarungen mit den zu unterstützenden Institutionen sind für die nächsten 4 Jahre gegenseitig unterzeichnet.

	Integration		
Nr. 6.01.34	Förderung von Bildungsprojekten Die Arbeit im Integrationsbereich wird vor allem über die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Ausländerdienst Baselland (ALD BL) verfolgt. Öffentlichkeitsarbeit und Projektarbeit werden meistens partnerschaftlich mit dem Kanton Basel-Stadt und dem Bund betrieben. Für das Baselbiet ist hierfür das Forum für Integrationsfragen eine ganz wichtige Schnittstelle. Hier werden Projekte gebündelt und geprüft und allenfalls über den Lotteriefonds subsidiär unterstützt. Das Ziel bleibt eine qualitativ gute und niederschwellig zugängliche Sprachförderung für Zielgruppen zu fördern, die durch die bestehenden Angebote nur ungenügend erreicht werden. Bildungsprojekte wie "Connectica" für Frauen mit Kleinkindern und "Sugal con Chili" für neu nachgezogene, nicht mehr schulpflichtige Jugendliche sollen dementsprechend gefördert und ausgebaut werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004: Lotteriefonds: 0.35 Mio. Neu und 0.1 Mio. für "Connectica".	Die Leistungsvereinbarung mit dem Ausländerdienst Baselland (ALD) wurde Ende 2004 überarbeitet und bis 2007 verlängert. Die Öffentlichkeitskampagne "Tatsachen gegen Vorurteile" wurde partnerschaftlich mit dem Kanton Basel-Stadt und dem Bund betrieben. Die Sprachförderungsprojekte "Connectica" und "Sugal con Chili" wurden erfolgreich durchgeführt. Das Ziel, eine qualitativ gute und niederschwellig zugängliche Sprachförderung für Migrantinnen und Migranten zu fördern, wurde erreicht.

Nr. 6.02	Programmpunkt Kultur Strategische Zielsetzungen Römerstadt Augusta Raurica Zentrale Elemente der Arbeit in der Römerstadt Augusta Raurica sind die Planung des neuen Museums, die Weiterführung der Sanierung des Theaters sowie die Fertigstellung einer Gesamt- und Masterplanung. Archäologie und Kantonsmuseum Die grössten Projekte betreffen den Beginn der Auswertung der Grossgrabung Lausen, die Sicherung und Erschliessung des archäologischen Fundstellenarchivs sowie das Konzept für die neuartige Dauerausstellung "Fenster in die Sammlungen". Neue Kantonsbibliothek Das Buch- und Medienangebot wird im Hinblick auf die Eröffnung der neuen Kantonsbibliothek schrittweise ausgebaut. Mit der Einführung des Bibliothekspasses beider Basel wird eine einfache und unbürokratische Nutzung aller öffentlichen Bibliotheken in Basel-Stadt und Basel-Landschaft ermöglicht. Der Bibliothekspass ist für die Umsetzung der bisherigen Bibliothekspolitik sehr wichtig, weil erst mit der Nutzung verschiedener Bibliotheken mit unterschiedlichen Aufgaben (Hochschulbibliotheken, Kantonsbibliotheken, Gemeindebibliotheken) das ganze Angebot sinnvoll genutzt werden kann. Es ist ein partnerschaftliches Projekt mit dem Kanton Basel-Stadt. Kulturelles Auf der Basis des Dossiers "kultur.bl" sollen dessen Ziele und Programme realisiert werden.	Amtsbericht 2004
----------	--	------------------

Nr. 6.02.01	Römerstadt Augusta Raurica Neubau Römermuseum / Römer-Stadt-Portal Für den Neubau wird ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben, die Vorlage für den Planungskredit an den Landrat ist für zweite Jahreshälfte vorgesehen (die Federführung liegt bei der BUD / Hochbauamt).	Finanzielle Auswirkungen 2004: im Budget Hochbauamt	Die Planung wurde für zwei Jahre sistiert. Diese Zeit soll für die Schaffung der raumplanerischen Voraussetzungen genutzt werden.
-------------	--	--	--

Nr. 6.02.02	Sicherung des Bildarchivs der Römerstadt Augusta Raurica Rund 230'000 Fotos, die originalen Bilddokumente der Römerstadt, werden durch die in kleine Tranchen etappierte Digitalisierung langfristig gesichert; ebenso sollen die Massnahmen des Monumenten-Schadenskatasters greifen sowie die langfristige konservatorische Sicherung der Fundgegenstände in den Depots der Römerstadt realisiert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2004: keine Mehrkosten dank Etappierung, Finanzierung über die Laufende Rechnung	Die Sicherungsarbeiten laufen plangemäss.
Nr. 6.02.03	Gesamtplanung Römerstadt Augusta Raurica / Masterplan Das Archäologiegesetz wird umgesetzt: Schaffung einer archäologischen Schutzzone, Anpassungen in den Zonenplänen (die Federführung liegt beim Amt für Raumplanung), gestalterische Massnahmen und Eintragungen in die Grundbücher (Bezirksschreiberei).	Finanzielle Auswirkungen 2004: Keine Mehrkosten im Budget des Hochbauamtes	Die Abstimmung mit dem Kantonalen Richtplan und dem Spezialrichtplan Salina Raurica ist erfolgt. Die Voraussetzung für den kantonalen Nutzungsplan sind gegeben, aber noch nicht umgesetzt. Die Gesamtplanung Augusta Raurica steht vor dem Abschluss.
Nr. 6.02.04	Gästeservice Incoming Services im touristischen Sinne verbessern die Dienstleitungen für die Besucherinnen und Besucher.	Finanzielle Auswirkungen 2004: keine Mehrkosten, Finanzierung über Laufende Rechnung	Der Gästeservice ist etabliert und hat sich im Verlaufe der Saison bestens bewährt. Die Kundenzufriedenheit konnte wiederum gesteigert werden.
Nr. 6.02.05	Grossgrabung Augst Aufgrund eines eingegangenen Baugesuches wird die Grossgrabung Olloz begonnen (Dauer: 2004 - 2006).	Finanzielle Auswirkungen 2004: keine Mehrkosten, Finanzierung über Laufende Rechnung	Die 1. Etappe der Notgrabung wurde plangemäss durchgeführt. Die ausserordentlichen Befunde eines herrschaftlichen Stadthauses überstiegen die Erwartungen bei Weitem. Ein Gutachten der Eidg. Kommission für Denkmalpflege wurde vom Regierungsrat bestellt. Davon wird abhängen, ob die Entdeckung zerstört oder geschützt wird.
Nr. 6.02.06	Der Schatz - Das römische Silber aus Kaiseraugst neu entdeckt Erstmals wird der grösste spätantike Silberschatz Europas in seiner Gesamtheit im Jahre 2004 präsentiert, das Restaurierungs- und Auswertungsprojekt wird abgeschlossen (Finanzierung durch den Kanton Aargau infolge Erbgang 18 zusätzlicher Silberplatten).	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.1 Mio.	Die Silberschatzausstellung wurde bis Ende Dezember von rund 68'000 Besucherinnen und Besuchern gesehen. Ebenso waren die Begleitveranstaltungen - unter anderem mit der Volkshochschule - ein grosser Erfolg. Das Medienecho in der Schweiz, aber auch im angrenzenden Ausland war beachtlich.

	Archäologie und Kantonsmuseum		
Nr. 6.02.07	Erhaltung und neue Nutzung der römischen Villa Munzach Erarbeitung einer Landratsvorlage für die Sanierung und das Nutzungskonzept der römischen Villa, inkl. Restaurierung der Mosaiken und archäologischen Sondierungen, in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Das Geschäft "Munzach" wird in einem Gesamtpaket mit dem Punkt 6.02.10 weiterverfolgt, da angesichts der Volumina grundsätzliche Fragen zu beantworten sein werden.
Nr. 6.02.08	Auswertung der Grossgrabung Lausen Die verschobene erste Etappe der Auswertungsarbeiten wird in Angriff genommen.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.25 Mio.	Die Regierung hat es abgelehnt, die Vorlage an den Landrat weiterzuleiten. Damit ist es nicht möglich, eine archäologische Grabung von internationaler Bedeutung auszuwerten und die Resultate der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
Nr. 6.02.09	Sicherung und Erschliessung des archäologischen Fundstellenarchivs Erarbeitung einer Landratsvorlage, um das bisher ungesicherte Archiv langfristig vor Verlust, Fotos zusätzlich vor Farbverlust, zu bewahren. Im Arbeitsgang der Sicherung erfolgt zugleich die Erfassung der Dokumente in einem digitalen Archiv, das in Zukunft zum neuen Standard werden soll. Inangriffnahme der ersten von drei Jahresetappen.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.61 Mio.	Aus finanziellen Gründen ist das Projekt so gut wie "gestorben". Es ist festzuhalten, dass ein einmaliger und nicht ersetzbarer Bestand an Quellenmaterial nicht gesichert ist und Teile davon zunehmend zerfallen.
Nr. 6.02.10	Sanierung kantonseigener Burgruinen Die kantonseigenen Ruinen Homburg und Pfeffingen sind sanierungsbedürftig und stellen zum Teil bereits heute eine Gefährdung für die zahlreichen Besucherinnen und Besucher dar. Im nächsten Jahr müssen die Sanierungskonzepte erarbeitet werden, die danach zur Umsetzung gelangen sollten. Die Sanierung der Homburg wird zuerst vorgesehen (2004 - 2007), Pfeffingen folgt später.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Im Berichtsjahr wurde als Grundlage für die Ausarbeitung eines Projektes ein Schadenskataster aufgenommen und erste Kostenschätzungen erstellt. Es wurde eine Begehung mit einem Experten des Bundes durchgeführt.
Nr. 6.02.11	Neue Dauerausstellung Erarbeitung eines Konzeptes für die Dauerausstellung «Fenster in die Sammlungen» im Untergeschoss des Museums.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Planungen für die Ausstellung "Fenster in die Sammlungen" mussten wegen personeller Engpässe zugunsten der Vorbereitung der Ausstellung "Alter" etwas reduziert werden.
	Kantonsbibliothek		
Nr. 6.02.12	Bibliothekspass Technologisch sowie betrieblich wird ein Konzept für den Bibliothekspass erarbeitet, die Frage der Trägerschaft geklärt.	Finanzielle Auswirkungen 2004: Lotteriefonds	Der Bibliothekspass beider Basel konnte aus personellen Gründen nicht weiter vorangebracht werden.

Nr. 6.02.13	Bibliothekstechnik Die neue Kantonsbibliothek muss mit zeitgemässer Bibliothekstechnik ausgestattet werden. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 023 Total: Fr. 1'455'000.- (Konto 2562.311.80) Budget 2004: Fr. 705'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.705 Mio.	Die Ausstattung erfolgt in reduzierter Form.
Nr. 6.02.14	Buch- und Medienangebot Das Buch- und Medienangebot und die Dienstleistungen werden wie vorgesehen mit dem Neubau schrittweise ausgebaut. (Landratsvorlage 2002 / 023).	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.36 Mio.	Der Ausbau erfolgt in reduzierter Form.
	Kunst- und Kulturförderung		
Nr. 6.02.15	basel sinfonietta Der Subventionsvertrag mit der basel sinfonietta wird realisiert. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit (in Vorbereitung) Total: Fr. 650'000.- (Konto 2581 36590) Budget 2003: Fr. 345'000.- (bewilligt)	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.305 Mio.	Das Vorhaben kann wegen der Gutheissung des Referendums gegen die Vorlage zur Subventionierung der basel sinfonietta im September 2004 nicht realisiert werden.
Nr. 6.02.16	Stadtkino – Landkino Das Stadtkino Basel und das Landkino Liestal fusionieren im Rahmen der partnerschaftlichen Kooperation Basel-Stadt / Basel-Landschaft.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Das Vorhaben wurde erfolgreich realisiert.
Nr. 6.03	Programmpunkt Sport Strategische Zielsetzungen Kantonales sportpolitisches Konzept Das kantonale sportpolitische Konzept beinhaltet die Zielsetzungen der kantonalen Sportpolitik. Hauptziel: Mehr Personen sollen zu regelmässiger körperlicher Bewegung animiert werden. Zentrale Pfeiler im sportpolitischen Konzept sind die allgemeine Bewegungs- und Sportförderung und neue Akzente im Schulsport. Förderung des Leistungssportes Der Kanton optimiert die Angebote in der Leistungssportförderung im Bereich der Sportklassen, Lehrstellen und Zusatzaktivitäten.		Amtsbericht 2004

Nr. 6.03.01	Definitive Einführung der Sportklassen auf der Sekundarstufe I	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.15 Mio.	Am 18. September 2003 hatte der Landrat den "Bericht über den Sportklassenversuch auf der Sekundarstufe I" (2003 / 136) vom 10. Juni 2003 zur Kenntnis genommen. Da mit dem neuen Bildungsgesetz die gesetzlichen Grundlagen zur Führung von Sportklassen gegeben sind, konnte die Sportklasse definitiv eingeführt werden.
Nr. 6.03.02	Finanzierungsverhältnis Bund - Kanton bei Jugend + Sport Der Bund will im Rahmen der Sparmassnahmen auf den Förderbeitrag an die Kantone für Jugend + Sport verzichten, und kürzt deshalb in einem ersten Schritt den Förderbeitrag an die Kantone auf 70 Prozent.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.035 Mio.	Der Fehlbetrag wurde im Budget des Sportamtes mit verschiedenen Einsparungen und durch die Erhöhung von Teilnehmerbeiträgen für Kurse aufgefangen.
Nr. 6.03.03	Allgemeine Bewegungs- und Sportförderung Erste Aktionen für bisher Inaktive sollen Bewegung bringen.	Finanzielle Auswirkungen 2004: 0.15 Mio. (Verpflichtungs- kredit)	Da die Landratsvorlage "Konzept für Bewegung und Sport" dem Regierungsrat und dem Parlament noch nicht vorgelegt wurde, konnten noch keine der vorgesehenen Massnahmen zur Förderung von Bewegungsinaktiven durchgeführt werden.

Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichtes 2004 des Regierungsrates.

Liestal, 1. Februar 2005

Im Namen des Regierungsrates:

Der Präsident: Adrian Ballmer

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Beilagen: Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

 Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat im Jahr 2004 die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet:

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2003/310	Interpellation der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Polizeieinsatz gegen den Allpack-Streik	beantwortet	11/12/2003
2003/127	Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2003: Der öffentliche Raum muss wieder attraktiv werden!	beantwortet	15/01/2004
2003/261	Interpellation von Daniel Münger vom 30. Oktober 2003: Auslagerung Reinigungsdienst UKBB	zurückgezogen	15/01/2004
2003/201	Interpellation von Eugen Tanner vom 4. September 2003: Ausbau St. Jakob-Park	beantwortet	15/01/2004
2003/264	Interpellation von Remo Franz vom 30. Oktober 2003: Baselbieter Bussen sind Spitze	beantwortet	22/01/2004
2003/223	Interpellation von Jürg Degen vom 18. September 2003: Gewalt gegen alte Menschen	beantwortet	22/01/2004
2003/163	Interpellation der FDP-Fraktion vom 1. Juli 2003: Höhere Gebühren in der KVA Basel. Schriftliche Antwort vom 4. November 2003	erledigt	22/01/2004
2003/226	Interpellation von Urs Hess vom 18. September 2003: Einladungspraxis bei Submissionen im Bauhaupt- und im Baunebengewerbe. Schriftliche Antwort vom 16. Dezember 2003	erledigt	22/01/2004
2003/265	Interpellation von Madeleine Göschke vom 30. Oktober 2003: Basler Regierung verschärft Massnahmen gegen den illegalen Verkauf von Alkopops an Kinder	beantwortet	22/01/2004
2003/128	Interpellation von Dieter Musfeld vom 22. Mai 2003: Brandschutztore im Belchentunnel	beantwortet	22/01/2004
2003/158	Interpellation von Roland Bächtold vom 19. Juni 2003: Personalrekrutierung nur noch via Arbeitsamt	beantwortet	05/02/2004
2003/157	Interpellation von Peter Zwick vom 19. Juni 2003: Flüssiges Chlorgas in Gartenbädern und Hallenbädern. Schriftliche Antwort vom 26. August 2003	erledigt	05/02/2004
1997/217	Interpellation von Paul Schär vom 30. Oktober 1997: Engere kantonale Zusammenarbeit. Schriftliche Antwort vom 11. November 2003	erledigt	19/02/2004
2004/005	Interpellation von Regula Meschberger vom 15. Januar 2004: Pensionskassenversicherung für Lehrkräfte an den Musikschulen im Kanton Basel-Landschaft	beantwortet	18/03/2004

2003/317	Interpellation von Esther Maag vom 10. Dezember 2003: Was ist los mit der PKBL? Schriftliche Antwort vom 9. März 2004	erledigt	18/03/2004
2004/062	Interpellation der SP-Fraktion vom 18. März 2004: Pratteln ohne Zu(g)kunft?	beantwortet	18/03/2004
2004/063	Interpellation der SVP-Fraktion vom 18. März 2004: Schliessungsentscheid Bombardier - Konsequenzen der Regierung	beantwortet	18/03/2004
2004/064	Interpellation der FDP-Fraktion vom 18. März 2004: "Schliessung Bombardier-Werk Pratteln"	beantwortet	18/03/2004
2004/065	Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 18. März 2004: Schliessung des Bombardier-Produktionsstandortes Pratteln	beantwortet	18/03/2004
2004/066	Interpellation der FDP-Fraktion vom 18. März 2004: Gegen Zollschikanen der EU	beantwortet	18/03/2004
2004/089	Interpellation der FDP-Fraktion vom 1. April 2004: Erweiterung Versorgungsgebiet für den Regionalfernsehsender "Nordwest 5"	beantwortet	01/04/2004
2003/315	Interpellation von Eva Chappuis vom 10. Dezember 2003: Nacht- und Sonntagsarbeit. Schriftliche Antwort vom 10. Februar 2004	erledigt	01/04/2004
2003/242	Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Ausbau bei den Privatspitälern	beantwortet	01/04/2004
2003/233	Interpellation von Madeleine Göschke vom 16. Oktober 2003: Wettrüsten im Spitalsektor	beantwortet	01/04/2004
2003/198	Interpellation der SP-Fraktion vom 4. September 2003: Luftreinhalteplan: Konsequenzen aus dem heissen Sommer	beantwortet	01/04/2004
2004/018	Interpellation von Robert Ziegler vom 5. Februar 2004: Gefährdungspotential des AKW's Fessenheim	beantwortet	01/04/2004
2004/088	Interpellation der SP-Fraktion vom 1. April 2004: Wo bleibt die Task Force?	beantwortet	01/04/2004
2003/200	Interpellation der FDP-Fraktion vom 4. September 2003: Zusammenschluss der Medizinischen Fakultäten Basel und Bern. Schriftliche Antwort vom 2. Dezember 2003	erledigt	01/04/2004
2003/199	Interpellation von Röbi Ziegler vom 4. September 2003: Kundenzufriedenheit im Spital. Schriftliche Antwort vom 27. Januar 2004	erledigt	01/04/2004
2003/285	Interpellation der Grüne-Fraktion vom 13. November 2003: Engpässe Notfallstation am Kantonsspital Liestal. Schriftliche Antwort vom 27. Januar 2004	erledigt	01/04/2004
2003/314	Interpellation von Urs Hintermann vom 10. Dezember 2003: Geplantes Einkaufszentrum in Aesch. Schriftliche Antwort vom 6. April 2004	erledigt	22/04/2004
2004/052	Interpellation von Simone Abt vom 19. Februar 2004: Elektrosmog durch das UMTS-Netz im Baselbiet	beantwortet	22/04/2004
2003/302	Interpellation von Eric Nussbaumer vom 27. November 2003: Werbung von Regierungsräten/innen für private Unternehmen. Schriftliche Antwort vom 3. Februar 2004	erledigt	22/04/2004
2003/243	Interpellation von Etienne Morel vom 16. Oktober 2003: Prävention für Jugendsuizid im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 27. Januar 2004	erledigt	22/04/2004

2003/263	Interpellation von Ivo Corvini vom 30. Oktober 2003: Persönlichkeitsschutz von Pflegeheimbewohnern bei der Datenerhebung zwecks Krankenversicherungsleistung	beantwortet	22/04/2004
2003/318	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 10. Dezember 2003: Vereinbarung über Standort von Mobilfunkantennen. Schriftliche Antwort vom 17. Februar 2004	erledigt	22/04/2004
2003/304	Interpellation von Georges Thüring vom 27. November 2003: Gebührenerhöhung der KVA Basel: Wie ernst werden wir Baselbieter in Basel genommen?. Schriftliche Antwort vom 10. Februar 2004	erledigt	22/04/2004
2003/306	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 27. November 2003: Deponie Roemisloch in Neuwiller (F): Tümpelbeseitigung. Schriftliche Antwort vom 30. März 2004	erledigt	22/04/2004
2003/225	Interpellation der SVP-Fraktion vom 18. September 2003: Impulsprogramm "Familie und Beruf" harzt. Schriftliche Antwort vom 25. November 2003	erledigt	22/04/2004
2004/034	Interpellation von Peter Zwick vom 5. Februar 2004: Verteilung der ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs. Schriftliche Antwort vom 23. März 2004	erledigt	22/04/2004
2003/283	Interpellation von Romy Anderegg vom 13. November 2003: Problematik Tunnel Schweizerhalle und Schänzli-tunnel. Schriftliche Antwort vom 20. Januar 2004	erledigt	22/04/2004
2003/241	Interpellation von Hans Jermann vom 16. Oktober 2003: Umsetzung der Tierschutzgesetzgebung. Schriftliche Antwort vom 13. Januar 2004	erledigt	22/04/2004
2003/305	Interpellation von Peter Zwick vom 27. November 2003: Kantonale Aufsicht über die Gemeindefinanzen. Schriftliche Antwort vom 17. Februar 2004	erledigt	06/05/2004
2004/076	Interpellation von Christine Mangold vom 18. März 2004: FHNW - wo stehen wir?	beantwortet	06/05/2004
2003/286	Interpellation von Madeleine Göschke vom 13. November 2003: Krankenkassenprämien-Verbilligung dem Prämienschub anpassen	beantwortet	06/05/2004
2004/114	Interpellation von Peter Holinger vom 6. Mai 2004: Sicherheit und Ordnung an Bahnhöfen	beantwortet	06/05/2004
2003/284	Interpellation von Elisabeth Schneider vom 13. November 2003: Übergangsregelung für die Abrechnung der Steueranteile beim neuen Finanzausgleich. Schriftliche Antwort vom 9. Dezember 2003	erledigt	06/05/2004
2004/111	Interpellation von Peter Küng vom 6. Mai 2004: Gewalt am Bahnhof Liestal	beantwortet	06/05/2004
2004/032	Interpellation der FDP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Universität Basel: stimmt der eingeschlagene Weg?. Schriftliche Antwort vom 27. April 2004	erledigt	06/05/2004
2004/113	Interpellation der SVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Sicherheitslage Bahnhof Liestal: Die Bevölkerung hat Anspruch auf Sicherheit und Information	beantwortet	06/05/2004
2004/112	Interpellation von Eva Gutzwiller vom 6. Mai 2004: Mehr Sicherheit am Bahnhof Liestal	beantwortet	06/05/2004
2003/303	Interpellation von Annemarie Marbet vom 27. November 2003: Raumbedarf am Gymnasium Liestal 4 Klassen ab Schuljahr 2004 / 2005	beantwortet	06/05/2004
2004/075	Interpellation von Karl Willmann vom 18. März 2004: Vorsichtsmassnahmen bei Terrorgefährdung	beantwortet	27/05/2004

		beantwortet	27/05/2004
2004/073	Interpellation von Christoph Rudin vom 18. März 2004: Erwerb der gymnasialen Matur für Berufsmaturanden/innen (Passerelle)	beantwortet	27/05/2004
2003/316	Interpellation von Dieter Völlmin vom 10. Dezember 2003: Gesetzmässigkeit von Einbürgerungen. Schriftliche Antwort vom 6. April 2004	erledigt	27/05/2004
2004/053	Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Probleme bei Schülern nach Wohnsitzwechsel in unseren Kanton	beantwortet	27/05/2004
2004/012	Interpellation von Karl Willmann vom 22. Januar 2004: Polizeiliche Geschwindigkeitskontrollen und Busseninkasso in Basel-Landschaft	beantwortet	27/05/2004
2004/093	Interpellation von Urs Hess vom 1. April 2004: Erpressung, Drohungen und Gewalt von Banden	beantwortet	27/05/2004
2004/077	Interpellation von Christine Mangold vom 18. März 2004: Life Sciences Week an den Gymnasien. Schriftliche Antwort vom 18. Mai 2004	erledigt	27/05/2004
2004/072	Interpellation von Martin Rüegg vom 18. März 2004: Raumnot am Gymnasium Liestal - wie weiter?	beantwortet	27/05/2004
2004/011	Interpellation von Martin Rüegg vom 22. Januar 2004: Fünf-Tage-Woche an den Gymnasien des Kantons Basel-Landschaft	beantwortet	27/05/2004
2004/074	Interpellation der SVP-Fraktion vom 18. März 2004: Lastwagenverkehr mit überhöhter Geschwindigkeit auf dem Autobahnabschnitt Arisdorf - Sissach. Schriftliche Antwort vom 11. Mai 2004	erledigt	27/05/2004
2004/035	Interpellation von Fredy Gerber vom 5. Februar 2004: "Sensibilisierungstag" des Flüchtlingshilfswerks (SFH) an den KV-Schulen	beantwortet	10/06/2004
2004/014	Interpellation von Madeleine Göschke vom 22. Januar 2004: Flugsicherheit rund um den EAP. Schriftliche Antwort vom 16. März 2004	erledigt	10/06/2004
2004/013	Interpellation von Paul Schär vom 22. Januar 2004: Schluss mit der Heimlichtuerei!: Volle Transparenz für Flugpassagiere und Einwohner / innen des Baselbiets!. Schriftliche Antwort vom 16. März 2004	erledigt	10/06/2004
2003/262	Interpellation von Hanspeter Frey vom 30. Oktober 2003: Entwickelt sich der EAP zum Frachtflughafen?. Schriftliche Antwort vom 20. Januar 2004	erledigt	10/06/2004
2004/033	Interpellation von Patrick Schäfli vom 5. Februar 2004: KASAK - Subventionspraxis: Badminton. Schriftliche Antwort vom 11. Mai 2004	erledigt	10/06/2004
2004/010	Interpellation von Annemarie Marbet vom 22. Januar 2004: Folgen der Budgetanträge 2003. Schriftliche Antwort vom 30. März 2004	erledigt	24/06/2004
2004/036	Interpellation der FDP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Vogelgrippe - Welche Massnahmen sind im Baselbiet bei Inkrafttreten des Seuchenplans des Bundes vorgesehen?. Schriftliche Antwort vom 9. März 2004	erledigt	09/09/2004
2004/055	Interpellation von Bruno Steiger vom 19. Februar 2004: Grausames tierquälerisches Schächten in unserem Kanton. Schriftliche Antwort vom 23. März 2004	erledigt	09/09/2004
2004/029	Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Methadon- und kontrollierte Heroinabgabe. Schriftliche Antwort vom 1. Juni 2004	erledigt	09/09/2004

2004/118	Interpellation der SVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Undurchsichtiges Finanzgebaren in der BKSD. Schriftliche Antwort vom 31. August 2004	erledigt	09/09/2004
2004/162	Interpellation von Urs Hammel vom 24. Juni 2004: Wohin fliessen die Millionen von Lotterie-Geldern?	beantwortet	23/09/2004
2004/117	Interpellation der SP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Mc Donalds. Schriftliche Antwort vom 15. Juni 2004	erledigt	23/09/2004
2004/144	Interpellation von FDP-Fraktion vom 10. Juni 2004: Vernehmlassungsfristen. Schriftliche Antwort vom 10. August 2004	erledigt	23/09/2004
2004/137	Interpellation von Ivo Corvini vom 10. Juni 2004: Neugründung Nordwestschweizerischer Spitalverband ohne öffentliche Spitäler des Kantons Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 14. September 2004	erledigt	23/09/2004
2004/145	Interpellation von Madeleine Göschke vom 10. Juni 2004: Spitalverband der NWCH Spitäler ohne Kantonsspitäler Baselland. Schriftliche Antwort vom 14. September 2004	erledigt	23/09/2004
2004/135	Interpellation der SP-Fraktion vom 10. Juni 2004: Big Star. Schriftliche Antwort vom 14. September 2004	erledigt	23/09/2004
2004/158	Interpellation von Urs Hess vom 24. Juni 2004: Aufenthalt der Asylbewerber. Schriftliche Antwort vom 24. August 2004	erledigt	23/09/2004
2004/136	Interpellation der SP-Fraktion vom 10. Juni 2004: Clariant. Schriftliche Antwort vom 14. September 2004	erledigt	23/09/2004
2004/094	Interpellation der FDP-Fraktion vom 1. April 2004: Sparen bei Bahninfrastruktur. Schriftliche Antwort vom 1. Juni 2004	erledigt	14/10/2004
2004/092	Interpellation von Andreas Helfenstein vom 1. April 2004: Finanzierung der Bahngrossprojekte, Auswirkungen für die Nordwestschweiz. Schriftliche Antwort vom 1. Juni 2004	erledigt	14/10/2004
2004/037	Interpellation von Heinz Aebi vom 5. Februar 2004: Baselbiet ist Schlusslicht bei den Bussen. Schriftliche Antwort vom 27. September 2004	erledigt	14/10/2004
2004/108	Interpellation von Jürg Degen vom 22. April 2004: Zukunft der Eisenbahn zwischen Liestal und Olten. Schriftliche Antwort vom 1. Juni 2004	erledigt	14/10/2004
2004/201	Interpellation der FDP-Fraktion vom 9. September 2004: Grosser Nutzen, grosser Schaden - wer haftet, wer zahlt?. Schriftliche Antwort vom 12. Oktober 2004	erledigt	28/10/2004
2004/142	Interpellation von Sylvia Liechti vom 10. Juni 2004: Nachhaltige Entwicklung im Tafeljura. Schriftliche Antwort vom 31. August 2004	erledigt	28/10/2004
2004/107	Interpellation von Hanni Huggel vom 22. April 2004: Bewilligungen bei Geschäftsumbauten im Kanton. Schriftliche Antwort vom 15. Juni 2004	erledigt	28/10/2004
2004/159	Interpellation von Hanspeter Frey vom 24. Juni 2004: Hochwasserschutz Allschwil Dorf. Schriftliche Antwort vom 31. August 2004	erledigt	28/10/2004
2004/131	Interpellation von Willy Grollmund vom 27. Mai 2004: Giftiges Jakobskreuzkraut. Schriftliche Antwort vom 17. August 2004	erledigt	28/10/2004
2004/161	Interpellation von Jacqueline Simonet vom 24. Juni 2004: Raumprogramm für Sekundarschulanlagen. Schriftliche Antwort vom 12. Oktober 2004	erledigt	11/11/2004

2004/247	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Amt für Volksschulen	beantwortet	11/11/2004
2004/157	Interpellation von Martin Rüegg vom 24. Juni 2004: Schule und Wirtschaft - ein (un-) getrübt Verhältnis? Schriftliche Antwort vom 12. Oktober 2004	erledigt	11/11/2004
2004/160	Interpellation von Peter Zwick vom 24. Juni 2004: Ist Klettern im Kanton Baselland noch möglich? Schriftliche Antwort vom 14. September 2004	erledigt	11/11/2004
2004/220	Interpellation von Jacqueline Simonet vom 9. September 2004: Ausschreibung "Passarellen"- Kurs in der Region Basel	beantwortet	11/11/2004
2004/217	Interpellation von Regula Meschberger vom 9. September 2004: Ombudsstelle für Menschen mit einer Behinderung	beantwortet	11/11/2004
2004/143	Interpellation von Juliana Nufer vom 10. Juni 2004: Behörden bremsen nicht nur die Biker sondern auch die Kletterer und OL-Läufer aus. Schriftliche Antwort vom 19. Oktober 2004	erledigt	11/11/2004
2004/030	Interpellation von Rudolf Keller vom 5. Februar 2004: Einsturz Chienbergtunnel - Stand der Verhandlungen über die Schäden an Liegenschaften und Grundstücken. Schriftliche Antwort vom 18. Mai 2004	erledigt	25/11/2004
2004/028	Interpellation der SP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Quell- und Preishebungen beim Chienberg-Tunnel. Schriftliche Antwort vom 18. Mai 2004	erledigt	25/11/2004
2004/031	Interpellation von Hanspeter Frey vom 5. Februar 2004: "Chienbergtunnel" die Auswirkungen. Schriftliche Antwort vom 18. Mai 2004	erledigt	25/11/2004
2004/054	Interpellation von Remo Franz vom 19. Februar 2004: Wie viel Tunnel braucht der Mensch? Schriftliche Antwort vom 18. Mai 2004	erledigt	25/11/2004
2004/224	Interpellation von Rudolf Keller vom 9. September 2004: Weitgehende Abschaffung der Schulnoten. Schriftliche Antwort vom 19. Oktober 2004	erledigt	25/11/2004
2004/219	Interpellation von Christine Mangold vom 9. September 2004: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen. Schriftliche Antwort vom 19. Oktober 2004	erledigt	25/11/2004
2004/218	Interpellation von Dieter Völlmin vom 9. September 2004: "Ganzheitliche, lernzielorientierte Beurteilung". Schriftliche Antwort vom 19. Oktober 2004	erledigt	25/11/2004
2004/309	Interpellation von Hanspeter Frey vom 8. Dezember 2004: "Chienbergtunnel" Verzögerungen?	beantwortet	09/12/2004
2004/308	Interpellation von Ruedi Brassel vom 8. Dezember 2004: Im Extrazug in die Sippenhaft?	beantwortet	09/12/2004

Erläuterungen

beantwortet = mündliche Antwort des Regierungsrates

erledigt = schriftliche Antwort des Regierungsrates

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2003/307	Schriftliche Anfrage von Ivo Corvini vom 27. November 2003: Klarstellung zum "Strategiebericht Spialversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL)" vom 4. November 2003	27/01/2004
2004/038	Schriftliche Anfrage von Esther Maag vom 5. Februar 2004: Kantonale Beiträge	23/03/2004
2003/287	Schriftliche Anfrage von Esther Maag vom 13. November 2003: Auslieferung H. Sevinc	06/04/2004
2004/078	Schriftliche Anfrage von Agathe Schuler vom 18. März 2004: Sekundarschulen auf dem Weg zur Teilautonomie	18/05/2004
2004/039	Schriftliche Anfrage der Grüne-Fraktion vom 5. Februar 2004: Wie weiter mit dem Chienbergtunnel?	18/05/2004
2004/146	Schriftliche Anfrage von Hannes Schweizer vom 10. Juni 2004: Personalkosten 2003	16/11/2004

1.3 Unbeantwortete Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel
2004/328	Schriftliche Anfrage von Heinz Aebi vom 8. Dezember 2004: Rechtssicherheit und Verkehrssicherheit

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2004/007	Bericht der Landeskanzlei vom 20. Januar 2004: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 22. Januar 2004	alle Fragen (9) beantwortet	22/01/2004
2004/048	Bericht der Landeskanzlei vom 17. Februar 2004: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 19. Februar 2004	alle Fragen (8) beantwortet	19/02/2004
2004/079	Bericht der Landeskanzlei vom 16. März 2004: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 18. März 2004	alle Fragen (3) beantwortet	18/03/2004
2004/097	Bericht der Landeskanzlei vom 20. April 2004: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 22. April 2004	alle Fragen (5) beantwortet	22/04/2004
2004/127	Bericht der Landeskanzlei vom 25. Mai 2004: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 27. Mai 2004	alle Fragen (6) beantwortet	27/05/2004
2004/237	Bericht der Landeskanzlei vom 21. September 2004: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 23. September 2004	alle Fragen (5) beantwortet	23/09/2004

2004/265	Bericht der Landeskanzlei vom 26. Oktober 2004: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 28. Oktober 2004	alle Fragen (4) beantwortet	28/10/2004
2004/294	Bericht der Landeskanzlei vom 23. November 2004: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 25. November 2004	alle Fragen (3) beantwortet	25/11/2004

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahre 2004 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Nr neu
2003/184	Postulat von Hannes Schweizer vom 4. September 2003: Linderung der Auswirkungen der Trockenheit auf die Baselbieter Landwirtschaft	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	22/01/2004	2003/249
2002/034	Postulat von Patrick Schäfli vom 7. Februar 2002: Ausbau der englischsprachigen Schulplätze im Baselbiet: International School of Basel, Reinach	abgeschrieben; überwiesen	22/01/2004	2003/231
2001/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Bildung eines Biotech-Task-Force zwecks Koordination und Umsetzung einer Förderstrategie	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	22/01/2004	2003/231
2003/124	Postulat von Esther Maag vom 22. Mai 2003: Verbesserungen für den Fahrplanentwurf 2004	überwiesen und abgeschrieben	05/02/2004	
2002/002	Motion von Urs Steiner vom 10. Januar 2002: Revision § 97 Abs. 5 des Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) betr. Festlegung des Mindestabstandes der Baulinie entlang von Waldrändern	abgeschrieben; überwiesen	05/02/2004	2003/182
2001/005	Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Partnerschaft 2010+; ein Planungsinstrument für langfristige Strategien in der Partnerschaft	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	19/02/2004	2003/277
2000/198	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Oktober 2000: Betriebswirtschaftliche Grundlagen für partnerschaftliche Geschäfte	abgeschrieben; überwiesen	19/02/2004	2003/277
2001/237	Postulat von Sabine Pegoraro vom 27. September 2001: Kennzahlen zur Partnerschaft	abgeschrieben; überwiesen	19/02/2004	2003/277
1991/092	Postulat der SP-Fraktion vom 22. April 1991: Naturgerechtes kantonales Wasserbaukonzept	abgeschrieben; überwiesen	01/04/2004	2003/183
1988/278	Postulat von Peter Brunner vom 31. Oktober 1988: Umweltfreundliches kantonales Wasserbaukonzept	abgeschrieben; überwiesen	01/04/2004	2003/183
1999/232	Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	22/04/2004	2003/213

2003/260	Postulat von Thomi Jourdan vom 30. Oktober 2003: Evluation von OpenSource Lösungen in der kantonalen Informatik	überwiesen und abgeschrieben	06/05/2004	
1999/058	Postulat von Heidi Portmann vom 25. März 1999: Einspar- und Anlagen-Contracting - dem raffinierten Weg zum technischen Energiesparen, Produzieren, Geld sparen und Umwelt schützen	abgeschrieben; überwiesen	27/05/2004	2004/059
2003/113	Postulat von Beatrice Fuchs vom 8. Mai 2003: Berufsberatung und Berufsinformation: regional und aktuell!	abgeschrieben; überwiesen	27/05/2004	2004/060
2004/105	Postulat von Rita Bachmann vom 22. April 2004: Kosten für Lehrmittel, Schulmaterialien und Unterrichtshilfen für die Sekundarschulen	überwiesen und abgeschrieben	27/05/2004	
2004/071	Postulat von Rudolf Keller vom 18. März 2004: Sicherheit am Bahnhof Liestal	überwiesen und abgeschrieben	27/05/2004	
2001/113	Motion der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums für Rechnungswesen / Controlling an der Fachhochschule beider Basel	abgeschrieben; überwiesen	27/05/2004	2004/043
2002/231	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. September 2002: Mehrfach geführte Zentrums-Kliniken zusammenlegen	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2002/228	Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Bedarfsgerechtigkeit als Eckwert in der Spitalplanung	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
1994/258	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. November 1994: Änderung des Umweltschutzgesetzes § 21 "Kostendeckung - Siedlungsabfälle"	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
1996/150	Postulat von Robert Piller vom 10. Juni 1996: Direkte Eisenbahnverbindung Suisse Romand - Region Basel gefährdet	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/212	Postulat von Krähenbühl Jörg vom 6. September 2001: Sicherheit während psychiatrische Betreuung in U-Haft / im Strafvollzug	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2002/271	Postulat von Madeleine Göschke vom 31. Oktober 2002: Medizinische Zentrumsbildung in der Region	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/252	Postulat von Franz Ammann vom 25. Oktober 2001: Sparmassnahmen an den Kantonsspitalern	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/133	Motion der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Der "Chance" eine Chance geben	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2002/268	Postulat von Urs Wüthrich vom 31. Oktober 2002: Briefpostzentrum muss in der Region bleiben!	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/045	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Optimierung der Berufsbildung	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2002/199	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Ergänzung der Grobmodelle	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/208	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. September 2001: Gesetz über die Gewährung und Vermittlung von Konsumkrediten	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/06/2004	2004/041

2001/067	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Für die Zukunftssicherung des Impulsprogramms "Qualifikation"	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2002/270	Postulat von Madeleine Göschke vom 31. Oktober 2002: Bedarfsabklärung als Grundlage der gemeinsamen Spitalplanung	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/026	Postulat von Franz Ammann vom 25. Januar 2001: Schaffung klarer Berechnungsvorgaben für Sackgebühren	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/115	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Marktbeobachtung und Publikation der verfügbaren Industrie- und Gewerbeareal	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
1996/020	Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 25. Januar 1996: Gemeinsame Ausbildung der Primarlehrkräfte BL/BS	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/269	Postulat der SP-Fraktion vom 8. November 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums "Wirtschaftspolitik"	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2000/245	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Schaffung einer zeitlich befristeten Kommission zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt zur Erarbeitung einer kurzfristigen, mit Basel-Stadt koordinierten und zukunftsverträglichen Spitalplanung	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2002/159	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Juni 2002: UKBB und regionale Spitalplanung	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/229	Postulat von Max Ribi vom 20. September 2001: "Fast food"-, "Fast drink" -Abgabe	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
1998/079	Postulat von Hanspeter Frey vom 23. April 1998: Projektierung und Bau einer dritten Tunnelröhre am Belchentunnel	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/068	Postulat von Franz Hilber vom 22. März 2001: Veröffentlichung der Achsenzählung auf den Eisenbahnlinien	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/093	Postulat von Mirko Meier vom 5. April 2001: Fach Lerntechnik an den Schulen	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2003/105	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Geschichtliche Wahrheit nicht unter den Teppich kehren!	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2001/218	Postulat von Alfred Zimmermann vom 6. September 2001: Forderungen aus der Risikoanalyse des Flughafens	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/017
2001/132	Postulat von Gerold Lusser vom 10. Mai 2001: Konzept über die Abwicklung und Entwicklung des Flugverkehrs in der Regio TriRhena	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/06/2004	2004/041
1998/219	Motion von Emil Schilt vom 29. Oktober 1998: Bahn 2000 im Raume Liestal	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041

2001/055	Postulat vom 16. März 2001: "Hitzefrei im Kanton Basel-Landschaft"	abgeschrieben; Petition als Postulat überwiesen	10/06/2004	2004/041
1998/039	Postulat von Hansruedi Bieri vom 19. Februar 1998: Ausbildung von kommunalen Wirtschaftsbeauftragten	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
1999/254	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Nutzungsaustausch oder Nutzungszusammenschluss von Gewerbe- und Industriegebiet unter den Gemeinden	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2000/213	Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2000: Integration der Hochschule für Pädagogik (HP) und der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit (HFSA) als zusätzliche Departemente in die bestehenden Strukturen der FHBB	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2000/244	Postulat der FDP-Fraktion vom 30. November 2000: Inventar der Immobilien, die von der Uni Basel genutzt werden	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
1995/200	Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 9. November 1995: Gemeinsame Kindergärtner/innenausbildung BL / BS	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2003/137	Motion von Remo Franz vom 12. Juni 2003: Sicherheitskonzept vor den Landrat	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2004	2004/041
2003/257	Postulat von Florence Brenzikofer vom 30. Oktober 2003: Schriftdeutsch als Unterrichtssprache	Mot als Postulat überw. und abgeschrieben	09/09/2004	
2002/249	Postulat von Max Ritter vom 17. Oktober 2002: Beiträge für das Schleppschlauchverfahren der Landwirtschaft	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	09/09/2004	2004/121
2002/016	Postulat von Robert Ziegler vom 24. Januar 2002: Werbung für Augusta Raurica	abgeschrieben; überwiesen	09/09/2004	2004/151
2002/269	Motion der Finanzkommission vom 31. Oktober 2002: Interparlamentarische Aufsichtskommission für kantonsübergreifende Geschäfte	überwiesen und abgeschrieben	23/09/2004	
2002/029	Motion der FDP-Fraktion vom 7. Februar 2002: Wie steht es mit der EDV im Kanton wirklich?	abgeschrieben; überwiesen	14/10/2004	2004/192
1998/218	Postulat von Peter Tobler vom 29. Oktober 1998: Ergänzung der Zivilprozessordnung	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	14/10/2004	2004/122
2004/213	Postulat von Beatrice Fuchs vom 9. September 2004: Änderung der Bestimmungen im Tarifverbund TNW betreffend kostenlosem Transport von Kindergarten-Kindern etc. unter 6 Jahren	überwiesen und abgeschrieben	28/10/2004	
2003/092	Postulat von Elisabeth Schneider vom 10. April 2003: Partizipation von Jugendlichen am politischen System	abgeschrieben; überwiesen	11/11/2004	2004/184
1997/104	Postulat der SP-Fraktion vom 29. Mai 1997: Verzicht auf die Erhebung der Handänderungssteuer bei Unternehmensumstrukturierungen (§ 84/3 Steuer- und Finanzgesetz)	abgeschrieben; überwiesen	08/12/2004	2004/132

2002/324	Postulat von Peter Meschberger vom 11. Dezember 2002: Sozialabzug für behinderungsbedingte Mehrkosten	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	08/12/2004	2004/132
----------	--	--	------------	----------

Erläuterungen

überwiesen und abgeschrieben = in der gleichen Sitzung überwiesen und abgeschrieben

abgeschrieben; überwiesen = am angegebenen Datum abgeschrieben; Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Nr neu
1995/184	Motion von Dieter Völlmin vom 19. Oktober 1995: Einführung einer sachgerechten, klaren und zeitgemässen Regelung der Aufsichts- und Kontrollfunktionen bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (Änderung des Kantonalbankgesetz vom 17. Juni 1957)	2003/228
1996/179	Motion von Claude Janiak vom 5. September 1996: Erlass eines Gesetzes über das Archivwesen; Archivgesetz	2003/033
1997/191	Postulat von Peter Brunner vom 25. September 1997: Grundsätzliches Wahlrecht des Patienten beim Medikamentenbezug und Einführung einer margenunabhängigen Medikamentenverrechnung bei aerztlicher Selbstdispensation	2004/181
1997/129	Postulat von Rudolf Keller vom 19. Juni 1997: Anpassung der ins Ausland bezahlten Kinderzulagen an die Kaufkraft in den Empfängerländern	2004/332
1998/250	Postulat von Daniel Wyss vom 26. November 1998: Massnahmen zur Vermeidung von Feinstaub	2004/234
1998/259	Postulat von Dölf Brodbeck vom 16. Dezember 1998: Förderung zukunftsweisender Technologien im Strassenverkehr	2003/115
1999/216	Motion von Rita Kohlermann vom 28. Oktober 1999: Schaffung von Strukturen für die Koordination nach innen und den gemeinsamen Auftritt nach aussen, die dem Kanton Basel-Landschaft eine optimale touristische Weiterentwicklung ermöglichen	2003/101
1999/217	Motion von Rita Kohlermann vom 28. Oktober 1999: Erarbeitung einer Wertschöpfungsstudie als Grundlage für die Optimierung der touristischen Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft	2003/101
1999/215	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 1999: Alters- und Pflegeheimdekret - § 12 Finanzielle Leistungskraft, (Änderung der bisherigen Regelung bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft)	2004/164
2000/088	Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental	2002/237
2000/130	Motion von Erziehungs- und Kulturkommission vom 8. Juni 2000: Revision Finanzausgleich	2002/223
2000/240	Postulat von Eva Chappuis vom 30. November 2000: Kinder- und Ausbildungszulagen	2004/332
2000/266	Motion von Remo Franz vom 14. Dezember 2000: Stärkung der Berufsausbildung	2004/330
2001/162	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Juni 2001: Publikation der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsentscheide	2005/002

2001/154	Motion von Rita Kohlermann vom 31. Mai 2001: Geriatrieplanung im Kanton Baselland	2004/164
2002/230	Postulat von Dieter Völlmin vom 19. September 2002: Vermeidung der Mehrfachbestrafung bei SVG-Verstössen	2004/331
2002/302	Postulat von Eric Nussbaumer vom 28. November 2002: Bekanntmachung der Kandidaten/innen bei der Urnenwahl von Richter/innen	2004/228
2002/305	Postulat von Ernst Thöni vom 28. November 2002: Änderung des Gesetzes über die Motorfahrzeugsteuern Steuerrabatt für Hybrid - Fahrzeuge	2003/115
2002/088	Postulat von Agathe Schuler vom 21. März 2002: Jugendliche rauchen immer früher	2005/004
2002/073	Postulat von Roland Plattner vom 14. März 2002: Spitex wie weiter	2004/164
2002/015	Postulat von Urs Baumann vom 24. Januar 2002: Ermittlung von wirtschaftlich interessanten Industrie- und Gewerbeazonen im Kanton Basel-Landschaft	2003/012
2003/112	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg	2004/292
2003/066	Postulat von Urs Wüthrich vom 20. Februar 2003: Lehrstellenoffensive	2004/253
2003/165	Postulat von Rudolf Keller vom 1. Juli 2003: Rechtliche Regelung des 1. August	2004/096
2003/020	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Bessere Vernetzung bei der Bekämpfung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität	2004/251
2003/255	Motion von Dieter Völlmin vom 30. Oktober 2003: Rückzug der Standesinitiative zur gesetzlichen Neuordnung von Cannabisprodukten	2003/255
2003/220	Postulat von Dieter Völlmin vom 18. September 2003: Verkehrssicherheit durch Verkehrserziehung	2004/252
2003/065	Postulat von Urs Wüthrich vom 20. Februar 2003: "wie weiter 2" - subito!	2004/254

Erläuterungen

Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/043	Verfahrenspostulat von Roland Laube vom 7. Februar 2002: Änderung der Reihenfolge der Traktanden	12/09/2002

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel	02/02/1987
1990/136	Postulat von Ursula Bischof vom 28. Mai 1990: Sanierung der Vorderen Frenke zwischen Bubendorf (Talhaus) und Hölstein	13/05/1991
1989/318	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 1989: Rasche etappenweise Realisierung der Regio-S-Bahn	20/11/1991
1991/279	Postulat von Annemarie Spinnler vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden	01/06/1992
1991/195	Postulat der Geschäftsprüfungskommission vom 9. September 1991: Neubau der Schule für Spitalberufe	01/02/1993
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB	03/05/1993
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
1995/230	Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen	05/02/1996
1996/035	Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 15. Februar 1996: Inkraftsetzung des § 28 des Umweltschutzgesetzes (Zuweisung der Abfälle zu den Abfallanlagen)	18/04/1996
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten	25/09/1997
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam	26/11/1998
1998/193	Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald	04/03/1999
1999/130	Postulat der BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkernen	11/11/1999

1999/189	Postulat der FDP-Fraktion vom 16. September 1999: Zukunftsgerichteter, attraktiver und kostengünstiger öffentlicher Verkehr Nordwestschweiz	24/02/2000
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal	24/02/2000
2000/037	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental	06/04/2000
2000/080	Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz	21/09/2000
2000/132	Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sanierung und Vermeidung von weiterem Bahnlärm in Pratteln	21/09/2000
2000/134	Postulat von Max Ribi vom 8. Juni 2000: Erhaltung bedienter Bahnhöfe im Kanton Basel-Landschaft	21/09/2000
2000/269	Postulat von Esther Maag vom 14. Dezember 2000: Verkehrsführung Liestal	08/02/2001
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70	22/02/2001
2000/196	Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr - Kostenverteilung	05/04/2001
2000/229	Postulat von Marc Joset vom 16. November 2000: Verlängerung der BLT-Buslinie 61 (bzw. 61A) nach Oberwil Dorf und Mühlematt Zentrum	05/04/2001
2000/197	Postulat von Peter Tobler vom 19. Oktober 2000: Neue Buslinie Aesch - Ettingen	05/04/2001
2001/056	Postulat vom 16. März 2001: Verlängerung der Buslinie Hofstetten - Ettingen nach Aesch	05/04/2001
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe	31/05/2001
2001/111	Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs Muttens zum "Euro-Hub"	31/05/2001
2001/112	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aktive Landreservenpolitik für die Wirtschaftsförderung	31/05/2001
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profils in der kantonalen Verwaltung	29/11/2001
2001/164	Postulat von Helen Wegmüller vom 7. Juni 2001: Ausbau BLT-Linie 10 / Abschnitt Lehenrain bis Haltestelle BBC (Arlesheim)	29/11/2001
2001/161	Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont	29/11/2001
2001/251	Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse	10/01/2002
2001/290	Postulat von Daniel Wyss vom 29. November 2001: Stromsparende Strassenkandelaber; ein Beitrag zur Nachhaltigkeit	19/09/2002
2002/003	Postulat von Peter Zwick vom 10. Januar 2002: Ausgeglichenere Verteilung der Gemeindebeiträge an die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs	17/10/2002

2002/097	Postulat von Heinz Aebi vom 18. April 2002: Sanierung bzw. Aufhebung von unbewachten Bahnübergängen auf der SBB-Linie zwischen Grellingen und Soyhières	31/10/2002
2002/051	Postulat von Hildy Haas vom 28. Februar 2002: Reaktivierung der Buslinie 55, Hägendorf-Allerheiligenberg-Bärenwil-Langenbruck	14/11/2002
2002/101	Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO2-Zielvorgaben	12/12/2002
2002/074	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion VI" Hoher Standard für Bauten und Anlagen	09/01/2003
2002/200	Postulat von Patrick Schäfli vom 5. September 2002: Öffentliche Beschaffungen im Baselbiet	20/02/2003
2002/197	Postulat von Eric Nussbaumer vom 5. September 2002: Statistische Auswertung der kantonalen Beschaffung	20/02/2003
2003/046	Postulat von Eric Nussbaumer vom 6. Februar 2003: Nutzung des Adlertunnels für alle Nacht-Güterzüge	30/10/2003
2003/038	Postulat von Max Ribi vom 6. Februar 2003: Kantonaler Spezialrichtplan öffentlicher Verkehr	30/10/2003
2003/081	Postulat von Isaac Reber vom 27. März 2003: Urwaldfreundlicher Kanton	30/10/2003

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1990/118	Postulat von Eva Rüetschi vom 17. Mai 1990: Änderung des § 134 des Schulgesetzes vom 26. April 1979	07/05/1992
2000/098	Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal	30/11/2000
2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion	30/11/2000
2001/168	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen	10/01/2002
2001/300	Postulat von Ruedi Brassel vom 13. Dezember 2001: Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung	12/09/2002
2002/282	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 14. November 2002: Fremdplatzierung von Kindern in Gastfamilien	08/05/2003
2002/283	Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen	08/05/2003

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1994/226	Postulat der SP-Fraktion vom 31. Oktober 1994: Anerkennung der Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten im Steuerrecht	16/02/1995
1994/242	Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Milderung der unsozialen Auswirkungen der Gebührenerhebung nach dem Verursacherprinzip	16/02/1995
1995/066	Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.)	29/05/1995
1995/172	Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen	15/01/1996
1998/041	Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen	14/05/1998
1998/036	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen	14/05/1998
1998/153	Postulat der CVP-Fraktion vom 3. September 1998: Steuererleichterung für Familien	17/12/1998
2000/036	Postulat von Roland Plattner vom 10. Februar 2000: WoV und Ethik - ein Personalleitbild für die kantonale Verwaltung	13/04/2000
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien	19/10/2000
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags	30/11/2000
2000/223	Postulat einer Überparteilichen Petition für kantonale Mutterschafts-/Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" vom 6. Januar 2000	13/12/2000
2000/214	Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen	13/12/2000
2001/228	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. September 2001: Effiziente Prozesse bei der kantonalen Verwaltung	21/03/2002
2001/296	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Dezember 2001: Massvolle Verschuldung - Gesunder Finanzhaushalt	31/10/2002
2002/033	Postulat von Urs Baumann vom 7. Februar 2002: Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget	14/11/2002
2002/069	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion III" Konsequente Umsetzung § 35 Abs. 4 des Finanzhaushaltsgesetzes	09/01/2003
2002/146	Postulat der CVP-Fraktion vom 6. Juni 2002: Gezielte Steuerentlastung für AHV-Rentnerinnen und- Rentnern mit kleinem Einkommen	06/02/2003
2003/080	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse	19/06/2003
2003/039	Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperr in Zürich verlangt Nachtflugsperr in Basel	04/09/2003

2002/325	Postulat von Robert Ziegler vom 11. Dezember 2002: Verwirkungsfrist bei der Prämienverbilligung gemäss KVG	18/09/2003
2003/017	Postulat von Remo Franz vom 23. Januar 2003: Wie kommen die staatlichen Dienstleistungen an?	18/09/2003
2002/301	Postulat von Urs Wüthrich vom 28. November 2002: Steuerbelastung der Rentnerinnen und Rentner - wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen	30/10/2003
2002/299	Postulat von Roland Laube vom 28. November 2002: Kinderabzug vom Steuerbetrag	30/10/2003
2002/310	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Verrechnungsmöglichkeit von betrieblichen Verlusten mit Grundstückgewinnen	30/10/2003
2002/309	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Abschaffung / Milderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen	30/10/2003
2002/306	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 28. November 2002: 600 Franken Kinderabzug vom Steuerbetrag	30/10/2003
2002/308	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung	30/10/2003
2002/304	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge	30/10/2003
2003/149	Postulat von Urs Baumann vom 19. Juni 2003: Bewahrung des AAA-Ratings des Kantons Basel-Landschaft durch Eindämmung des stetig steigenden Personalausbaues auf der Verwaltung	13/11/2003
2003/119	Postulat von Urs Hintermann vom 22. Mai 2003: Anpassung des Verkehrssteuer-Rabatts	13/11/2003
2003/120	Postulat von Esther Maag vom 22. Mai 2003: Aufhebung des Verkehrsteuerrabattes	13/11/2003
2003/237	Postulat der FDP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Evaluation der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann	13/11/2003
2003/111	Postulat von Peter Meschberger vom 8. Mai 2003: Vereinfachung des Verfahrens für Steuererlassgesuche von Empfängerinnen und Empfänger von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfen	13/11/2003
2003/123	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. Mai 2003: Der neue Lohnausweis, Kampf gegen die Bürokratie im KMU-Bereich	13/11/2003

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/221	Postulat von Peter Brunner vom 29. Oktober 1998: Kontrollberichte und Analysen des Bundesgerichts über die Urteilspraxis der Baselbieter Gerichte	15/04/1999
2002/078	Postulat von Esther Maag vom 14. März 2002: Verhaltenskodex	30/10/2003

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1994/169	Postulat von Roland Meury vom 5. September 1994: Erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der sogenannten "zweiten Generation"	20/10/1994
1994/175	Postulat von Klaus Hiltmann vom 5. September 1994: Einbürgerungs-Erleichterung für Jugendliche der zweiten Ausländergeneration	20/10/1994
1995/159	Postulat von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980	05/02/1996
1999/201	Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis	13/01/2000
1999/185	Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht	27/01/2000
1999/137	Postulat der SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Lockerung der Wohnsitzerfordernisses bei Einbürgerungen	10/02/2000
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes	22/02/2001
2001/003	Postulat der SP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Mener à bien - Erleichterte Einbürgerung für Jugendliche	26/04/2001
2001/167	Postulat von Peter Tobler vom 21. Juni 2001: Vernehmlassung für formulierte Gesetzesinitiativen?	29/11/2001
2001/073	Postulat von Esther Maag vom 22. März 2001: Aggression im Strassenverkehr	29/11/2001
2001/163	Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips	10/01/2002
2002/032	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Februar 2002: Revision des Gesetzes über den Ombudsman	23/01/2003
2002/050	Postulat von Roland Plattner vom 28. Februar 2002: Effektives und effizientes Vernehmlassungsverfahren	23/01/2003
2003/019	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons	27/11/2003

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1997/132	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung	04/12/1997
1999/245	Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik	25/11/1999

1999/202	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Überprüfung des Leistungsauftrages und der Struktur des Kantonalen Laboratoriums in Liestal	10/02/2000
1999/169	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein	23/03/2000
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton	11/01/2001
2000/243	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Für eine langfristige regionale Gesundheits- und Spitalplanung	25/01/2001
2000/260	Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2000: Erarbeitung einer koordinierten regionalen Spitalplanung	25/01/2001
2001/007	Postulat von Eugen Tanner vom 11. Januar 2001: Ablösung/Vereinfachung des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes	22/02/2001
2001/036	Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen	26/04/2001
2001/070	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen	31/05/2001
2001/213	Postulat von Peter Brunner vom 6. September 2001: Von der wirtschaftlichen Rand- zur Baselbieter Modellregion	13/12/2001
2002/127	Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen	05/09/2002
2002/099	Postulat von Paul Schär vom 18. April 2002: Förderung des Business Parks Reinach und ähnlich gelagerter Projekte	14/11/2002
2002/183	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Angemessene Berücksichtigung der privaten Trägerschaften bei der koordinierten regionalen Spitalplanung!	28/11/2002
2002/191	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Synergiepotential der BL-Spitäler nutzen	28/11/2002
2002/190	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Behandlungspfade definieren zur Kosteneinsparung	28/11/2002
2002/252	Postulat von Madeleine Göschke vom 17. Oktober 2002: Kenntnis der zukünftigen medizinischen Schwerpunktbildung in der Schweiz als Voraussetzung der regionalen Spitalplanung	28/11/2002
2002/250	Postulat von Roland Plattner vom 17. Oktober 2002: Gesundheitskosten - Gesundheitsförderung auch am Arbeitsplatz	28/11/2002
2002/229	Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Nordwestschweizerisches Gesundheitskonkordat	28/11/2002
2002/189	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Vertiefte Kostentransparenz und vergleichbare Betriebskostenrechnungen BL und BS	28/11/2002
2002/285	Postulat von Peter Zwick vom 14. November 2002: "Raum der Stille" in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik Liestal	10/04/2003

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/197	Postulat der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Vereinfacht die Gesetzgebung	15/04/1999

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/192	Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen	04/03/1999

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/112	Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz	17/12/1998

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1988/005	Motion von Ruth Heeb vom 11. Januar 1988: Einführung eines Taggeldes für einkommensschwache erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter	13/11/1989
1988/006	Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 11. Januar 1988: Ausrichtung von Beiträgen an kleinkinderbetreuende Mütter oder Väter (sog. Mutterschaftsbeiträge)	13/11/1989

1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II	02/09/1999
1999/198	Motion der SP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Ausarbeitung eines Berichts über die Staatsverschuldung und den allfälligen Abbau der Staatsschulden	13/01/2000
2000/023	Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht	04/05/2000
2000/113	Motion von Dieter Völlmin vom 18. Mai 2000: Einführung einer proportionalen Ertragssteuer für juristische Personen	02/11/2000
2001/023	Motion der Erziehungs- und Kulturkommission vom 25. Januar 2001: Gesamtschau der Leistungen und Gegenleistungen zwischen den Kantonen Baselstadt und Basel-Landschaft	22/02/2001
2001/034	Motion von Elisabeth Schneider vom 8. Februar 2001: Steuerabzug der effektiven Kinderbetreuungskosten	05/04/2001
2001/155	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Familienbesteuerung	13/12/2001

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
Keine		

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/090	Motion von Bruno Krähenbühl vom 5. April 2001: Schaffung eines Gesetzes zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung (Integrationsgesetz)	20/09/2001

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/065	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen	31/05/2001
2001/130	Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Aenderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe	29/11/2001
2002/086	Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafenbahn	14/11/2002

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
Keine		

2.5 Im Jahre 2004 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/019	Verfahrenspostulat der SVP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Überprüfung der Ombudsman-Stelle	19/02/2004
2004/015	Verfahrenspostulat von Etienne Morel vom 22. Januar 2004: Für ein rauchfreies Regierungsgebäude!	06/05/2004
2004/193	Verfahrenspostulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Inhalt von Landratsvorlagen	14/10/2004
2004/226	Verfahrenspostulat von Karl Willmann vom 9. September 2004: Laufende Aktualisierung und Bekanntgabe der bewilligten Landratskredite	08/12/2004

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/122	Postulat von Robert Ziegler vom 22. Mai 2003: Verkehrsmässige Erschliessung des Sportzentrums St. Jakob	15/01/2004
2003/134	Postulat der Justiz- und Polizeikommission vom 5. Juni 2003: Raumkonzept für die Justiz/Projekt für ein Gerichtsgebäude	15/01/2004
2003/195	Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Verlängerung der Buslinie 33 nach Schönenbuch	22/01/2004
2003/145	Postulat von Urs Baumann vom 19. Juni 2003: Beseitigung der gefährvollen Einfahrt Reichensteinerstrasse in die Baselstrasse, Reinach	22/01/2004
2003/221	Postulat von Patrick Schäfli vom 18. September 2003: Mehr Privatwirtschaft - weniger Staat: Überprüfung der Aufgaben des Tiefbauamtes Basel-Landschaft	22/01/2004
2003/150	Postulat von Roland Bächtold vom 19. Juni 2003: Tramübergang Reichensteinerstrasse Reinach	22/01/2004
2003/194	Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie)	22/01/2004
2003/239	Postulat von Thomi Jourdan vom 16. Oktober 2003: Sicherung des gefährvollen Tramüberganges Rennbahnkreuzung in Muttenz	05/02/2004

2003/196	Postulat von Esther Maag vom 4. September 2003: Ozonwerte	01/04/2004
2003/319	Postulat von Esther Maag vom 11. Dezember 2003: Effizienzsteigerung des Öffentlichen Verkehrs im Leimental	22/04/2004
2003/296	Postulat von Christian Steiner vom 27. November 2003: Änderung der Verordnung über die Gebühren für Baubewilligungen	22/04/2004
2003/148	Postulat von Franz Hilber vom 19. Juni 2003: Dritte Sporthalle am Gymnasium Liestal	22/04/2004
2003/281	Postulat von Dieter Schenk vom 13. November 2003: Schaffung regionaler Verkehrskonferenzen	22/04/2004
2004/004	Postulat von Patrick Schäfli vom 15. Januar 2004: Parking-Situation im St. Jakob	06/05/2004
2004/110	Postulat von Florence Brenzikofer vom 6. Mai 2004: Fahrplanentwurf 2005: Gelterkinden auf dem Abstellgleis?	06/05/2004
2004/091	Postulat von Andreas Helfenstein vom 1. April 2004: Mehr Zug für das Baselbiet, Angebotsausbau der S-Bahn Basel	14/10/2004
2004/020	Postulat von Rudolf Keller vom 5. Februar 2004: Bericht über die geologische Situation im SBB-Adlertunnel	25/11/2004

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/023	Postulat von Christoph Rudin vom 5. Februar 2004: Einsetzung einer interkantonalen parlamentarischen Begleitkommission Fachhochschule Nordwestschweiz (§ 64 Abs. 3 KV)	06/05/2004
2004/025	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Bericht über gemeinsame Trägerschaft der UNI	06/05/2004
2004/009	Postulat von Thomas Schulte vom 22. Januar 2004: Erhöhung der Entschädigungsansätze für die Expertentätigkeit im Bereich der Lehrabschlussprüfungen im Kanton Basel-Landschaft (Mitbericht FKD)	06/05/2004
2004/008	Postulat von Christoph Rudin vom 22. Januar 2004: Schwimmzentrum beider Basel	27/05/2004
2004/243	Postulat der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	25/11/2004
2004/244	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	25/11/2004
2004/245	Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Uebertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04)	25/11/2004

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/151	Postulat von Max Ribi vom 19. Juni 2003: Komplizierte Gesetze -Komplizierte und teure Software -Teure Verwaltung, Einfache Gesetze - Einfache und billigere Software - Kostengünstigere Verwaltung	15/01/2004
2003/152	Postulat von Uwe Klein vom 19. Juni 2003: Halbierung der bürokratischen Lasten	22/01/2004
2003/193	Postulat von Karl Willimann vom 4. September 2003: Entlastung der Gemeinden beim Katasterwesen	22/01/2004
2002/143	Postulat von Remo Franz vom 6. Juni 2002: Stopp der Personalvermehrung	22/04/2004
2003/236	Postulat von Hildy Haas vom 16. Oktober 2003: Schaffung eines direktionsübergreifenden Publikationsorgans für die Kantonsverwaltung Baselland	06/05/2004
2004/049	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Ergänzung des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz zur Festlegung von Spezialfinanzierungen	09/09/2004
2004/106	Postulat von Jürg Wiedemann vom 22. April 2004: Einkommen unterhalb des Schwellenwertes	09/09/2004
2004/051	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Aktive Vertretung der beiden Basel in Bern	09/09/2004
2003/234	Postulat der SVP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Die Finanzkontrolle muss von der Verwaltung unabhängig werden	23/09/2004
2004/130	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. Mai 2004: Alterslimiten bei politischen Aemtern im Kanton BL	23/09/2004
2004/197	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Informatikleitbild	14/10/2004
2004/198	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Informatikorganisation und -koordination	14/10/2004
2004/196	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Datenzugang / Gebühren	14/10/2004
2004/194	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Erfahrungsgruppen	14/10/2004
2004/195	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Datenschutz	14/10/2004
2004/199	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Verbesserung der gesamtschweizerischen Informatikkoordination	14/10/2004

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/280	Postulat von Willy Grollmund vom 13. November 2003: Überholverbot für Lastwagen im Arisdorf - Belchentunnel	22/01/2004
2003/298	Postulat von Rolf Richterich vom 27. November 2003: Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Autobahnen	22/01/2004
2003/282	Postulat von Elisabeth Schneider vom 13. November 2003: Beschwerderecht der Gemeinden im verwaltungs- und verfassungsgerichtlichen Verfahren	22/01/2004
2003/312	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes (Mitbericht BUD und FKD)	27/05/2004
2004/026	Postulat von Jürg Wiedemann vom 5. Februar 2004: Verkehrserziehung auch für Unverbesserliche	27/05/2004
2004/154	Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Juni 2004: Überholverbot für Lastwagen auf der Strecke Basel Richtung Belchentunnel und in entgegengesetzter Richtung	23/09/2004

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/061	Postulat der SVP-Fraktion vom 18. März 2004: Reaktivierung der Task Force "Adtranz / Bombardier"	18/03/2004
2003/192	Postulat von Röbi Ziegler vom 4. September 2003: In Würde sterben - auch im Spital!	01/04/2004
2003/279	Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen	01/04/2004
2003/235	Postulat von Sabine Stöcklin vom 16. Oktober 2003: Regulierung medizinischer Grossgeräte	01/04/2004
2003/297	Postulat der VGK vom 27. November 2003: Schaffung einer Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation	22/04/2004
2004/103	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. April 2004: Zusammenlegung Veterinäramt BL und Kantonales Veterinäramt BS (Zum Partnerschaftsbericht)	09/09/2004

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
--------------	-----------------------	-----------------

Keine

2.6 In den Jahren 2003 bis 2004 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
Keine		

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/311	Motion der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Förderabgabe zur Finanzierung der sich aus dem Energiegesetz ergebenden finanziellen Verpflichtungen	05/02/2004
2003/293	Motion von Hanspeter Frey vom 27. November 2003: Kein vorzeitiger Ausstieg aus dem Pilotprojekt DEEP HEAT MINING	05/02/2004
2003/294	Motion von Madeleine Göschke vom 27. November 2003: Basellandschaftliche Beteiligung am Basler Geothermie-Projekt	05/02/2004
2004/139	Motion der FDP-Fraktion vom 10. Juni 2004: Standesinitiative für die Aufhebung des Planungsstopp bei der Bahn 2000, 2. Etappe (3. Juradurchstich Wisenberg)	14/10/2004
2004/101	Motion von Patrick Schäfli vom 22. April 2004: Unverzögliche Realisierung der H2 zwischen Pratteln und Liestal	28/10/2004
2004/115	Motion von Regula Meschberger vom 6. Mai 2004: Ausscheidung von Zonen für die Errichtung von Versorgungsanlagen (Mobilfunkanlagen, UMTS-Anlagen)	28/10/2004
2004/329	Motion von Thomi Jourdan vom 9. Dezember 2004: Sicherung der Tramübergänge - Jetzt braucht es konkrete Schritte!	09/12/2004

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/188	Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!	13/11/2003
2004/099	Motion der SP-Fraktion vom 22. April 2004: Zukunftssicherung der Universität (beider) Basel - der Kanton Basel-Landschaft muss zur gemeinsamen Trägerschaft schreiten	06/05/2004
2004/206	Motion von Etienne Morel vom 9. September 2004: Kurzfristiger Ausschluss von Schülerinnen und Schüler	11/11/2004

2004/285	Motion von Urs Hintermann vom 11. November 2004: Rückerstattung von Unterhalt und Miete für bisherige Realschulbauten	11/11/2004
----------	---	------------

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/313	Motion von Remo Franz vom 10. Dezember 2003: Personalstopp	22/04/2004
2003/256	Motion der SVP-Fraktion vom 30. Oktober 2003: Die Personalvermehrung in der Verwaltung muss gestoppt werden	22/04/2004
2004/129	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 27. Mai 2004: Steuererleichterungen für Familien	09/09/2004
2004/203	Motion von Peter Holinger vom 9. September 2004: Schnelle Realisierung der H2 Pratteln - Liestal (Mitbericht BUD)	28/10/2004
2004/204	Motion der FDP-Fraktion vom 9. September 2004: Finanzierungsmodelle unter teilweiser Aufhebung des Verkehrssteuerrabattes für die Realisierung der H2 Pratteln - Liestal (Mitbericht BUD)	28/10/2004

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/090	Motion der FDP-Fraktion vom 1. April 2004: Kooperationsmodell zur Erhaltung der medizinischen Fakultät	09/09/2004

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/068	Motion von Heinz Aebi vom 18. März 2004: Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte	09/09/2004

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

1. Neue Initiativen

2004 sind 3 (2003: 4) neue Initiativen eingereicht worden:

- Formulierte Gesetzesinitiative "Keine Schulgebühren"
- Nichtformulierte Volksinitiative "Keine Autobahn im Leimental"
- Formulierte Gesetzesinitiative "Wieder-Einführung des Kinderabzuges vom Einkommens-Steuerbetrag"

2. Beim Regierungsrat hängige Initiativen

Titel	Keine Schulgebühren
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	18. November 2004
Zustande gekommen (Publikation)	30. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'665

Titel	Keine Autobahn im Leimental
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	29. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Oktober 2004
Zustande gekommen (Publikation)	2. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'227

Titel	Wohnkosten-Entlastungs-Initiative
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. Dezember 2002 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. Januar 2003
Zustande gekommen (Publikation)	6. März 2003
Anzahl gültige Unterschriften	10'189
Geschäft des Landrats Nr.	2003 / 135 (Rechtsgültigkeit) 2004 / 180 (Verlängerung der Behandlungsfrist)
Vom Landrat behandelt am	18. September 2003 (Rechtsgültigkeit) 23. September 2004 (Verlängerung der Behandlungsfrist)

Titel	"Für eine Schule mit Qualität" (Qualitäts-Initiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	8. Februar 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	17. April 2002
Zustande gekommen (Publikation)	30. Mai 2002
Anzahl gültige Unterschriften	1'784
Begründung der Fristüberschreitung	Es finden Verhandlungen über einen allfälligen Rückzug der Initiative statt.

Titel	Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustande gekommen (Publikation)	1. Juli 1999 (Worttext der Initiative)
Eingereicht von den Gemeinden:	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, Muttenz, Pratteln (Federführung) und Reinach.
Begründung der Fristüberschreitung	Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Argumentation im Initiativtext und den bilateralen Verträgen Schweiz - EU. Mit der Verzögerung des Inkrafttretens der bilateralen Verträge hat sich auch die Behandlung der Initiative verzögert.

Titel	Faktor 4 - Energiekanton Basel-Landschaft
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Juli 1997 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	7. Mai 1998
Zustande gekommen (Publikation)	28. Mai 1998
Anzahl gültige Unterschriften	1'529
Begründung der Fristüberschreitung	Die Initiative stand in einem direkten Zusammenhang mit den drei Energievorlagen des Bundes, die am 29.9. 2000 vom Souverän abgelehnt wurden. Der Regierungsrat ging davon aus, dass die Faktor 4-Initiative mit der Einführung der vorgeschlagenen Förderabgabe (Vorlage 2004 / 187) zurückgezogen wird.

Titel	Änderung von § 137 des Schulgesetzes
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Geschäft des Landrats Nr.	2002 / 113 (vom Landrat am 5. Juni 2003 an Regierungsrat zurückgewiesen)

Titel	Bildungsinitiative
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001(mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. November 2002
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1'979
Geschäft des Landrats Nr.	2003 / 272 2003 / 272a (Korrigierte Fassung)
Vom Landrat behandelt am	19. Februar 2004 (Rückweisung an Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlags)

Titel	Wieder-Einführung des Kinderabzuges vom Einkommens-Steuerbetrag (Familiengerechte Kinderabzugs-Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. September 2003 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. März 2004
Zustande gekommen (Publikation)	6. Mai 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'735
Geschäft des Landrats Nr.	2004 / 171 (Rechtsgültigkeit)
Vom Landrat behandelt am	25. November 2004 (Rechtsgültigkeit)

3. Beim Landrat hängige Initiativen

Titel	Höhere Kinderzulagen für alle
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. April 2002 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	12. November 2002
Zustande gekommen (Publikation)	19. Dezember 2002
Anzahl gültige Unterschriften	2'197
Geschäft des Landrats Nr.	2004 / 332

4. Abstimmungsreife Initiativen

Titel	Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (KMU-Förderungsinitiative)
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. September 2003 (Mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	4. November 2003
Zustande gekommen (Publikation)	8. Januar 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'767
Geschäft des Landrats Nr.	2004 / 083 (Rechtsgültigkeit) 2004 / 178 (Materielle Behandlung)
Behandelt im Landrat am	10. Juni 2004 (Rechtsgültigkeit) 20. Januar 2005 (Materielle Behandlung - Zustimmung beschlossen)

Titel	Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (KMU-Entlastungsinitiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. September 2003 (Mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	4. November 2003
Zustande gekommen (Publikation)	8. Januar 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'619
Geschäft des Landrats Nr.	2004 / 084 (Rechtsgültigkeit) 2004 / 179 (Materielle Behandlung)
Behandelt im Landrat am	10. Juni 2004 (Rechtsgültigkeit) 20. Januar 2005 (Materielle Behandlung - Zustimmung beschlossen)

5. Durch Eintreten, Volksabstimmung, Rückzug oder Ungültigerklärung erledigte Initiativen

Titel	Spitalinitiative
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. November 2002
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1'995
Landratsvorlage	2003 / 270
Behandelt im Landrat am	19. Februar 2004
Abstimmung am	16. Mai 2004 (Initiative abgelehnt: 28'268 Ja, 57'810 Nein)

Titel	Sicherheitsinitiative
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. November 2002
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1'957
Landratsvorlage	2003 / 271 2003 / 271a (Korrigierte Fassung)
Behandelt im Landrat am	19. Februar 2004
Abstimmung am	16. Mai 2004 (Initiative abgelehnt: 26'381 Ja, 59'253 Nein)

Titel	Für eine faire Partnerschaft
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	19. April 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	17. April 2002
Zustande gekommen (Publikation)	30. Mai 2002
Anzahl gültige Unterschriften	1'811
Landratsvorlage	2002 / 320
Kommissionsbericht vom	10. März 2003
Behandelt im Landrat am	19. Februar 2004
Abstimmung am	16. Mai 2004 (Initiative abgelehnt: 22'719 Ja, 63'347 Nein)

6. Angemeldete Initiativen

2004 sind keine Initiativen erst zur Vorprüfung eingereicht worden (2003: 2).